



Politische Berichte

Nummer 20 / 12. Jahrgang

27. September 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Vertragsverhandlungen mit der CSFR • Wohin geht die VR China? • Kommunalprogramm der Liste „Göttinger Ausländerinnen und Ausländer“ • ÖTV Stuttgart: Erklärung zur Tarifrunde '92 • Die SU existiert nicht mehr

UNO soll in Jugoslawien schlichten

Antrag Frankreichs an den Sicherheitsrat/Indien lehnt Einmischung in Jugoslawien ab

Die BRD hat den Antrag Frankreichs begrüßt. Nach Auffassung Genschers ist es jetzt leichter, in den Jugoslawien-Konflikt einzugreifen. Im Sicherheitsrat könnte nun z.B. Ungarn eine Bedrohung seiner Grenzen monieren und den Sanktionsmechanismus der UNO auslösen. In einem Antrag von Belgien, Großbritannien und Frankreich an die

UNO-Vollversammlung wird ein Waffenembargo gegen Jugoslawien gefordert, nicht aber die Anerkennung Kroatiens. Das richtet sich gegen die Politik der BRD, die vehement die Anerkennung Kroatiens fordert. Bei den EG-Imperialisten wird der Unwille über eine Neuordnung Mittel- und Südosteuropas durch die BRD immer deutlicher.

Die Initiative, den Sicherheitsrat einzuschalten, ging von der gemeinsamen Erklärung Kohls und Mitterrands vom 19.9.91 aus. Darin wird die Entsendung einer „Friedenstruppe“ und die Schaffung einer Pufferzone vorgeschlagen, wobei die Kontrolle der Aktion beim UNO-Sicherheitsrat liegen solle. Die Anrufung des Sicherheitsrates zuerst durch Frankreich hat die Funktion, dem Vorgesetzten des deutsch-österreichischen Blocks einen Riegel vorzuschieben.

Dies zeigt sich zum einen in der Erklärung, in der sich die BRD verpflichtet mußte, „weder alleine zu stehen noch alleine zu gehen“. Mitterrand hat in den Gesprächen ziemlich deutlich gemacht, daß eine alleinige Anerkennung vom Kroatien durch den deutsch-österreichischen Block die Lage verschärfen würde und nicht akzeptiert wird. Zum anderen ist jetzt schon absehbar, daß zumindest China als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates eine sofortige Anerkennung Kroatiens (wie von der BRD gefordert) und eine militärische Lösung ablehnt. Außerdem ist eher anzunehmen, daß die Vollversammlung, die in diesen Tagen zu ihrer Jahressitzung zusammentritt, sich nicht wieder wie im Golfkrieg über den Tisch ziehen und von allen Entscheidungen aus-

schließen lassen wird. Indien hat schon Protest gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens angemeldet und von anderen Staaten ist ähnliches zu erwarten, ist ja Jugoslawien nicht irgendein Staat, sondern eine der Hauptstützen der Blockfreienbewegung.

Ist das Anliegen Frankreichs soweit klar, so muß aber auch beachtet werden, daß auch die BRD ein Interesse an der Einschaltung des Sicherheitsrates hat. Gerade die Widerstände in der EG zwingen die BRD, auf internationaler Ebene Unterstützung zu suchen und hier vor allem den Schulterschuß mit den USA herzustellen. Man setzt da auf die Bush-Formel „Partners in leadership“, also Partner in der Führung, oder wie es der ehemalige US-Botschafter in der BRD Walters ausdrückte: „Die Vereinigten Staaten und Deutschland müssen die Grundlagen der europäischen Stabilität erhalten, auch während sie versuchen, die Herausforderungen und Probleme in den Griff zu bekommen, die über diesen Kontinent hinausgehen... Unsere beiden Länder üben Führungsrollen aus.“ Inwieweit die USA aber das Spiel der BRD mitmachen, ist nicht klar, haben sie die Balkankrise doch bisher immer als innere Angelegenheit Jugoslawiens und Europas betrachtet und eigene Einflußnahme abgelehnt.

Wie also in der UNO über Jugoslawien beschlossen wird, ist noch offen. Die WEU bereitet sich aber weiter auf ein militärisches Eingreifen vor. Eine Arbeitsgruppe der WEU tagt zur Zeit in Bonn, um die verschiedenen militärischen Optionen abzuheften. Von der politischen Ebene her scheint es jetzt so, daß die EG das serbische Vorhaben, alle Serben in einem Staat zu vereinigen, hingenommen hat. Das hätte dann aber zur Folge, daß Kroatien auf ein zersplittertes Gebiet reduziert wäre und ohne ausländische Unterstützung nicht überleben könnte. Hier bieten sich dann viele Möglichkeiten der Einflußnahme an. Vorstellbar wäre, daß Italien und BRD-Österreich Schutzfunktion unter Aufsicht des UNO-Sicherheitsrates über Kroatien und Slowenien ausüben könnten.

Das wäre eine Quelle ständigen Streits zwischen den Völkern Jugoslawiens, was weitere Einflußnahme durch die EG fördert. Genau das ist beabsichtigt. Die „Drohung“ Genschers mit Anerkennung und die Ankündigung von militärischen Interventionen soll ja die Widersprüche zwischen den Völkern Jugoslawiens ständig anheizen mit dem Ziel, den gesamten Balkan neu zu ordnen.

Quellen: Süddeutsche Zeitung 20.9.91; Europa-Archiv 22/90 — (hav)



Am 18.9. hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf von Ministerin Hasselfeldt (CSU) zur „Selbstbeteiligung“ von Kranken bei Medikamenten, Zahnersatz usw. gebilligt. Ab 1.1.92 müssen Kranke danach 15 % der Arzneimittel selbst bezahlen, bis zu einem Betrag von 10 DM je Medikament. Ausgenommen sind Personen, die weniger als 1344 DM im Monat (West) bzw. 700 DM (Annexionsgebiet DDR) verdienen. — (rül)

Berufsjahre anerkennen

Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst spitzt sich zu

Im Vorfeld der am 11.9.1991 beginnenden Tarifverhandlungen in Nürnberg wurde im ehemaligen DDR-Gebiet massiv die Anerkennung von Beschäftigungs- und Bewährungszeiten im tariflichen Vergütungssystem, die vor dem 1.7.1991 liegen, gefordert. Die Gewerkschaft ÖTV und die DAG riefen zu Protestaktionen auf.

Im Ostteil Berlins traten am 9.9.1991 die Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe in einen 4-stündigen „Spontanstreik“.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten die Tarifvereinbarungen mit ausgehandelt, mitgetragen, gerieten jedoch zunehmend durch die Beschäftigten unter Druck.

Für die 1,4 Millionen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst im Anschlußgebiet ist das nachträgliche Bekenntnis der Gewerkschaft ÖTV, sie habe nicht um die Bedeutung der Dienstjahre gewußt, als sie die Unterschrift unter den momentan gültigen Tarifvertrag setzte, kaum zu verstehen. Hinzu kommt die Handhabung der neuen Tarifverträge, die in vielen Fällen an Willkür und Rechtsverletzung grenzt. Durch die tarifwidrigen Eingruppierungen müßten Beschäftigte Lohnverluste von monatlich über 500 DM hinnehmen (lt. Willi Hanss, ÖTV-Tarifexperte). Bei den Tarifverhandlungen, die ja nun am 24.9.1991 fortgesetzt werden sollen, geht es aber nicht ausschließlich um die Beschäftigungszeit. Mit den neuen Verträgen sind auch 6-monatige Probezeiten verbunden, die Entlassungen zu Bedingungen zulassen,

als wären die Arbeitnehmer nie zuvor beschäftigt gewesen. Sogar der Marburger Bund forderte die sofortige Anerkennung der Beschäftigungszeiten im ehemaligen DDR-Gesundheitswesen und die Beseitigung diskriminierender Regelungen.

Zum ersten Mal hatte der Marburger Bund die Ärztekammern aller fünf neuen Bundesländer und Berlins am Vorabend der Tarifgespräche zu Aktionen aufgefordert. So demonstrierten tausende Mitarbeiter des Gesundheitswesens in Cottbus, Frankfurt/Oder, Potsdam, Dresden, Leipzig, Görlitz, Erfurt, Schwerin und Berlin, machten auch in Krankenhäusern und Polikliniken mit Handzetteln aufmerksam.

Das medizinische Personal wehrt sich dagegen, einerseits mit Appellen an ihre Moral zum Hierbleiben aufgefordert zu werden und andererseits mit dem bislang ausgehandelten BAT-Ost zu Menschen zweiter Klasse gemacht zu werden.

Es geht nicht nur um Geld, es geht auch um die Anerkennung, Würde und das Selbstwertgefühl, so war auch auf mitgeführten Transparenten auf einer von der Gewerkschaft ÖTV organisierten Protestaktion, der etwa 8000 Leipziger nachkamen, zu lesen.

Proteste gab es auch gegen die Pauschalverurteilung aller im öffentlichen Dienst beschäftigten durch die Erklärung der Vertreterin der öffentlichen Arbeitgeber, Heide Simonis, eine Anerkennung früherer Dienstjahre sei wegen der Verflechtung mit der Stasi undenkbar. — (bst)

Deutsche Bank: Neuer Kredit an Südafrika



Mit einem Kredit von 400 Millionen Mark will ein deutsch-schweizerisches Bankenkonkordatium unter Führung der Deutschen Bank die angeschlagene Siedlerregierung in Südafrika

stützen. Dies ist der erste neue Kredit, den ausländische Banken seit Beginn der Umschuldungsverhandlungen 1985 und Verhängung der Sanktionen an Südafrika vergeben. — (uld)

Schußwaffengebrauch bei der Polizei: zehn Menschen getötet

Nicht so groß aufgemacht wie die Berichte über die „Todesschützen an der Mauer“ war die Mitteilung des Vorsitzenden der Innenministerkonferenz über den Schußwaffengebrauch der Polizei im vergangenen Jahr. Danach haben Polizisten 2014mal zur Schußwaffe gegriffen, in 52 Fällen gegen Menschen getötet. Dabei wurden zehn Personen getötet und 36 verletzt. Unzulässig sei der Einsatz gegen Menschen in fünf Fällen mit einem Verletzten gewesen — was unterbleibt, sind Angaben über die Opfer, z.B. den 13jährigen Kemal Cipioglu, der 1989 in Essen erschossen wurde. — (alk)

Contergan-Opfer verlieren Pflegegeld

Die rund 2800 Menschen in der BRD, die als Embryo durch das Schmerzmittel Contergan der Firma Grünenthal-Chemie geschädigt wurden und mit schweren Mißbildungen zur Welt kamen, müssen damit rechnen, ihr monatliches Pflegegeld gestrichen oder gekürzt zu bekommen. Als Schwerpflegebedürftige erhielten sie bisher von den

Sozialämtern Pflegegeld zur Deckung ihrer Pflegekosten, weil sie weitgehend auf fremde Hilfe beim Anziehen, Essen zubereiten usw. angewiesen sind. Seit dem 1.1.1991 sind für diese Zahlungen die Krankenkassen zuständig. Die Contergan-Geschädigten mußten erneut Anträge auf Anerkennung stellen. Diese seien meist abgelehnt worden, wie die Geschäftsführerin des Bundesverbandes Contergangeschädigter, Elke Klink, erklärte. Quelle: FR, 10.9.1991 — (wjw/AGG)

Überfälle auf Ausländerwohnheime häufen sich

Eine Woche lang zogen sich die Angriffe auf ein Ausländerwohnheim für 150 Arbeiter aus Vietnam und Mozambique in Hoyerswerda/Sachsen hin, die seit Jahren bei der Lausitzer Braunkohle AG gearbeitet hatten. Am Dienstag letzter Woche hatten Skinheads auf dem Wochenmarkt Schwarze angegriffen. Anschließend wurde das Wohnheim von Neonazis belagert, mit Molotowcocktails und Steinen angegriffen. Viele Anwohner bekundeten Sympathie für die Aktionen. Unter Polizeischutz ließ der sächsische Innenminister die ausländischen Arbeiter inzwischen in eine Bundeswehrkaserne in Kamenz evakuieren.

Die Überfälle waren Signal für ähnliche Aktionen in Thiendorf und Freital bei Dresden, in Wesendahl und Cottbus. Auch in Niedersachsen mußte Bewachung von Asylunterkünften angeordnet werden. Bei einem Brandanschlag in Saarlouis starb ein Ghanese. — (u.b.)

Celler Gefangene aus der RAF in befristetem Hungerstreik

Seit dem 23. September sind Karl-Heinz Dellwo, Lutz Tauber und Knut Folkerts in einem befristeten Hungerstreik. Die Weigerung des niedersächsischen Justizministeriums, einer Rundfunkjournalistin die Genehmigung für ein Tonbandinterview zu geben, ist der unmittelbare Anlaß für diesen Hungerstreik. In ihrer Erklärung schreiben sie außerdem zu den Zielen ihrer Aktion: „wir fordern, formen der zusammenlegung, wie sie nach 10, 15, 20 Jahren isolation im Gefängnis und isolation von der gesellschaft draußen notwendig sind, um den politischen und sozialen stoffwechsel mit der gesellschaft wiederzubeleben. unbehinderte zulassung von gesprächsgruppen. unbehinderte teilnahme der gefangenen aus der raf an der öffentlichen diskussion, auch über die medien.“ — (jeh)

MLPD: DDR-Annexion „hauptsächlich fortschrittlich“

In einem mit „ar“ gezeichneten Artikel zur Vorbereitung auf ihren IV. Parteitag beurteilt die MLPD in ihrem Zentralorgan „Rote Fahne“ (Nr. 39/91) die imperialistische Annexion der DDR erstmals als „hauptsächlich fortschrittlich“. Ausdrücklich kritisiert wird eine Erklärung des ZK der MLPD vom Januar 1990, in der es noch richtig geheißen hatte: „Wer unter der Herrschaft des Imperialismus die ‚deutsche Einheit‘ verwirklichen will, der macht sich — ob er es will oder nicht — zum Handlanger des deutschen Monopolkapitals.“ Diese Erklärung habe „grundlegende Aussagen unseres Programms in Frage gestellt“. Die jetzt eingegangene chauvinistische Position wird so begründet: „Für die Arbeiterklasse ist die Nation die Basis, auf der sich der Klassenkampf entfaltet...“ Die Massenbewegung in der DDR habe die „führende Rolle“ bei der Durchsetzung des „fortschrittlichen(n) Wunsch(s)“ nach „Wiedervereinigung“ gespielt. Offenbar wollen Leute in der MLPD antiimperialistische Positionen zugunsten einer offenen Anbiederung an nationalistische, rechte Positionen aufgeben. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Lohnsteuer steigt steil

Eine Steigerung des Lohnsteueraufkommens von 80 Mrd. DM im 1. Halbjahr 1990 auf 91 Mrd. DM im 1. Hj. 91, d.h. um 14,3 Prozent, meldet das Bundesfinanzministerium. Zum Vergleich: Die Brutto- und Gehaltssumme stieg im 1. Halbjahr um durchschnittlich 3 Prozent. Daß die Steuerprogression vor allem in niedrigen Lohnzonen extrem zugeht, unterstreicht noch eine andere Zahl: Das Einkommen aus der veranlagten Einkommenssteuer, üblicherweise vor allem in höheren Gehaltszonen fällig, stieg im 1. Halbjahr nur um 2,9 Prozent.

Neuordnung Bundesbank

Am 19.9. trat in Bonn eine Runde aus Kanzler Kohl und den Ministerpräsidenten der Länder zusammen, um über die Neuordnung der Bundesbank zu verhandeln. Laut Einigungsvertrag muß das Bundesbankgesetz bis zum 3.10. novelliert werden. Eine Bundesratsinitiative will die Errichtung von Landeszentralbanken in jedem Bundesland. Die Bundesbank schlägt die Reduzierung der Landeszentralbanken auf acht Hauptstellen vor; Kohl spricht von neun. Die Kanzlerrunde brachte im wesentlichen keine Veränderung der gegensätzlichen Positionen. Das Kabinett will jetzt eine Vorlage im wesentlichen auf Bundesbanklinie verabschieden. Wenn mehr als zwei Drittel der Bundesratsstimmen dagegen stimmen und Zustimmungspflicht festgestellt wird, müßte im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit erzielt werden — dies dürfte schwierig werden.

Währungsunion: Einigung?

Die EG-Finanzminister wollen sich auf ihrer Tagung mit den Zentralbankpräsidenten im niederländischen Appeldoorn am 21.9. auf das weitere Vorgehen bei der EG-Währungsunion geeinigt haben. Danach wird es ab Inkrafttreten der „zweiten Stufe“ der Währungsunion, d.h. ab 1.1.94, ein „Europäisches Währungsinstitut“ geben, das die Geldpolitik „koordinieren“ und die ab 1997 geplante Währungsunion vorbereiten soll. Die Beteiligung an der Währungsunion sei freiwillig, ein Veto-Recht gegen die Währungsunion werde es aber nicht geben, verkündete Finanzminister Waigel nach der Tagung. Damit scheint sich die BRD gegenüber Frankreich im Streit um die EG-Zentralbank durchgesetzt zu haben. Die französische Regierung hatte bereits ab 1.1.94 eine einheitliche Zentralbank verlangt, um die Macht der Bundesbank zu verringern.

„Dienstmädchenprivileg“

Zum Jahreswechsel hatte die FDP erreicht, daß die Erhöhung des Freibetrags für abzugsfähige Kinderbetreuungskosten von bislang 12.000 auf 18.000 Mark im Jahr als Koalitionsziel der Legislaturperiode festgelegt wird. Im Zuge der Auseinandersetzung um die „sozialpolitischen Begleitmaßnahmen“ zur geplanten

ten Verschärfung des § 218 ist dies jetzt von maßgeblichen Unions-Politikern zurückgenommen worden — mit Blick auf die kommenden Mehrwertsteuererhöhungen seien steuerliche Begünstigungen für Mehrverdienende („Dienstmädchenprivileg“) „nicht zu vermitteln“.

Pflegeversicherung: Nur schlechter

Im Streit innerhalb der Unionsparteien und zwischen CDU/CSU und FDP um die Schaffung einer Pflegeversicherung muß Arbeitsminister Blum die geplante Versicherung immer weiter abschwächen. Am Sonntag drohte Graf Lambsdorff der Union mit dem sofortigen Austritt der FDP aus der Koalition, falls die Union mit der SPD abstimmen wolle statt mit der FDP. Tags drauf vertagte das Unionspräsidium erneut seine Entscheidung wegen Einspruch des „Wirtschaftsflügels“. Inzwischen steht schon fest, daß die Versicherung, sollte sie je zustandekommen, auf jeden Fall nicht ausreichen wird, um die Pflegekosten zu zahlen: Eine private Zusatzversicherung soll unvermeidlich sein.

„Innere Sicherheit“

Am 20.9. befaßte sich der Bundestag mit den Gesetzentwürfen zur Bekämpfung „der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels“. Kontrovers zwischen Union einerseits, SPD und FDP andererseits blieb die Frage der „verdeckten Ermittler“ und von Abhöranlagen („Wanzen“) in Wohnungen. Nach Auffassung der Union sollen „verdeckte Ermittler“ „miliärgerechte Straftaten“ begehen dürfen — wie Provokateure. PDS und Bündnis 90 kritisierten, der Entwurf höhle die Bürgerrechte aus.

Wieso Grenzschutz?

Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (Ds. 12/1091) sieht vor, die Kompetenzen des Bundesgrenzschutzes (BGS) zu erweitern. Die bahnpolizeilichen Aufgaben inkl. des Fahndungsdienstes sollen auf den BGS übertragen werden. Der BGS soll auf Ruf eines Bundeslandes hin auch für die „Sicherheit des Luftverkehrs“ zuständig werden. Der Bundesrat machte „verfassungsrechtliche Bedenken“ geltend: „ohne Grenzbezug“ bestehe die Gefahr, daß der BGS „allgemeine Bundespolizei“ werden könne.

Was kommt demnächst?

Am 27. September berät der Bundesrat u.a. über mehrere Vorlagen zum Asylrecht. Am gleichen Tag beraten Regierungskoalition und SPD in einer „Kanzlerrunde“ über das gleiche Thema. Am 29.9. sind Bürgerschaftswahlen in Bremen, am 30. September will die Union ihren Gesetzentwurf für die Pflegeversicherung entscheiden. Am 6. Oktober sind Kommunalwahlen in Niedersachsen. Vom 7.-11.10. ist von Weizsäcker auf Staatsbesuch in der Tschechoslowakei. Für Mitte Oktober will Mollmann die „Kohlerunde“ einberufen.

Todesschüsse gegen baskische Militante

Autopsie beweist Ermordung von 3 ETA-Kämpfern. „Shoot to kill“ als Antiterrorermethode

Am 29. August wurde in Bilbo-Bilbao erneut ein mutmaßliches Mitglied der bewaffneten Befreiungsorganisation ETA erschossen. Alles deutet auch in diesem Fall auf eine gezielte Exekution hin. Am selben Tag wurde das Resultat der gerichtsmmedizinischen Untersuchung im Fall der drei

erschossenen ETA-Mitglieder von Donostia (Pressemitteilung Nr. 2 vom 19. August 1991) der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Der Bericht läßt keine anderen Schlüsse zu als daß die drei Befreiungskämpfer von der Guardia Civil festgenommen und sofort hingerichtet wurden.

In einem vierstündigen Feuergefecht zwischen einer Hundertschaft der Guardia Civil und den drei in einer Wohnung befindlichen ETA-Mitgliedern Patxi Itziar, Inaki Ormaetxea und Jokin Leunda sollen letztere umgekommen sein. Dies ist bis zum heutigen Tage die offizielle Darstellung der Ereignisse vom 17. August 1991 in Donostia-San Sebastian. Während Augenzeugenberichte bereits vorher eine andere Sicht der Dinge vermittelten, ist der Sachverhalt seit dem 29. August vollständig klar. Die drei ETA-KämpferInnen wurden von der Polizei im wahrsten Sinne des Wortes exekutiert. Die gerichtsmmedizinische Untersuchung ergab nämlich, daß alle drei an tödlichen Schüssen starben, die aus maximal 25 cm Distanz in die Schläfen abgegeben wurden. Zwei der Militanten wiesen diverse Schußwunden aus weiter Distanz auf, keine dieser Verletzungen könne allerdings tödlich wirken, besagt der Bericht. Zum Tode führten Schüsse, die aus einer Nähe von maximal 25 cm in die Schläfe und ins Herz abgegeben wurden. Die Ergebnisse der gerichtsmmedizinischen Untersuchung im einzelnen:

- Die Leiche von Inaki Ormaetxea hat zwei Schußwunden in nicht lebensnotwendigen Organen. Die Kugel, die zu seinem Tode führte, durchschlug sein Hirn und führte zum sofortigen Tode. Dieser Schuß wurde aus 25 Zentimetern abgegeben.
 - Die Leiche von Jokin Leunda wies 12 Einschüsse in der Lendengegend auf, keine von ihnen tödlicher Natur. Er starb an einem Schuß aus nächster Nähe, der direkt ins Herz abgegeben wurde.
 - Die Leiche von Patxi Itziar, welche von den Gerichtsmedizinern auf einer Matratze gefunden wurde, weist lediglich eine Verletzung auf: Ein Schuß, der mit einer am Kopf angesetzten Pistole direkt in die Schläfe abgegeben wurde.
- Die Deklarationen der Guardia Civil gegenüber dem Richter wurden seit dem Bekanntwerden des untersuchungsrichterlichen Berichtes leicht modifiziert. Gemäß dieser neuen Darstellung sollen sie während der Erstürmung der Wohnung von einem Etarra überrascht worden sein und hätten diesen „in Notwehr“ aus nächster Nähe erschossen. Wer dies war, geht aus den polizeilichen Deklarationen nicht hervor.

Reaktionen auf die gerichtsmmedizinischen Untersuchungsergebnisse

Gestoras pro Amnistia (baskische Komitees für die Amnestie) bezeichneten die

Untersuchungsergebnisse als „extrem besorgniserregend“. Auf einer Pressekonferenz wurde erklärt, daß nun offenbar jedes Mittel gegen ETA recht sei und mit der Aktion von Donostia „die Todesstrafe in Euskadi definitiv wieder eingeführt“ wurde.

Im Gegenzug kritisierte der baskische Regierungssprecher die Aussagen der Gestoras und bezeichnete die offizielle Version der Guardia Civil als „nach wie vor glaubwürdig“. Bevor voreilige Schlüsse gezogen würden, sei die untersuchungsrichterliche Stellungnahme abzuwarten. Mehr Mut legte die bürgerliche Partei EUSKO ALKARTASUNA (EA) an den Tag, welche den Bericht zusammen mit HERRI BATASUNA (HB) als „sehr besorgniserregend“ bezeichnete. HB sah in dem Bericht ihre kurz nach der Aktion abgegebene Stellungnahme bestätigt, worin sie den Tod der drei ETA-Militanten als „kriminellen Mord des spanischen Staates“ bezeichnete.

12 Tage später: Erneut Todesschüsse gegen ETA-Militante

Keine zwei Wochen nach der Exekution in Donostia kam es in Bilbo zu weiteren Todesschüssen. Mit einem Dutzend ziviler Polizeiwagen umzingelte eine neugebildete Antiterrorgruppe der baskischen Polizei „Ertzantza“ bei einem Park mutmaßliche ETA-Mitglieder des „Kommando Bizkaia“. Über die weiteren Vorkommnisse existieren wieder mehrere Versionen. Während die Berichte von Augenzeugen besagen, daß die Polizei nach dem Ausruf „Alle an den Boden!“ wild zu schießen begann, lautete die offizielle Version folgendermaßen: Die Etarra hätten in Anbetracht ihrer Umzingelung unter Waffendrohung einen Wagen zu entfernen versucht. Bei diesem habe es sich allerdings um eine Zivilstreife gehandelt, und sozusagen in Notwehr habe diese dann Juan Maria Ormazabal erschossen. Demgegenüber besagten Augenzeugen, sie hätten Polizisten gesehen, die einem am Boden liegenden Mann aus nächster Nähe einen Schuß in den Kopf verpaßt hätten.

Auch hier spricht das gerichtsmmedizinische Gutachten eine klare Sprache. Der Schuß, der zum Tode von Juan Maria Ormazabal führte, wurde aus maximal 10 cm direkt in die Schläfe abgegeben. Bei der Aktion wurde Jose Maria Mendinueta schwer verletzt, eine dritte, unbekannte Person konnte flüchten. Mendinueta erklärte gegenüber Krankenschwestern im Spital, daß von seiten der drei ETA-Militanten keine Schüsse gegen die „Ertzantza“ gefallen seien.

Ein bei der Aktion verletzter Polizist, der zwei Tage danach seinen Verletzungen erlag, muß demnach von den Schüssen seiner eigenen Kollegen getroffen worden sein.

Im Zuge der Aktion in Bilbo wurden insgesamt 25 weitere Personen verhaftet, von denen 15 dem Untersuchungsrichter unter dem Vorwurf der „Kollaboration mit dem Kommando Bizkaia“ zugeführt wurden. In Euskadi spielten sich in den Tagen danach ähnliche Szenen vor nur zwei Wochen zuvor ab. In mehreren Ortschaften wurde ein vom revolutionären Führungsblock KAS ausgeführter Generalstreik massiv befolgt. Bei Auseinandersetzungen wurden mehrere Menschen durch Gummigeschosse zum Teil schwer verletzt, ein Demonstrant in Elgoibar verlor sein Auge.

Kriegserklärung an die baskische Befreiungsbewegung

Wir, die EUSKADI KOORDINACION, betrachten die Ereignisse von Donostia und Bilbao als eine Kriegserklärung der spanischen Regierung an die baskische Befreiungsbewegung. Unter der Regie ihres obersten Dienstherren inszenierten Spezialeinheiten der spanischen und baskischen Polizei die Exekution der Genossen Inaki Ormaetxea, Jokin Leunda, Patxi Itziar und Juan Maria Ormazabal. Und dies ohne wenn und aber. „Kommt raus, wir werden euch erschießen!“, haben die Bullen den drei Umzingelten in Donostia zugerufen.

Gingen wir vor Jahresfrist noch von der zumindest hypothetischen Möglichkeit eines Skandals aus, müssen wir heute angesichts der Lage der großspanischen Nation und ihrer veröffentlichten Meinung zur Kenntnis nehmen, daß die Staatspartei PSOE in dieser Hinsicht aber auch nicht den leisesten Anruf von Kritik zu fürchten braucht.

Todesschüsse gegen mutmaßliche und wirkliche Militante der baskischen bewaffneten Organisationen ETA sollen offenbar zum legitimen Mittel im Vernichtungskampf gegen das baskische Volk legitimiert werden. Wozu noch Prozesse führen, wenn die Revolutionäre gleich an Ort und Stelle ermordet werden können.

Wir fordern erneut die internationale Öffentlichkeit auf, gegen diese gezielte Liquidierung baskischer Freiheitskämpfer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu protestieren! Dem Blutvergießen im Baskenland kann durch die Wiederaufnahme der direkten politischen Verhandlungen zwischen ETA und dem spanischen Staat ein sofortiges Ende bereitet werden!

— (Euskadi-Koordination, 5.9.1991)

Zunehmende Krisenzeichen im Außenhandel

Die Auslandsaufträge für BRD-Konzerne sind seit Monaten rückläufig / DDR-Boom schwindet

Die Exportoffensive der BRD-Konzerne scheint ins Stocken zu geraten. Im 1. Halbjahr 1991 übertraf die Wareneinfuhr die des 1. Halbjahrs 1990 nur um 1 %. Die Waren-

einfuhr dagegen lag im gleichen Zeitraum um fast 24 % höher. Der Überschub im Warenexport sank so auf 6 Mrd. DM — gegenüber 65 Mrd. DM im 1. Halbjahr 1990.

Regionale Unterschiede in dieser Entwicklung gibt es — bezogen auf die imperialistischen Staaten — kaum. Sowohl in die USA, nach Japan wie in die übrigen EG-Staaten sind die BRD-Ausfuhren rückläufig, die Einfuhren dagegen steil ansteigend. Besonders extrem — wenngleich wegen der geringeren Volumens für BRD-Konzerne nicht so schwerwiegend — ist der Rückgang der Exporte in die sogenannten „Staatshandelsländer“. Hier lagen die Ausfuhren der „neuen BRD“ — d.h. unter Einschuß des Annexionsgebiets DDR — im 1. Quartal 1991 um fast ein Viertel niedriger als im Vorjahr.

Eine Aufschlüsselung dieser Entwicklung nach Warengruppen ist noch schwierig. Rückläufig scheint vor allem der Export von Investitionsgütern, also Maschinen, Werkzeugen und Anlagen, aber auch von Fertigwaren, insbesondere Fahrzeugen. Auf der anderen Seite steigt die Einfuhr von Fertigprodukten für den individuellen Konsum wie für Investitionen der Kapitalisten steil an. Die Einfuhr von Rohstoffen scheint dagegen unverändert.

Zahlungsunfähigkeit, ja Zusammenbruch der Wirtschaften in den ehemaligen RGW-Staaten und die sich vertiefende Wirtschaftskrise in den imperialistischen Staaten — insbesondere in den USA und im EG-Bereich — drücken also auf das Volumen und sicherlich auch auf die Profitrate der BRD-Konzerne im Auslandsgeschäft. Daß die BRD-Konzerne bislang trotzdem die Produktion auf Hochtouren laufen lassen konnten, verdanken sie vor allem der DDR-Annexion. Die Lieferungen in das Annexionsgebiet übertrafen den Rückgang der Ausfuhren in das übrige Ausland bei weitem. Dieser Kolonialboom war sogar so stark, daß die BRD-Konzerne gar nicht in der Lage waren, alle durch Vernichtung der DDR-Kombinate „freigewordenen Märkte zu bedienen. Dieses Kolonialgeschäft ging deshalb mit einer — zumindest vorübergehenden — Teilung der Beute einher. Auch Konzerne in den übrigen EG-Staaten, in den USA und Japan konnten durch die DDR-Annexion neue Absatzmärkte gewinnen. Daher die starke Zunahme der Importe. Inzwischen mischen sich in die frohen

Töne der BRD-Konzerne aber zunehmend besorgte Töne. „Auftragsbücher dünner“ meldete Anfang August das „Institut der deutschen Wirtschaft“ des Bundesverbands der deutschen Industrie: „Bis zum Frühjahr 1991 zeigten sich die westdeutschen Unternehmen von der Flaute im Auslandsgeschäft fast unbeeindruckt. Denn die kräftige Inlandskonjunktur in Westdeutschland und der Nachfrageschub aus den neuen Bundesländern sorgten für reichlich Ersatz. Inzwischen tendieren jedoch auch die Bestellungen der inländischen Kunden schwächer.“ (iwd. 35/91, Hervorheb. v. d. Red.) Die Überproduktionskrise, die in den übrigen OECD-Ländern schon seit Monaten anhält, scheint damit auch die BRD zu erreichen. Der spezielle Kolonialboom nach Osten infolge der DDR-Annexion, der diese Entwicklung eine Zeitlang überdeckt hatte, geht offenbar seinem Ende entgegen.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Außenhandel August 1991; ders., Auszüge aus Presseartikeln, Ausgaben Juli bis September; iwd-Informationsdienst des BDI Nr. 35/91 — (rül)

„Handel 2000“

HBV-Strategiepapier zur „Neuorientierung“

Aus dem Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV kommt ein Strategiepapier „Handel 2000 — Kosmetik oder Kurswechsel? Für eine neue Politik im Einzelhandel“. Dieser neue Kurs verläßt Stück für Stück die Linie der Tarifpolitik im Einzelhandel, für die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen starke Veränderungen im Entgelt und den Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Statt „Kampagnen- und Abwehrpolitik“ soll Flexibilität und Attraktivität bestimmend werden. Damit ist z.B. gemeint, daß Arbeitszeit nicht starr geregelt werden darf, daß Eckpunkte für Leistungsentlohnung und Prämiensysteme in den Tarifverträge Eingang findet usw.

Das „ausgesprochen negative Image“ des Einzelhandels soll durch gestalterische Arbeit der HBV geändert werden. „Statt Veränderung ist Betroffenheit angesagt! Statt den ArbeitnehmerInnen Perspektiven zu eröffnen, sammeln wir sie eher in der Abwehr von Etwas...“

Wir plädieren für eine Neuorientierung, weil — wir Gefahr laufen, im eigenen Saft zu schmoren und uns (und den Beschäftigten) gegenseitig bestätigen, wie schlecht und ausweglos die Situation im Handel ist.

— die reine Anklage kurzfristig eine gewisse Aufmerksamkeit bringt, aber gleichzeitig bei den Betroffenen eher das Bewußtsein fördert, auf Seiten der „Verlierer“ zu stehen...

Wir plädieren deshalb für eine Politik, die den ArbeitnehmerInnen Lösungen anbietet und Perspektiven aufzeigt.

Mit Plakaten mit dem Titel „Ohne uns läuft nichts!“ auf denen aus Modekatalogen geholt Jugendliche oder Frauen abgebildet sind, wird für diese Linie geworben. Auf dem Plakat für die Jugendwerbung ist zu lesen: „Wir werden gesucht wie die Nadeln im Heuhaufen, denn auf uns kann keiner verzichten. Wir sind die Einzelhandelsprofi von morgen. Und damit der Laden in Schwung bleibt, muß sich der Job auch für uns lohnen. Deshalb fordern wir mehr Geld und eine bessere Ausbildung — als Starthilfe nicht nur für unsere Zukunft.“ Zu befürchten bleibt, daß mit dieser Linie die Interessen der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gerade auf starre Regelungen bei der Arbeitszeit und Arbeitsbelastung und einheitliche Entgelttarifverträge als „negative Ansprache“ aus der HBV-Politik gestrichen werden sollen.

Quelle: Handel 2000, Rundschreiben A 24/91 — Einzelhandel, HBV-HV — (rub)

Sudetendeutschen

der Tschechoslowakei lebte vor dem Faschismus die etwa 3,5 Mio. zählende Volksgruppe der Sudetendeutschen, deren Siedlungsgebiete im Norden der ČSFR lagen. Hitler-Deutschland benutzte die Sudetendeutschen als politischen Rammbock gegen die Tschechoslowakei. Ihre Siedlungsgebiete wurden auf ihr Verlangen dem Reich angegliedert, wenig später der Tschechoslowakei überannt. In der Slowakei wurde — ähnlich dem kroatischen Staat in Kroatien — ein abhängiger slowakischer Staat errichtet. Die Tschechei wurde unter der deutschen Besatzung „Böhmen und Mähren“ zum Reichsprotektor unterstellt. Nach der Niederlage des Faschismus beschlossen die Siegermächte die Ausbürgerung der Sudetendeutschen und ihre Umsiedlung in die Gebiete des deutschen Reiches vor dessen Expansion. Die größte Gruppe von Sudetendeutschen wurde nach Bayern umgesiedelt und folgte dort Fuß, für die bayerische Staatsregierung ein willkommenes Anzeichen gegenüber der östlich benachbarten ČSFR als Schirm- und Schutzmacht dieser Menschen aufzutrompfen.

Das Ansässigwerden der Sudetendeutschen auf dem Gebiet des „Reiches“ verlief mit der allgemeinen Überwindung des Nachkriegselends parallel und in diesem Sinne so glatt, daß es allem wäre, von Integration zu reden. Vielmehr waren erhebliche öffentliche Mittel erforderlich, um mit den Landsmannschaften Organisationen aufzubauen, die einen Rechtsanspruch gegen die Tschechoslowakei über die Generationen hinweg behaupten.

Selbstverständlich war die Ausbürgerung und Ausweisung für die Sudetendeutschen sehr schmerzhaft. Andererseits war vielen klar, daß ein Versuch des Zusammenlebens nach den geschichtlichen Vorfällen — Herbeirufung des Faschismus und Verwandlung der Tschechoslowakei in ein KZ für Böhmen und Mähren — ein Nebeneinander unmöglich geworden war. Sie nahmen ihr persönliches Leid und ihren Verlust als Folge des deutschen Angriffskrieges hin. Der Wunsch nach Rücksiedlung nahm in den Nachkriegsjahren bei den Sudetendeutschen permanent und unabhängig von der politischen Einstellung ab, — eigentlich bis vor ganz kurzem.

Rücksiedlungsbewegung

Die Tendenzen zur Rücksiedlung, die sich aus den öffentlich geforderten Verhandlungsblättern der Sudetendeutschen herauslesen lassen, bewegen sich vor allem

Im Umfeld der Vertragsverhandlungen der BRD mit der ČSFR: Annexionspolitik

Sudetendeutsche, CSU und andere betreiben „Offenhaltung“ ihrer Vermögensansprüche

Gegenwärtig noch kann man sich als BRDler in der Meinung wiegen, der nationale Wahn sei eine Erscheinung des Ostens. Aber schon zeichnet sich ab, daß und wie die deutsche Ostexpansion mit einer Volksgruppenpolitik verknüpft werden soll. Eine derartige Strategie muß sich am nächsten Ostnachbarn, der ČSFR, bewähren. Die ČSFR

hat nicht nur im Norden mit Sachsen und Thüringen und im Westen mit Bayern die BRD zum Nachbarn, sondern im Süden mit Ober- und Niederösterreich die Republik Österreich. In der ČSFR gibt es noch eine kleine Menschengruppe deutscher Herkunft, die trotz der Aussiedlung der Sudetendeutschen 1945 ansässig geblieben war.

um die Frage von Investitionen. Es geht um die Tschechoslowakei als Anlage-sphäre. Dabei sind vor allem strategische Investitionen, als solche in Grund- und Boden, auch in der Land- und Forstwirtschaft von Interesse. Bei solchen Investitionen sind genau Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse und der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen buchstäblich Gold wert. Investoren, die über Familienzusammenhänge auf die einschlägigen Kenntnisse der alten besitzenden Klassen des Sudetenlandes zurückgreifen können, haben — freilich unter Risiko — Aussicht auf traumhafte strategische Gewinne. Eine Rücksiedlungsbewegung, so weit es Kapital betrifft, ist bereits im Gange. Die Forderungen der Landsmannschaften — siehe Dokument Nr. 1 — richten sich deswegen auch vorrangig auf wirtschaftliche Zielsetzungen. Es geht um eine Erleichterung von Investitionen und — wenn es irgendwie einzurichten wäre — um einen Hinfall von, aber wenigstens ein Vorkaufsrecht an ehemals sozialistischem Staatseigentum an BRDler.

Der Schutzmachtgedanke

Eine Besonderheit der deutschen Investitionsbewegung in den Osten besteht in der Abstützung auf Teile bzw. Reste von deutschen Volksgruppen im Zielgebiet. Der deutsche Investor kann im östlichen Ausland oft auf „Deutschstämmige“ zurückgreifen, sobald er Arbeitskräfte für Vertrauensstellungen sucht. Insbesondere im Verbund mit den Grundgesetzbestimmungen, die den Anspruch auf die BRD-Staatsangehörigkeit betreffen, ist es möglich, Personen aus dem Zielgebiet anzuwerben und materiell und rechtlich zu privilegieren. Dies ist für den Investor, der Personalprobleme hat, eine großartige Kombination.

Großeuropa

Bereits beim Schutzmachtgedanken

wird erkennbar, daß hier ein Staat gegenüber anderen eine Vormachtstellung einnimmt. Bei den Menschen, die im Zuge der zeitlich und sozial oft ganz verschiedenen deutschen Siedlungsbewegungen in den Osten gerieten, handelt es sich ja um Bürger anderer Länder, die in diesen Ländern staatsbürgerliche Rechte wahrnehmen. Die BRD maß sich ein Eingriffsrecht in die inneren Verhältnisse dieser Staaten an, die deren Souveränität ganz erheblich betreffen kann.

Dennoch bleibt das Risiko der Selbstbestimmung von Menschen über die Staaten, die sie beherrschen. Die Bewohner der ČSFR können gegenwärtig ihren Staat umgestalten und das Verhalten der Staatsorgane weitgehend festlegen. Ohne Zweifel ein strukturelles Investitionsrisiko. Immerhin geht es bei den jetzigen Investitionen aus dem Ausland in fast allen Fällen um die Übertragung von Volks-, jedenfalls aber öffentlichem Eigentum an Private. Eine — wie auch immer verfaßte — Öffentliche Hand muß darauf über kurz oder lang zu sprechen kommen, ob die Interessen der Öffentlichkeit zugunsten Privater geschädigt wurden, was bis ins Groteske der Fall sein dürfte. Und dann? Dann böte sich die Umstrukturierung der politischen Organe an, die dies zu verantworten haben, oder wenigstens Abwahlen.

Solche Risiken lassen sich nur mindern, wenn die Souveränität der Bewohner der entsprechenden Landstriche eingeschränkt wird und das ist möglich durch Einschränkung der Handlungsmöglichkeit der dort zu wählenden Staatsorgane.

Wenn es z.B. gelingt, die Tschechoslowakei in ein Ding zu verwandeln, das einem deutschen Bundesland gleicht, ist das Problem praktisch gelöst, vorausgesetzt, der darüber gesetzte Euro-Staat verfügt über die rechtlichen und tatsächlichen Mittel, übergeordnete Interessen durchzusetzen.

Die Einrichtung solcher Verhältnisse hat Dr. Otto von Habsburg mit seiner Paneuropa-Union im Auge. Die Errichtung von Staaten zweiter Ordnung im östlichen Europa, noch dazu in Verbindung mit einem privilegierten Dasein von BRD-Staatsbürgern in diesem Raum, soll aus einem Alptraum zur politischen Realität werden durch die Festschreibung eines „Recht auf Europa“ (Dok. 2)

Die Erpressung mit Europa

Scheinbar zielt Habsburg auf eine Klarstellung der Beitrittsbedingungen für Europa und man möchte meinen, dies wäre eher demokratisch. Tatsächlich wird der Vorschlag in einer Situation gemacht, in der die Länder des europäischen Ostens ihre wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse neu ordnen müssen, weil der Realsozialismus überall zerfällt und abgelöst werden muß. Die wirtschaftliche Notlage, die damit einhergeht, erzeugt in diesen Ländern spontan die



Faschistischer Einmarsch in die Tschechoslowakei 1938. Bei den Verhandlungen über einen „Nachbarschaftsvertrag“, die bis zum Staatsbesuch von Weizsäckers in Prag im Oktober abgeschlossen sein sollen, verweigert die BRD jede Entschädigung für die faschistischen Kriegsverbrechen.

alle anstehenden Fragen, die sich aus dem vorliegenden Fragenkomplex ergeben, im Vertragswege zu klären und zu lösen. Das unter Mitwirkung der Schirmherrschaft Bayerns und der legitimen Vertretung der Sudetendeutschen.

Wie sich die „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. 9. 91 dem Problem nähert:

Im Zusammenhang mit Unabhängigkeitsbestrebungen in der Slowakei hat sich der tschechoslowakische Staatspräsident Vaclav Havel für einen Volksentscheid über die Zukunft der ČSFR ausgesprochen. Das Land trete in eine „entscheidende Phase“ ein und die Zeit sei reif für ein Referendum, sagte Havel. Die Frage eines Volksentscheids soll vom Bundesparlament in Prag während seiner Herbsttagung erörtert werden, die am heutigen Dienstag beginnt.

Hintergrund der Worte Havels sind Befürchtungen, daß das am Montag zu seiner Herbststitzungsperiode zusammengetretene slowakische Landesparlament in Preßburg die Slowakei für unabhängig erklären könnte. Für einen solchen Schritt hatten sich 35 slowakische Politiker, darunter der frühere slowakische Ministerpräsident Vladimir Meciar, ausgesprochen. Die Slowakei war zwischen 1939 und 1945 ein nominell unabhängiger Staat. Seine faschistische Regierung war abhängig vom nationalsozialistischen Deutschland.

„Die Sudetendeutschen Landsmannschaften suchen Annäherung an die Tschechoslowakei, auf keinen Fall wollen sie eine neue Konfrontation“ — dieses Leitmotiv stand über einem Symposium, das am Wochenende in der nordböhmischen Stadt Reichenberg (Liberec) stattfand.

„Der Weg der Tschechoslowakei nach Europa führt über Deutschland und über die Sudetendeutschen. Die Sudetendeutschen lassen sich aus der gemeinsamen Geschichte der Tschechen und der Deutschen nicht vertreiben“, erklärte auf dem Symposium der Stellvertre-

Meinung, daß Investitionen aus dem westlichen Ausland unabdingbar und um fast jeden Preis herbeizuziehen wären.

Folglich besteht gerade gegenwärtig die Bereitschaft zu Zugeständnissen an Investoren. Wie ist es zu leisten, solche eventuell nur zähneknirschend gemachten Zugeständnisse in unverrückbar feststehende Tatsachen zu verwandeln? Dies wäre der Fall, wenn sie als Eintrittsbedingungen in die EG gefaßt und festgeschrieben würden und ein Eintritt auch erfolgte. Die Mitglieder der EG hätten dann das Recht, auf der Einhaltung solcher Bedingungen zu bestehen, und zwar mit den Mitteln, die sie eben haben und für dienlich finden.

Annexionsvorbereitung und Volksgruppenpolitik

Die Volksgruppenpolitik der BRD, die von Habsburg selbst so bezeichnete Groß-Europa-Politik, das sind Politikfelder, die das tägliche Leben zunächst nicht berühren — bis es kracht und die Ereignisse sich überstürzen. Wie sie sich überstürzen können, hat die Entwicklung in Jugoslawien gezeigt. Bei einer Destabilisierung der ČSFR (siehe auch Dok. 3., 4.) stünden allerdings äußerst sorgfältig vorbereitete Einmischungsgründe zur Verfügung.

Wenn auch wahr ist, daß die Destabilisierung im Osten ein Ergebnis der Krise der realsozialistischen Gesellschaften ist, sollte doch andererseits klar sein, daß Ausmaß und Richtung dieser Destabilisierung wesentlich durch den Westen bestimmt werden. Für die BRD ist die aus öffentlichen Mitteln geförderte und durch Staatsbürgerschaftsgarantie abgesicherte Volksgruppenpolitik ein wesentliches Mittel dazu. — (maf)

Dokumente zu den Vertragsverhandlungen

Dr. Otto von Habsburg, MdEP, in der „Sudetendeutschen Zeitung“ vom 20. 9. 91 über Neubestritte zur EG:

Der 1. Januar 1993 ist nicht mehr weit. Politisch und geschichtlich gesehen steht er sogar vor der Tür. Der Termin wird allerdings nicht nur in der Wirtschaftspolitik eine Wende bringen. Noch mehr wird er sich auf dem rein politischen Gebiet praktisch auswirken. Es kann nicht mehr übersehen werden, daß es kurz nach der endgültigen Schaffung des Binnenmarktes zu einer Reform der Europäischen Gemeinschaft an Haupt und Gliedern kommen muß.

Die bisherigen Institutionen waren nicht schlecht. Sie waren jedoch für eine Gemeinschaft von sechs, acht oder zehn Staaten geplant, nicht aber für das, was nunmehr auf uns zukommt.

Diesbezüglich gibt es zwei Schulen in der Europäischen Gemeinschaft. Auf der einen Seite stehen die Europa-Fundamentalisten. ... Jaques Delors, der Präsident der Kommission. Er und seine Freunde behaupten, man müsse die Gemeinschaft vertiefen, bevor man sie erweitern. Das ist ein Fehlurteil in Unkenntnis der Realitäten. Man kann die Gemeinschaft noch durch Jahrhunderte vertiefen. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika sind noch immer mit einer Vertiefung beschäftigt.

Dann gibt es die Großeuropäer, die glücklicherweise zumindest in den parlamentarischen Gremien die Mehrheit bilden und der Ansicht sind, daß die Erweiterung eine europäische Verpflichtung ist. Wir können uns nicht „Europäer“ nennen, wenn wir unsere Völker draußen warten lassen. Es kommt dazu die Überlegung, daß die Erweiterung auch die Sicherheit vergrößert. Je zahlreicher bedeutender die Gemeinschaft, desto weniger ist es wahrscheinlich, daß die zu erwartende Explosion in der Sowjetunion sich negativ auf uns

auswirkt. Die Anhänger der Erweiterung sind daher der Ansicht, man möge einen Katalog aufstellen, der die Bedingungen beinhaltet, die ... erlauben, der Gemeinschaft beizutreten. Sind diese aber erfüllt, gibt es ein Recht auf Europa.

Dazu kommt die Problematik der äußeren Sicherheit, die noch längst nicht gelöst ist. Die Europäer sollten endlich verstehen, daß sie — ob es ihnen gefällt oder nicht — allein schon aus wirtschaftspolitischen Gegebenheiten eine Supermacht geworden sind. Eine solche muß, soll sie ihrer Rolle entsprechen, eine weltpolitische Dimension haben. Es gibt nur mehr zwei Supermächte auf der Welt: die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Gemeinschaft.

Aus der „Dokumentation der Zusammenfassung des Rechtsgutachtens über die sudetendeutschen Fragen von Professor Dr. Felix Ermacora“, „Sudetendeutsche Zeitung“, 6. 9. 91: D) Forderungskatalog

1. Die Vertreibung ist als ein unverjährbarer Akt des Völkermordes zu werten. Null und Nichtigerklärung der Vertreibung ist ein moralisches Gebot.

2. „Das Recht auf Heimat“ ist kein territorialer staatlicher Anspruch, sondern ein individuelles und kollektives Recht auf Ausübung der Selbstbestimmung mit den Forderungen nach Einreisefreiheit, Wohnsitzfreiheit, Freizügigkeit des Vermögens.

3. Die Ermöglichung eines erleichterten Staatsbürgerschaftserwerbes ist anzustreben.

4. Ausbau eines grenzüberschreitenden Regionalismus, an dem die Länder Bayern, Sachsen aus Deutschland, Ober- und Niederösterreich aus Österreich beteiligt sein sollen; grenzüberschreitender Regionalismus soll auf-

grund der Regionalismuskonvention des Europarates aufgebaut werden.

5. Für die (verbliebene) deutsche Volksgruppe in der ČSFR ist der Aufbau eines wirksamen Volksgruppenschutzgesetzes mit Recht auf die Heimat notwendig.

6. Die Enteignungsdekrete von 1945 sind aufzuheben. Die Totalkonfiskation von beweglichen und unbeweglichen Gütern im Zuge der Vertreibung teilt ihren Charakter als Völkermord und ist unter Bedachtnahme auf die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts und das Recht internationaler Organisationen zu widerrufen und wiedergutzumachen. Sei es, daß Eigentum zu restituieren ist, sei es, daß für die Vermögensverluste adäquate Entschädigung zu leisten ist.

8. Vergleichbare Beispiele zeigen, daß Globalentschädigungsabkommen einen Weg darstellen, Vermögensfragen zu regeln. In diesem Zusammenhang ist die Klärung der Staatsangehörigkeit der Enteignungsoffer im Zeitpunkt der Enteignung und die Abstellung darauf von vordringlicher Bedeutung.

9. Obwohl die Europäische Menschenrechtskonvention einen Eigentumsschutz gewährt (Art. 1. I. ZP), könnte eine wirksame Einrede „ratione temporis“ im Falle einer Beschwerde nicht von der Hand gewiesen werden. Es sei denn, es würde ein „link“ zwischen Vermögensentzug und dem Handeln bzw. Unterlassen Deutschlands bestehen. Einem Vorbehalt zur Wirksamkeit des Eigentumsrechts zu Lasten sudetendeutschen Volksvermögens ist im Falle des Ratifikationsverfahrens zur Menschenrechtskonvention MRK durch die Tschechoslowakei entgegenzutreten.

10. Der empfehlenswerte Weg ist, die Bundesrepublik — als Schirmmacht der Sudetendeutschen — zu ersuchen,

tende Vorsitzende der Landsmannschaften, Oskar Börse. Das Symposium war von Otto von Habsburg, Mitglied des Europa-Parlaments und Vorsitzender der Paneuropäischen Union eröffnet worden.

Otto von Habsburg sprach sich für ein „geeintes Europa, in dem auch eine einheitliche Tschechoslowakei ihren Platz haben muß“, aus und erteilte somit separatistischen Tendenzen, die in der gegenwärtigen ČSFR das wichtigste Tagesthema sind, eine Absage.

Der „Deutsche Ostdienst“ vom 20. 9. 91 des Vertriebenenverbandes hört „Tschechische Stimmen für Sudetendeutsche“.

Als erste tschechische Organisation hat die Paneuropa-Union Böhmen und Mähren auf ihrem Jahreskongress im süd-böhmischen Budweis eine Lösung der „offenen tschechisch-sudetendeutschen Frage“ gefordert. In einer einstimmig verabschiedeten Entschließung wird zur teilweisen Wiedergutmachung des „Unrechtes auf unserer Seite“ verlangt, die „unmenschlichen Vertreibungsdekrete für ungültig zu erklären, das Recht der Vertriebenen auf die Heimat anzuerkennen und die Deutschen nicht von vorneherein von den Vermögensrestitutionen auszuschließen“. Dies sei Voraussetzung der „Erneuerung der tschechischen Gesellschaft und entspricht der Neuorientierung unseres Landes in Europa“.

Die Paneuropa-Union Böhmen und Mähren ist der tschechische Zweig der von Otto von Habsburg geführten und 1923 gegründeten Internationalen Paneuropa-Union. Sie bestand bis 1989 in der Illegalität und gab die Untergrundzeitschriften „Proglas“ und „Mittel-europa“ heraus und wurde nach der sanften Revolution legalisiert. Ihr Präsident ist der Historiker Rudolf Kucera, Mitglied der tschechisch-deutschen und der tschechisch-österreichischen Historikerkommission.

Internationale Umschau



Mit „Nahrungsmittelhilfe“ und anderen Warenexporten nach Albanien mischt sich die italienische Regierung nach der gewaltsamen Rücksendung von albanischen Flüchtlingen nunmehr in Albanien ein. Im zweiten Weltkrieg war das Land von den italienischen Faschisten besetzt. Jetzt sind wieder italienische Soldaten in Albanien (Bild) — unbewaffnet und, so die offizielle Begründung, um „die Verteilung der Hilfslieferungen zu überwachen“. — (rül)

Skoda: Kurz nach Einstieg von VW — Produktionsdrosselung

Die Skoda-Volkswagen AG, seit April zu 31 % im Besitz der Volkswagen AG, drosselt ihre Produktion. Die Tagesleistung soll von gegenwärtig 930 auf 670 Kfz gesenkt werden. Aus diesem Grund wurde ab 1.9. Kurzarbeit — Viertagewoche — eingeführt. Der Verkauf von Skoda-Kfz ging von 123 000 in 1990 auf voraussichtlich 30 000 in diesem Jahr zurück. Begründung des Vizechefs Köhler: Zunehmender Import von Autos, vor allem aus der BRD. Dies könnte darauf hindeuten, daß auch in der CSFR das Hauptinteresse der imperialistischen Konzerne in der Vernichtung der Konkurrenz und im Absatz aus westdeutscher Produktion, nicht im — zuvor versprochenen — Ausbau der dortigen Produktion liegt.

Quelle: Süddeutsche Ztg., 29.8., 3.9. — (uga)

Polen: Keine Sondervollmachten

Das polnische Parlament hat die von der Regierung verlangten Sondervollmachten, mit denen diese noch vor dem 27. Oktober stattfindenden Neuwahlen des Parlaments einschneidende Kürzungen im Staatshaushalt zu Lasten der Lohnabhängigen beschließen wollte, abgelehnt. Damit ist der Plan der Regierung, diese Kürzungen ohne Parlamentsbeschluß zu verhängen, gescheitert. Auch der Vorschlag eines Sejm-Ausschusses, nur auf 14 statt wie von der Regierung auf 25 Gebieten Sondervollmachten zu genehmigen, bekam nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. — (rül)

Sahara: Vorbereitungen für einen neuen „grünen Marsch“?

Die für die Unabhängigkeit der ehemals von Spanien besetzten und seit 1975 von Marokko okkupierten Westsahara kämpfende Befreiungsfront Frente Polisario hat der marokkanischen Regierung vorgeworfen, den von der UNO geplanten Volksentscheid über die Zukunft der Westsahara durch die Umsiedlung von 170 000 Marokkanern in das Gebiet unterlaufen zu wollen. Bisher war angenommen worden, das von der Polisario nach jahrelangem Kampf erwungene Referendum unter UNO-Aufsicht werde mit Wählerlisten durchgeführt, die auf das 1974 von Spanien angelegte Wählerverzeichnis zurückgehen. Danach leben in der Westsahara ca. 70 000 Wahlberechtigter. Die Umsiedlung von 170 000 Marokkanern in die Westsahara würde Marokko für die immer noch angestrebte Annexion des Gebiets eine betrügerische „Mehrheit“ verschaffen. 1975 hatte Marokko die Besetzung der Westsahara mit einem ähnlichen „grünen Marsch“ vorbereitet. — Kurz vor Bekanntwerden dieser Pläne war die marokkanische Regierung mit ihrem Versuch, bei der „Union des Arabischen Maghreb“ (Algerien, Tunesien, Marokko, Libyen und Mauretanien) Rücken- deckung für ihren Annexionskurs zu bekommen, gescheitert. Die Staaten der Union lehnten eine Befassung mit der Westsahara ab und erklärten, daß sie das UNO-Referendum unterstützen. — (rül)

Spanien: Urteile wegen Morden der „GAL“

Zu je 108 Jahren und acht Monaten Haft sowie zu umgerechnet 200 000 DM Geldbuße, zu zahlen an Überlebende der von ihnen organisierten und zu verantwortenden Attentate, hat der Nationale Gerichtshof in Spanien zwei spanische Polizisten verurteilt. Die beiden Polizisten waren Mitglieder der berüchtigten Todesschwadron, die unter dem Namen „GAL“ („Antiterroristische Befreiungsgruppen“) allein in den Jahren 1983 bis 1987 bei mehr als 30 Attentaten 27 baskische Flüchtlinge ermordeten. Auch in Spanien bzw. im besetzten Baskenland gehen mehrere Morde bis in die jüngste Zeit auf das Konto der „GAL“ (wir berichteten). Das Urteil ist in spanischen Zeitungen auf scharfe Kritik gestoßen, weil es den Angeklagten vorwirft, aus rein persönlichen Rachemotiven in der „GAL“ gearbeitet zu haben. Tatsächlich gibt es zahlreiche Hinweise, daß die GAL in Wirklichkeit ein verlängerter Arm der spanischen Regierung bzw. des Innenministeriums gewesen sind und noch weiterhin sind. Anwälte von GAL-Opfern hatten deshalb in dem Prozeß u.a. vergeblich beantragt, den spanischen Regierungschef Gonzales als Zeugen für die staatliche Steuerung der GAL zu laden. Die Zeitung „El Mundo“ schreibt, die Angeklagten seien nur „Bauern“ im Spiel hoher und höchster Stellen gewesen, „Sündenböcke“ des spanischen Regierungsapparates. Diese hohen und höchsten Stellen im spanischen Regierungsapparat sind durch das Urteil des Gerichts weiterhin gedeckt und werden für ihre Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen. Auch die Entschädigung der Opfer, die das Gericht beschloß, ist blanker Hohn: Die Angeklagten selbst werden gar nicht in der Lage sein, diese Geldbuße je zu zahlen.

Quellenhinweis: Kölner Stadt-Anzeiger, 23. September — (rül)



„Gesunde Arbeit versichert besser“ — ein Plakat niederländischer Gewerkschaften, mit dem diese gegen die von der Regierung geplanten Angriffe (siehe auch Politische Berichte Nr. 18, S. 4) auf die Invalidenversicherung protestieren. Am 17. September, dem Tag der Verlesung der offiziellen Regierungserklärung für das kommende Jahr durch Königin Beatrix im Parlament, organisierten die Gewerkschaften landesweit Streiks gegen die geplanten Angriffe. Die Häfen in Rotterdam und Amsterdam wurden total bestreikt. In vielen Gebieten streikten Eisenbahner, Beschäftigte im öffentlichen Nahverkehr und andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst. — (rül)

Türkei: HEP von den Wahlen ausgeschlossen

Für den 20. Oktober sind in der Türkei vorgezogene Neuwahlen angesetzt. Die aktuellen Entwicklungen in Kurdistan haben deutlich gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien keine Existenzchance mehr haben. Die Gründung der HEP (Partei der Arbeit des Volkes) und die Tatsache, daß sie sich für das kurdische Volk engagiert, hatte zur Folge, daß sich eine Alternative außerhalb der bürgerlichen Parteien des Systems entwickelt. Nach der Ermordung des HEP-Vorsitzenden von Diyarbakir Vedat Aydin hat das Volk, das sich zum Aufstand erhob, seine Entschlossenheit deutlich gezeigt. Nach einer Meinungsumfrage vor den vorgezogenen Wahlen hat sich in Diyarbakir ein Stimmenverhältnis von 51 % für die HEP und von nur 20 % für die regierende ANAP-Partei ergeben. Der türkische Staat, dem sehr wohl bewußt ist, daß in Kurdistan die HEP die meisten Stimmen bekommen würde, verhindert deshalb bewußt eine Zulassung der HEP zu den Wahlen. Als Vorwand wird angegeben, daß die HEP sich nicht an den Wahlen beteiligen dürfe, weil sie nicht sechs Monate vor dem Wahltermin einen ordentlichen Parteikongreß durchgeführt habe. Daher fanden seit einiger Zeit Diskussionen über Wahlbündnisse der HEP mit anderen Parteien statt. Inzwischen gibt es ein Wahlbündnis der HEP mit der SHP (aus der die Gründer der HEP stammen; sie wurden seinerzeit wegen Teilnahme an einem kurdischen Kongreß in Europa und ähnlichen Anlässen aus der Partei ausgeschlossen), wobei bestimmte Forderungen zur Minimalbasis gemacht worden sind: „Schluß mit der Gewalt und dem Spezialkrieg, Abschaffung aller Spezialteams, der Kontraguerrilla und des „Dorfschützer“-Systems, Entwicklung der politischen Betätigungs- und Organisationsfreiheit, Freilassung aller Gefangenen, Anerkennung der Kurden“. Der türkische Staatsterror und die Verfolgung von HEP-Mitgliedern hat allerdings in der Wahlperiode nicht nachgelassen, sondern wird ganz im Gegenteil immer massiver. Bei den letzten Verhaftungswellen, zum Beispiel in der ersten Septemberwoche in Iskenderun und Silvan, wurden auch HEP-Funktionäre verhaftet.

— (aus: Kurdistan-Rundbrief 20/91, leicht gekürzt)

Türkei: Mandat für „Schutztruppe“ verlängert

Die türkische Regierung hat am 21. September das Mandat für die Stationierung der sogenannten „Schutztruppe“ in den von der Türkei besetzten kurdischen Gebieten um drei weitere Monate verlängert. 4 600 Mann, darunter Einheiten aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und Italien, gehören dieser unter US-Kommando stehenden Truppe an. Die „Schutztruppe“ ist in den kurdischen Städten Silopi, Incirlik und Batman im türkisch besetzten Nordwest-Kurdistan stationiert. Angeblich soll sie die Kurden im irakisch besetzten Kurdistan vor Angriffen des irakischen Regimes „schützen“. Tatsächlich entlastet sie vor allem die türkische Armee, so daß diese sich noch stärker auf die Bekämpfung der kurdischen Guerilla und die Kontrolle der kurdischen Städte konzentrieren kann. — (rül)

Für Deutsch-Groß-Tirol

Deutschnationale Kräfte machen in Südtirol mobil

Ungefähr 5 000 Teilnehmer zählte eine Kundgebung am 15. September in der Nähe von Griesberg am Brenner, zu der ein „Initiativkomitee Junges Tirol“ unter dem Motto „Nachdenken über Tirol“ eingeladen hatte. Worüber da nachgedacht werden sollte, machten die Transparente deutlich, die während der Kundgebung ausgerollt wurden: „Wiedervereinigung Tirols“ hieß es auf einem. „Los von Rom“ auf einem anderen. „Wir sind ein Volk“ proklamiert ein Drittes. Neben Deutschnationalen aus der Region nahmen auch Faschisten aus der BRD teil. Die Kundgebung sollte nach dem Willen des Komitees, in dem neben der regierenden Südtiroler Volkspartei (SVP) und der weit rechts stehenden „Union für Südtirol“ auch Mitglieder der österreichischen ÖVP und der FPÖ zu finden sind, eine Kampagne für das „Selbstbestimmungsrecht“ der „Wiedervereinigung Tirols“ unter deutschnationalem Zepter starten. Besonderes Gewicht verlieh dem Treffen nicht nur Teilnahme von politischer Prominenz wie den Landeshauptleuten von Nord- und Südtirol, sondern auch der Medienrummel vor allem von deutscher und österreichischer Seite. Ermutigt haben die nationalistischen Kräfte die Entwicklungen in Osteuropa; sie erwarten außerdem Schützenhilfe aus Österreich und der Bundesrepublik. Vorderhand sollen die zahlreichen Medienvertreter

„den Gedanken von ‚Ein Tirol‘ in die deutschsprachige — Welt hinaustragen (so die Zeitung „Dolomiten“). Ihre Chance wittern sie in einer von der BRD — gestärkt durch Österreich — dominierten europäischen Union. „Aufgrund der bedeutenden Ereignisse und Veränderungen in Mittel- und Osteuropa sowie der verstärkten Regionalismus- und Föderalismusdiskussion steht der Weg offen zu einem geeinten Europa. Diese Veränderungen öffnen auch Südtirol (die italienische Region Trentino-Alto Adige, d.V.), Nord- und Osttirol sowie Welschtirol (Trentino) neue längerhoffte Perspektiven zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft.“ heißt es in der auf der Kundgebung verabschiedeten Resolution. Noch ist zwar offizielle Politik der SVP in Verhandlungen mit der italienischen Regierung in Rom den Autonomiestatus auszubauen. Die Landeshauptleute Durnwalder und Partl, die in ihren Kundgebungsreden diese Politik verteidigten, ertreten dafür jedoch Pfiße. Am Brenner dominierten Kräfte, die schnell Fakten schaffen wollen: „Wir fordern die Tiroler Landtage auf, die Schritte zur Schaffung einer Europäischen Region Tirol zu setzen, in der sich alle Landesteile auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker aus freier Entscheidung zusammenschließen können“ heißt es in der Resolution. — (jug)

Norwegen: EG-Kommunalwahl

Gewinne für EG-Gegner. Verluste für Rassisten

Die Auseinandersetzung um eine Mitgliedschaft Norwegens in der EG und um ein EWR-Abkommen (Wirtschafts- und Handelsabgabe zwischen der EG und den EFTA-Ländern — Europäischer Wirtschaftsraum) gewinnt immer mehr an Bedeutung für die norwegische Bevölkerung. So scheiterte das letzte EWR-Abkommen, weil sich Norwegen einem Ausverkauf seiner Fischressourcen widersetzt.

Das Ergebnis der Kommunal- und Regionalwahl am 9. September 1991 bestätigt den zunehmenden Einfluß der EG-Gegner. Nahezu eine Verdopplung erreichten die Zentrums- (Sp) und die Sozialistische Linke (SV) mit jeweils ca. 12 % Stimmenanteil. Die zum bürgerlichen Block gerechnete Zentrums- (Wählerschaft unter Fischern und Bauern) wendet sich entschieden gegen ein politisches Bündnis mit der EG.

Verloren hat die sozialdemokratische „Arbeiterpartei“, die mit Gro Harlem Brundtland die Regierung stellt. Sie erhielt 30,5 % der Stimmen (knapp 4 % weniger als bei den Parlamentswahlen 1989).

Die konservative „Rechte“ erreichte für ihre Politik der schnellen Hinwen-

dung zur EG nur 21,8 % der Stimmen. Ihr Verlust (-0,4 % gegenüber der Parlamentswahl '89) fiel weniger drastisch als erwartet aus, weil sich ihr wieder Wähler der Fortschrittspartei zuwandten. Immerhin ist die rassistische Fortschrittspartei mit einem Verlust von 5 % (in Oslo 6,2 %) größter Verlierer der Wahl. In Städten, in denen es in letzter Zeit zu großen Auseinandersetzungen über die Einwanderungspolitik gekommen war, verlor sie besonders hoch. Die immer noch 7 % der Stimmen (Oslo 8,8 %) zeigen jedoch den starken Rückhalt, den ihre ausländerfeindliche Politik (Ausweisung von Einwanderern und Flüchtlingen) in der Bevölkerung hat.

An linken Gruppen hat neben den „Linken“ (3,5 %) auch das „Rote Wahlbündnis“ (RV) kandidiert, das von der „Kommunistischen Arbeiterpartei“ (AKP) unterstützt wird. Es erzielte mit 1,5 % einen leichten Zuwachs an Stimmen und Mandaten gegenüber der letzten Kommunal- und Regionalwahl. In Oslo erhielt RV 4,1 % der Stimmen und zwei Delegierte im Stadtrat, einer ist pakistanischer Einwanderer.

Quelle: div. Ausgaben der Zeitung „Klasse kampen“, September 1991 — (ccs)

Neue Siedler-Verfassung geplant

NP will eigene Kommunen und Drei-Klassen-Wahlrecht

Keine einzige Organisation oder Gruppe des azanischen/südafrikanischen Befreiungskampfes findet Positives an den Grundsätzen, die die regierende Nationale Partei für eine neue Verfassung beschlossen hat. Ginge es nach dem Willen der Siedlerpartei, so soll die nächste von den Siedlern diktierte Verfassung wieder die Bedingungen liefern, um die Mehrheit der Bevölkerung von jeder Einflußnahme auf die Politik auszuschließen. Waren in den bisherigen Verfassungen der Siedlerrepublik die Afrikaner aufgrund rassistischer Grundsätze vom Wahlrecht und allen anderen Grundrechten der Bürger ausgeschlossen, so fand die NP in ihrem neuen Verfassungsplan einen zwar nicht mehr offen rassistischen, aber ebenso wirksamen Weg, den Ausschluß der Mehrheit von der Machtausübung durchzusetzen. Unter dem Vorwand einer weitgehenden Dezentralisierung der Macht sollen die Kommunen weitgehend selbständig werden. Sie sollen sich eigene Verfassungen geben können, und sie sollen ca. die Hälfte der Steuereinnahmen, die aus ihrem Gebiet stammen, selbst verwalten. Bei den Kommunen liegt die Entscheidung, wer zuziehen darf, wer nicht, wie die Schulen gestaltet werden etc. Die Kommunalparlamente sollen

zur Hälfte in direkter, allgemeiner Wahl und zur anderen Hälfte mit Hilfe des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts besetzt werden — je mehr Besitz, desto mehr Stimmrecht. Das Manöver ist durchsichtig: Mit Landraub, Zwangsausiedlung der Afrikaner in „Homelands“, per Gesetz rassistisch verteilten Wohngebieten und vielen anderen Maßnahmen der Apartheid haben Kolonisatoren und Siedler in Südafrika Kommunen geschaffen, in denen hier Siedler und dort Afrikaner leben. Die Reichen und Begüterten leben in eigenen Kommunen, die landlosen und weitgehend blutigen Afrikaner in anderen. Eine solche Verfassung würde noch nicht einmal für eine Übergangszeit ermöglichen, auch die Steuern von Weißen für den Ausbau afrikanischer Infrastruktur für Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Kanalisation etc. heranzuziehen.

Zum anderen plant die NP ein Zweikammer-System für die Zentralregierung. Der Kongreß soll allgemein und gleich gewählt werden. Der Senat jedoch soll zu gleichen Teilen mit Vertretern aller Parteien besetzt werden, die mehr als einen Mindeststimmenanteil, z.B. zehn Prozent, erhalten haben. Der Senat soll Vetorecht gegen die Kongreßentscheidungen erhalten. — (uld)

Wohin geht die Volksrepublik China?

Die Reformpolitik hat die Entwicklungsprobleme des Landes nicht gelöst. Der Kampf um den weiteren Weg ist noch lange nicht entschieden

Wird auch die Volksrepublik China den Weg der osteuropäischen Länder gehen? Ist das wirtschaftliche und politische System des Sozialismus auch hier in eine so tiefe Krise geraten, daß es dem Konkurrenz- und Expansionsdruck des Imperialismus unterliegen muß? Die Frage kann nicht beantwortet werden, und Spekulationen sind müßig. Doch soll auf einige Besonderheiten Chinas und seiner Entwicklung hingewiesen werden, die den weiteren Entwicklungsweg mitentscheidend beeinflussen. Zum einen ist die Landwirtschaft stärker noch als in jedem osteuropäischen Land vorherrschender Wirtschaftszweig. Rund 800

Millionen Menschen leben in der VR China, bei einer Bevölkerung von inzwischen ca. 1,15 Milliarden, auf dem Land, davon 500 Millionen von der Landwirtschaft. Auch in anderen sozialistischen Ländern, so Rumänien, Bulgarien, Albanien und der Sowjetunion, hat sich ja gezeigt, daß das System der zentralisierten Landwirtschaft selbst in den letzten Jahren, in denen sich die Krise zuspitzte, und bis heute unter der ländlichen Bevölkerung immer noch eine ziemlich starke Basis hat. Zum anderen hat die von Deng Xiaoping vor über einem Jahrzehnt eingeleitete ökonomische Reformpolitik zwar einen zeitweiligen, aber von vornherein

auf wenige Regionen begrenzten wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Gleichwohl ist seit dem Ende der 80er Jahre kaum noch zu bestreiten, daß die Reformen, die die zentralisierte Planwirtschaft durch eine Art geplante Marktwirtschaft ablösen sollten, nicht zu allgemeinen Entwicklungserfolgen geführt haben. Ihr Ergebnis sind vielmehr tiefe Widersprüche und Zerfallserscheinungen mit schwerwiegenden Folgen. Schließlich sind seit den Studentenunruhen im Jahr 1989 und ihrer gewaltsamen Niederschlagung Tendenzen stärker geworden, die die marktwirtschaftlichen Elemente einschränken wollen.

Marktorientierte Reformpolitik vernachlässigt Landwirtschaft

In seinem Ende der 40er Jahre veröffentlichten Weißbuch hatte das US-Ministerium Zuversicht versprüht, daß sich das kommunistische China nicht werde halten können. „Das Volk satt zu bekommen, ist das allererste Problem für jede chinesische Regierung. Bisher gab es keine chinesische Regierung, die in der Lage war, dieses Problem zu lösen.“ (1) Wahrscheinlich war es eines der wichtigsten Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus Chinas, daß es über den Zeitraum mehrerer Jahrzehnte erstmals im großen und ganzen gelungen ist, „das Volk satt zu bekommen“. Trotz Krisen und Hungersnöten v.a. Ende der 50er Jahre haben die chinesischen Bauern die

zentralen landwirtschaftlichen Investitionen auf letztere Gebiete konzentriert. Dort hat die Landwirtschaft tatsächlich auch einen gewissen Aufschwung erfahren, sie ist mittlerweile stark auf Export ausgerichtet.

Auch verschärft der zentrale Investitionsrückgang noch die Wirkung der Preisentwicklung, die für die Bauern sehr ungünstig ist. Die Ausrichtung auf den Markt ließ die Getreidepreise von 1986 auf 1990 nur um 18 % steigen, 1990/91 gar sinken, während die Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Dünger und Pestizide um 400 % in die Höhe schnellten. (2) Die Einkommen der großen Mehrheit der Bauern sinken, auch weil der Staat nicht mehr die Abnahme der Produktion garantiert. Oft kam es in den letzten Jahren vor, daß

nicht mehr ausgleicht, sondern sogar verstärkt, mußte das Verhältnis zwischen den Regionen tiefgreifend stören und anstatt die wirtschaftliche Selbständigkeit aller Regionen regionalen Egoismus und andere Faktoren sozialer, wirtschaftlicher und politischer Desintegration stärken. Genau das ist geschehen.

Die Reformpolitik Deng Xiaopings förderte einseitig die Entwicklung einiger weniger Regionen an der Küste im Osten des Landes. Hier wurde eine Verarbeitungsindustrie aufgebaut, die völlig auf den Weltmarkt ausgerichtet ist. Damit die Exportbetriebe, darunter 15000 Joint-Ventures und nicht-staatliche Betriebe, in der Weltmarkt-Konkurrenz mithalten können, werden sie aus zentralen Mitteln subventioniert. Diese Mittel fehlen woanders, z.B. bei der

Studentenunruhen 1989 und die drohende Katastrophe

Die größte Gefahr drohe der „kommunistischen Herrschaft“ von „Chinas desillusionierter Jugend, der die sozialistischen Ideale nichts mehr gelten. Sie blickt auf die prosperierenden Nachbarländer, auf Japan, Südkorea, Taiwan und Hongkong. Dort sieht sie die Modelle für die Zukunft des eigenen Landes“, hatte die Zeit (7) unmittelbar vor den Beijinger Unruhen geschrieben. Die Studentenbewegung, eine nüchterne Bewertung ist nach zweieinhalb Jahren vielleicht leichter, war eine Bewegung für die Privilegierung der Intelligenz. Mit der Öffnung Chinas für den Weltmarkt hatte die Intelligenz begonnen, ihre Lebensstandardvorstellungen statt an der Lage der Arbeiter und Bauern und den Möglichkeiten des Entwicklungslandes China an den Maßstäben des Weltmarktes zu orientieren, d.h. an der Stellung der Intelligenz in den kapitalistischen Industrieländern. Nicht umsonst haben sich ganze Jahrgänge von Hochschulabsolventen geweigert, eine Arbeit in ländlichen Gebieten anzunehmen. Die Bewegung der Intelligenz war letztlich eine Konsequenz aus der Reformpolitik der KP Chinas unter Führung Deng Xiaopings. Größere Teile von ihr versprachen sich die Durchsetzung ihrer Vorstellungen durch die Wiederherstellung des Privateigentums unter dem Schutz und mit Hilfe des Imperialismus. So weit wollten die führenden Vertreter einer geplanten Marktwirtschaft jedoch nicht gehen. Der von der Studentenbewegung verfolgte Kurs mußte China dem Imperialismus ausliefern und die Entwicklungsmöglichkeiten von Millionen Menschen endgültig vernichten.

Deshalb auch hat die Studentenbewegung, obwohl sie sich zeitweilig mit größeren Teilen der Beijinger Bevölkerung verbinden konnte, in keiner Phase nennenswerten Einfluß unter der Arbeiterbevölkerung und erst recht nicht unter den Bauern gewinnen können, die sie ganz offen verachtete. (8)

Ähnlich wie die bürgerliche schreibt auch die linke Kritik mehrheitlich die Niederschlagung der Unruhen dem nackten Machterhaltungstrieb einer kleinen Clique „alter Männer“ zu. Sie übersieht dabei die sozialen Interessen großer Menschengruppen, deren Entwicklungs-, ja Überlebenschancen von der Stabilität und wirtschaftlichen und politischen Integration Chinas abhängen.

Die mit der Niederschlagung der Unruhen eingeleitete „orthodoxe Wende“ habe die „zentrifugalen Kräfte unter Kontrolle bekommen“ wollen, schreibt der bereits zitierte Herrmann-Pillath. (5) Heute, zweieinhalb Jahre später, spricht einiges dafür, daß die Gruppe führender Funktionäre der KP Chinas, die die Verantwortung für die Niederschlagung trägt, den Einsatz der Volksarmee befohlen hat, um eine drohende Katastrophe abzuwenden — eine Katastrophe, die ihre eigene Politik heraufbeschworen hat, die aber unvermeidbar geworden wäre, hätte sich die Studentenbewegung durchgesetzt.

Die Politik der Öffnung Chinas hatte eine Landverteilung großen Ausmaßes eingeleitet, deren Ursache die geschilderten Erscheinungen, Stagnation der Landwirtschaft, Vertiefung der regionalen und Einkommensunterschiede, ist. Unmittelbar vor den Studentenunruhen hatte man eine Ahnung von der drohenden Gefahr einer gewaltigen Völkerwanderung bekommen können, als innerhalb weniger Wochen zweieinhalb Millionen Arbeitssuchende aus ländlichen Gebieten in die Hauptstadt der Küstenprovinz Guangdong, Kanton, strömten. (7) Auch heute ist immer wieder von ähnlichen Ereignissen, allerdings kleineren Ausmaßes, zu lesen. (9) Die Zahl derer, die auf dem Land keine Arbeit mehr finden, schwankt zwischen 100 und 200 Millionen — so oder so ist sie

unvorstellbar hoch. Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation geht im Bericht China am Jahreswechsel 90/91 davon aus, daß auf dem Land in den letzten Jahren 150 Millionen Arbeitskräfte „freigesetzt“ wurden.

Vor allem Elemente der Politik nach der Niederschlagung der Unruhen zeigen, daß die Verantwortlichen diese gefährliche Entwicklung nicht dahintreiben lassen wollen, sondern bekämpfen.

Zwar wurde die Reformpolitik auch nach dem Frühjahr 1989 fortgesetzt. Doch die Entwicklung ist widersprüchlich. Bei aller gebotenen Vorsicht in der Beurteilung scheinen die Kräfte stärker geworden zu sein, die die Einschränkung marktwirtschaftlicher Elemente, eine Rückbesinnung auf die Möglichkeiten des Kollektivismus, die Notwendigkeit der Bekämpfung der Entwicklungs- und Einkommensunterschiede fordern.

Schon im November 1989 beschloß die Nationale Landwirtschaftskonferenz die Neuordnung volkswirtschaftlicher Prioritäten zugunsten der landwirtschaftlichen Entwicklung. (10) Seither wurden die zentralstaatlichen Investitionen in die Landwirtschaft um 30 % erhöht. Einiges spricht dafür, daß die Mittel vor allem auf die Entwicklung der Landwirtschaft in den Westprovinzen konzentriert werden sollen. So werden gezielt die Anrainerprovinzen den Yangtze-Flusses dabei unterstützt, neue Gemeinschaftsprojekte in Angriff zu nehmen. (11) In einigen Provinzen ist auch die verstärkte Mobilisierung der Bauern zu Kollektiveinsätzen für Erhaltung und Bau von Bewässerungsanlagen und Dämmen zu verzeichnen. (12) Die Kritik an der landwirtschaftlichen Privatwirtschaft wurde lauter, und in vielen Kreisen nehmen Tendenzen zu, kleine, von den einzelnen Haushalten bearbeitete Pachtzellen zu größeren, kollektiv bewirtschafteten Flächen zusammenzulegen. (10) Auch wurden verschiedene Versuche bekannt, die kollektiven Sozialeinrichtungen der Volkskommunen z.B. im Gesundheitswesen, die mit diesen untergegangen waren, auf Kreisebene erneut aufzubauen.

Noch widersprüchlicher und schwieriger zu beurteilen sind die Versuche, die ländliche Industrie wiederaufzubauen. Mit den Volkskommunen waren auch die kleinen kommuneeigenen Industriebetriebe zerschlagen worden, deren Ziele die Industrialisierung des Landes und die Modernisierung der Landwirtschaft gewesen waren. Anfang der 80er Jahre waren zahlreiche ländliche Industriebetriebe wiedererrichtet worden, jedoch fast ausschließlich in den Küstenregionen und fast ausschließlich zum Zweck der Exportproduktion. In der zweiten Hälfte 1989 wurden über eine Million dieser Betriebe, in denen schlimme Zustände von Kinderarbeit und Überarbeit herrschen, vorübergehend geschlossen. Heute scheint man die Entwicklungsmöglichkeiten lokaler ländlicher Industrien gerade auch in wenig entwickelten Gebieten wiederzuentdecken. Eine andere Möglichkeit, eine Völkerwanderung von Dutzenden oder Hunderten von Millionen verletzter und entwurzelter Menschen oder gar ihren Hungertod zu verhindern, gibt es jedenfalls nicht.

(1) zitiert nach: China heute, 4/90; (2) Nord-Süd aktuell, 4. Quartal 1990; (3) Die Häufung von Flutkatastrophen in den letzten Jahren dürfte zumindest zum Teil darauf zurückzuführen sein. Allein in diesem Sommer wurden 18 von 30 Provinzen bzw. autonomen Gebieten von Flutkatastrophen heimgesucht; siehe Handelsblatt, 11.7.1991; (4) Neue Zürcher Zeitung, 4.7.91; (5) Carsten Herrmann-Pillath, Struktur und Prozeß in der chinesischen Wirtschaftspolitik, oder: Warum China doch anders ist, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23.11.90; (6) Far Eastern Economic Review, 4.4.91; (7) Zeit, 31.3.89; (8) siehe dazu auch: Ding Ding, Perspektiven der chinesischen Demokratisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23.11.90; (9) siehe z.B. China aktuell, März 1991; (10) Süddeutsche Zeitung, 6.4.90; (11) Nachrichten für Außenhandel, 4.1.91; (12) Frankfurter Allgemeine, 6.12.90. — (sec)



Kurz nach dem Aufstand der Studenten im Frühjahr 1989 schrieb die Zeitschrift Far Eastern Review: „Seit Jahrzehnten sind (diese Studenten) die erste Generation, der Kontakte zur Außenwelt zugestanden wurden, und sie ziehen daraus den Schluß, daß ihnen nicht ausreicht, was sie zu Hause haben.“

jährliche Getreideproduktion zwischen 1949 und 1984 vervierfacht; obwohl sich die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum verdoppelte, stieg der Getreideertrag pro Kopf der Bevölkerung von 200 auf 400 kg. (1)

Seit 1984 ist eine Trendwende eingetreten. Es muß alarmieren, daß die Produktion des wichtigsten Grundnahrungsmittels Getreide seither trotz guter Ernten 1990/91 rückläufig ist. Pro Kopf der Bevölkerung ist der Getreideertrag seit 1984 kontinuierlich auf ca. 340 kg gesunken. Die Ursachen für den Rückgang sind vielfältig, liegen aber letztlich in der von Deng Xiaoping Ende der 70er Jahre eingeleiteten Reformpolitik.

Als besonders verheerend hat sich herausgestellt, daß der Staat im Zuge der Auflösung der Volkskommunen und der Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion die zentral vermittelte Unterstützung der Landwirtschaft weitgehend reduziert hat. Dies drückt sich im Rückgang zentralstaatlicher Investitionen in landwirtschaftliche Gemeinschaftsaufgaben wie Infrastruktur aus. Zwischen 1979 und 1986 wurden die zentralstaatlichen Investitionen in die Landwirtschaft um 37 % von ca. 5,8 Mrd. auf 3,7 Mrd. Yuan gekürzt. (1) Ihr Anteil an den staatlichen Gesamtinvestitionen sank von 12 % im Schnitt der 60er und 70er Jahre auf 3 % im Fünfjahresplan 1986-90. (2) Folge: Die überlebensnotwendigen Bewässerungssysteme und Staudämme verfielen zusehends (3), Verkehrsverbindungen, Transportmittel und elektrische Leitungen wurden nicht instand gehalten, die Lagerkapazitäten waren unzureichend.

Es ist klar, daß diese Entwicklung die armen Regionen im Westen Chinas härter trifft als die entwickelteren Küstenregionen, um so mehr, als sich auch die

die Bauern auf einem Teil der Ernte sitzenblieben und an private Händler zu Preisen verkaufen mußten, die um 20 % unter den staatlichen lagen, weil sie keine eigenen Speichermöglichkeiten hatten. (4) Die meisten Dörfer und Regionen sind nicht in der Lage, die ausbleibenden zentralen Mittel auszugleichen. Die im Gefolge der Reformpolitik zunehmende Armut großer Teile der Bauern wurde zu einem mitentscheidenden Grund für den Rückgang der Agrarproduktion, der die Gefahr neuer Hungersnöte heraufbeschwört.

Regionale Entwicklungsunterschiede nahmen zu

Der Versuch, Entwicklungsfortschritte und Modernisierung der chinesischen Wirtschaft durch Anschluß an den Weltmarkt zu erreichen, muß als gescheitert betrachtet werden. Er hat stattdessen zu einer verstärkten Differenzierung zwischen den Regionen geführt.

Die chinesische Planwirtschaft ist bei weitem nicht so hoch zentralisiert wie etwa die Planwirtschaft der Sowjetunion oder anderer RGW-Staaten. Spätestens seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre, seit dem Großem Sprung, verfügen die Provinzen über umfangreiche selbständige Planungskompetenzen. „Die Zentrale verfügte zwar über einen beachtlichen Teil beispielsweise des Betriebsvermögens in der Schwerindustrie, war jedoch stets dazu gezwungen, entweder einen weitgehend autarken Wirtschaftskreislauf aufzubauen oder mit den unterschiedlichen Interessengruppen in den Provinzen über die Güterdistribution (Güterverteilung — Red.) zwischen Provinzen und Zentrale bzw. zwischen den Provinzen zu verhandeln.“ (5)

Eine Politik, bei der die Zentrale die erheblichen Entwicklungsunterschiede

Modernisierung der Industrie im Binnenland, deren Produktionsmittel zu über 60 % überaltert sind. Die ohnehin knappen Ressourcen des Landes (Rohstoffe, Energie) wandern bevorzugt in die exportorientierten Wirtschaftsregionen. Den Staatsbetrieben dagegen mangelt es an allem. Die industrielle Entwicklung anderer Regionen stagniert.

Daß die Reformpolitik tatsächlich dazu führte, daß sich einige wenige Regionen auf Kosten der überwiegenden Mehrheit der anderen entwickelten, zeigt das folgende Beispiel:

Sichuan, eine arme Provinz im Landesinneren mit 107 Mio. Einwohnern, die hauptsächlich in der Landwirtschaft arbeiten, hat eine Industrieproduktion, die pro Kopf gerade halb so viel beträgt wie im Landesdurchschnitt. Obwohl der Pro-Kopf-Verbrauch in Sichuan zu den niedrigsten in China zählt, muß die Provinz dennoch rund die Hälfte der Konsumgüter einführen. Trotz seiner Armut und Unterentwicklung hat Sichuan von 1986 bis 1990 ebensoviel Mittel an den Zentralstaat abgeführt wie die vergleichsweise reiche Küstenprovinz Guangdong, deren Industrieproduktion absolut um 57 % höher ist als die von Sichuan und je Kopf um das Doppelte. (6)

Ergebnis der Reformpolitik, die die Ausgleichsfunktion der Zentralgewalt schwächte, sind schwere wirtschaftliche und politische Konflikte. Ökonomische Blockaden zwischen dem Regionen, Verweigerung von Transportmitteln, Wegezölle, Zurückhaltung von Rohstofflieferungen, ja selbst Straßensperren sind seit Jahren an der Tagesordnung. (5) In den entwickelteren Provinzen ist die Tendenz zu regionaler Selbstständigkeit stark. Die ärmeren Regionen wie Sichuan fordern die Stärkung der Zentralgewalt. (6)

„Wir sind nicht bereit, diese politische Entmündigung hinzunehmen“

„Einwandererpolitik statt Ausländerpolitik“ — Kommunalwahlprogramm der Liste „Göttinger Ausländerinnen und Ausländer“

Die Liste „Göttinger Ausländerinnen und Ausländer“ wurde im April 1991 gegründet. Ihr gehören Mitglieder des Ausländerbeirats Göttingen und Einzelpersonen an. Die Liste hat ein Kommunalwahlprogramm erstellt und einen Wahlvorschlag samt Unterstützungsunterschriften für die niedersächsischen Kommunalwahlen am 6. Oktober 1991 eingereicht, auf dem 12 Göttingerinnen und Göttinger nicht-deutscher Staatsangehörigkeit kandidieren. Es folgt ein Zitat aus dem Vorwort des Wahlprogramms, das als Broschüre veröffentlicht wurde: „... Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in der Interpretation des Bundesverfassungsgerichts vom November 1990 steht nicht-deutschen Einwohnern in diesem Land kein Wahlrecht zu. Unsere Kandidatur für die Kommunalwahlen in Göttingen soll demonstrieren, daß wir nicht bereit sind, diese politische Entmündigung

stillschweigend hinzunehmen. Zugleich mit der öffentlichen Vorstellung der Liste haben wir eine Unterschriftenaktion begonnen, die bis zu den Kommunalwahlen andauern soll. Die zahlreichen unterzeichnenden deutschen und nicht-deutschen Göttinger Bürgerinnen und Bürger unterstützen unsere primäre Forderung ‚Wahlrecht für AusländerInnen‘ und verlangen unsere Zulassung zu den Kommunalwahlen. Die Zustimmung, die unsere Aktion bei der Göttinger Bevölkerung gefunden hat, stärkt unsere Überzeugung, daß es keine Argumente gibt, uns politische Bürgerrechte weiterhin vorzuenthalten. Ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit war die Erarbeitung des vorliegenden Programms. Hierbei haben wir uns auf die kommunalpolitischen Erfahrungen des Göttinger Ausländerbeirats gestützt. In der Vergangenheit blieben viele Forderungen des Ausländerbeirats ungehört und wirkungs-

los. Gerade diese Erfahrung hat uns veranlaßt, mit diesem umfassenden Programm Vorschläge und konkrete Wege zur Beseitigung der Benachteiligungen der ethnischen Minderheiten in dieser Stadt aufzuzeigen. Unser Programm beschränkt sich deshalb auf diejenigen Bereiche der kommunalen Politik, die in besonderem Maße im Interesse der Göttinger Migranten und Migrantinnen veränderungsbedürftig sind. ... Der Wahlvorschlag der Liste „Göttinger Ausländerinnen und Ausländer“ wurde auf der Sitzung des Wahlausschusses in Göttingen Anfang September abgelehnt. Darauf soll eventuell mit einem Plakat „Demokratie und Wahlrecht für Ausländer sind untrennbar miteinander verbunden!“ geantwortet werden. Wir dokumentieren im folgenden Teile des Wahlprogramms. Bezug: Ausländerbeirat Göttingen. Neues Rathaus, Geismarlandstr. 4. 3400 Göttingen. (rmo, rec)



Bild: af/mz

Einwandererpolitik statt Ausländerpolitik

Wir fordern:

— Verzicht auf die bisherige Ausländerpolitik und Abschaffung aller diskriminierenden Ausländergesetze.

— Die politische und gesellschaftliche Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland und die Einleitung einer Einwanderungspolitik, die als Verfassungsrecht die Anerkennung aller hier lebenden ethnischen Minderheiten im Sinne des Völkerrechts gewährleistet und ihnen Minderheitenschutz und Gleichberechtigung auf allen Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens bietet.

— Trennung der Anerkennung als Bürger und Bürgerinnen mit vollen Bürgerrechten von der Frage der Staatsangehörigkeit. Entscheidend für die Erlangung und die Ausübung der Bürgerrechte soll allein der Aspekt des Lebensmittelpunktes sein.

— Alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik Deutschland haben, müssen überdies ein Anrecht auf die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit erhalten. Die doppelte Staatsangehörigkeit muß gesetzlich ermöglicht werden. Alle in der Bundesrepublik Deutschland geborenen Kinder sollen zusätzlich zu der nicht-deutschen Staatsangehörigkeit ihrer Eltern automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

Die Kommune ist verpflichtet, das Wohl ihrer Einwohner auf der Grundlage demokratischer Meinungsbildung zu fördern. Dazu ist sie unabhängig vom politischen Status der Einwohnergruppen verpflichtet. Dennoch: die politische Entmündigung der ethnischen Minderheiten hat dazu geführt, daß sie über Jahrzehnte nur als Objekte der Politik, vor allem aber als eine betreuungsbedürftige Gruppe, angesehen wurden.

Stattdessen fordern wir, daß die ethnischen Minderheiten gerade von der Kommune als Subjekte des kommunalen Lebens mit eigenständigen Interessen und dem Anspruch auf Mitentscheidung anerkannt werden.

Das bedeutet, daß

— ihre Selbstorganisationen als legitime Interessenvertretungen anderen Organisationen gleichgestellt und wie diese gefördert werden;

— ihre legitimen Ansprüche auf gleichberechtigte Teilhabe an den finanziellen,

räumlichen und administrativen Ressourcen der Kommune verwirklicht werden; sie Verantwortung und Positionen in den kommunalen Institutionen und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens übernehmen können.

Eine solche Demokratisierung der Kommune durch Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen bietet den Migranten die Möglichkeit, sich effektiver für ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung einzusetzen.

Der Ausländerbeirat

Ein wichtiges Instrument für die demokratische Mitsprache und Mitentscheidung ist der von den Migranten gewählte Ausländerbeirat als Organ der politischen Interessenvertretung. Dazu fordern wir:

— Der Ausländerbeirat erhält ein Vetorecht bei Ratsbeschlüssen, die die Belange der Migranten betreffen. Dieses Vetorecht ist unumgänglich, da die Berücksichtigung von Interessen struktureller Minderheiten nicht allein durch das parlamentarische Verfahren der Findung eines Mehrheitswillens erreicht wird; das gilt um so mehr, als die Migranten selbst an diesem Verfahren immer noch nicht beteiligt sind.

— Der Ausländerbeirat erhält wie die Fachausschüsse des Rates die Möglichkeit, die Verwaltung zur Prüfung von Sachfragen zu beauftragen. Die Verwaltung hat die Ergebnisse der Prüfung auf einer Sitzung des Beirats schriftlich oder mündlich zu erläutern. Für die effektive Arbeit des Ausländerbeirats ist die ausreichende materielle und personelle Ausstattung seiner Geschäftsstelle notwendig. Aus diesem Grund fordern wir die feste Ausweisung der tariflich vereinbarten Personalmittel für die Geschäftsführung des Ausländerbeirats sowie der zur Arbeit erforderlichen Sachmittel ähnlich der Bezuschussung der Ratsfraktionen.

— Die Arbeit der gewählten Mitglieder des Ausländerbeirats ist — vergleichbar derjenigen der gewählten Ratsmitglieder — als ehrenamtliche Tätigkeit anzuerkennen; Freistellung von Arbeit und Aufwandsentschädigung sind analog zu gewähren.

— Schließlich fordern wir die Stadt auf, in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat und den Migranten und Migran-

tinnen sowie dem Landkreis Göttingen auch im Landkreis eine Interessenvertretung der Migranten zu ermöglichen.

Sozialpolitik

Die soziale Situation der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland ist durch eine wachsende Armut gekennzeichnet, die zur Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile aus dem gesellschaftlichen Leben führt. Es entsteht eine zunehmende Polarisierung zwischen arm und reich. Sie ist das Ergebnis einer Sozial- und Wirtschaftspolitik, die die Unternehmer und Besserverdienenden dieser Gesellschaft begünstigt (z.B. durch Steuergeschenke), während sie die Bezieher der unteren Sozialeinkommen zugleich durch Leistungskürzungen und Abgabenerhöhungen belastet.

Diese Politik wird mit dem Verweis auf notwendige Investitionen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR weiter forciert. Gleichzeitig werden mit Klagen der öffentlichen Haushalte über leere Kassen wichtige Reformprojekte der sozialen Sicherung nicht umgesetzt:

— die Einführung einer Grundabsicherung (Mindestleistungen) in den verschiedenen Zweigen des Systems der sozialen Sicherung, z.B. der Renten- und Arbeitslosenversicherung;

— die sachgerechte Reform des Bundes-

sozialhilfegesetzes.

Die seit Ende der siebziger Jahre begonnene Umverteilungspolitik zu Lasten der sozial Schwachen besteht auch zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften: so hat sich der Bund zu Lasten der Länder und diese wiederum zu Lasten der Kommunen zu sanieren versucht.

Vor dem Hintergrund der hohen Massenarbeitslosigkeit und der Eingriffe in die Leistungsgesetze, die vor allem die Kommunen belasten, droht kommunale Sozialpolitik zunehmend zur reinen Verwaltung der Armut zu werden. Die Kommunen sind aber nicht nur Opfer dieser Politik, sondern haben diese auch mitzuverantworten.

Sozialhilfe

Unter den sozial benachteiligten Gruppen stellen die ethnischen Minderheiten eine Sondergruppe dar: Sobald sie in eine soziale Notlage geraten, ist ihre Existenz bedroht: Nach dem Ausländer-

gesetz können Migranten und Migrantinnen nach dreijährigem Arbeitslosenhilfebezug, bei der Inanspruchnahme von Jugendhilfe, bei Sozialhilfebedürftigkeit, Obdachlosigkeit und einer „unzureichenden“ Wohnung aus der Bundesrepublik ausgewiesen werden. ... Die neuen ausländerrechtlichen Bestimmungen werden eine zunehmende Marginalisierung und versteckte Armut der Migrantenbevölkerung zur Folge haben.

Aufgrund der Verunsicherung und realen Existenzbedrohung der Migranten und Migrantinnen ist eine umfassende Information über die ausländer- und sozialhilferechtlichen Bestimmungen dringend erforderlich.

— Hierzu soll die Stadt Göttingen eine oder mehrere mehrsprachige Informationsbroschüren herausgeben, die neben einem Überblick über die verschiedenen Sozialberatungsstellen und sozialen Dienste (einschl. ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten) die wichtigsten Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes, des Ausländergesetzes und Jugendhilfegesetzes enthält.

— Die Stadt Göttingen soll einen Dolmetscherdienst einrichten, der während der Öffnungszeiten der Verwaltung sowohl den verschiedenen Ämtern als auch den betroffenen Migranten und Migrantinnen zur Verfügung steht.

— Die Sachbearbeiter und Sozialarbeiter des Sozial- und Jugendamtes sollen im Ausländerrecht fortgebildet werden.

— Um bereits im Vorfeld zu verhindern, daß Sozialhilfebedürftigkeit zur Ausweisung führt, soll die Ausländerbehörde alle Migranten und Migrantinnen, die Anspruch auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung haben, schriftlich zur Antragstellung auffordern.

— Darüber hinaus soll die Stadt Göttingen Finanzmittel für eine qualifizierte Fachkraft im städtischen Informationsbüro bereitstellen, die Migranten und Migrantinnen in sozial-, ausländer- und jugendhilferechtlichen Fragen berät. Diese Fachkraft soll nicht bei der Stadt Göttingen, sondern bei einem freien Träger angestellt werden, um die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen auch für die ethnischen Minderheiten zu gewährleisten.

Flüchtlinge

... Folter wird zu einer Form der „Strafrechtspflege“, Völkermord zum Nebenresultat einer legitimen Terrorismusbekämpfung umdefiniert: Verfolgte werden nicht anerkannt, weil sie sich in ihrem Heimatland politisch oppositionell betätigt haben, und selbst die Todesstrafe führt nicht zur Asylenerkennung, da die Anerkennung des Flüchtlings einer „Diskriminierung fremder Rechtsordnungen“ gleichkäme. Menschen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe oder aufgrund ihres Geschlechts Verfolgung erlitten, werden in der Regel nicht als Asylberechtigte anerkannt. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden Flüchtlinge, die vor der Gefahr für Leib und Leben aufgrund von Kriegen, Bürgerkriegen und sonstigen Unruhen Zuflucht in Deutschland suchen.

Das Asylrecht, das als universelles und überstaatliches Menschenrecht in die Verfassung aufgenommen wurde, ist zu einem System der Ablehnung und Abwehr von politischen Flüchtlingen verkümmert.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes am 1.1.1991 hat sich die Situation der Flüchtlinge nochmals dramatisch verschärft.

Neben der Weigerung, politisch Verfolgte anzuerkennen, wurden mit Änderungen des Asylverfahrens- und Bundessozialhilfegesetzes die Lebensmög-

lichkeiten der Flüchtlinge erheblich eingeschränkt. ... Das System der totalen Kontrolle und sozialen Restriktionen führt zu einer unerträglichen Lebenssituation. Im Grunde ist dies nichts anderes als die Fortführung der Verfolgung, der die Flüchtlinge gerade durch ihre Flucht nach Deutschland versucht haben zu entkommen.

Obwohl die wesentlichen asyl- und sozialrechtlichen Bestimmungen vom Bund und vom Land geregelt werden, kommt der Kommune als „ausführende Behörde“ eine besondere Verantwortung zu.

Die Ausländerbehörde setzt die verschiedenen ausländerrechtlichen Bestimmungen gegenüber den Flüchtlingen durch. Sie entscheidet damit letztendlich über das gegenwärtige und zukünftige Leben der Flüchtlinge. Entgegen der vielfach vertretenen Auffassung, bei der Handhabung und Ausführung der ausländerrechtlichen Bestimmungen handele es sich lediglich um ein rein verwaltungstechnisches und unpolitisches Problem, kommt der Ausländerbehörde eine höchst politische Aufgabe zu.

Ansichts dieser Verantwortung und Bedeutung, die der Tätigkeit der Ausländerbehörde zukommt, halten wir eine Offenlegung der ausländerrechtlichen Praxis in Göttingen für notwendig.

— Die Ausländerbehörde soll dem Rat der Stadt Göttingen und dem Ausländerbeirat jährlich einen detaillierten Bericht über ihre Arbeit vorlegen. Der Bericht, der neben statistischen Angaben (z.B. Anträge und Gewährung der Aufenthaltsgenehmigungen, Anzahl der Ausweisungen und Abschiebungen), besondere rechtliche Probleme in Göttingen enthalten sollte, könnte auch für die Formulierung von Vorschlägen zur Verbesserung rechtlicher Regelungen genutzt werden, die dem Land und dem Bund vorgelegt werden sollen.

— Es soll eine Kommission, bestehend aus Flüchtlingsorganisationen, amnesty international, der Gesellschaft für bedrohte Völker, den in der Flüchtlingsarbeit tätigen Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und dem Ausländerbeirat gebildet werden. Diese Kommission soll ein Anhörungsrecht zu geplanten Abschiebungen von Flüchtlingen erhalten. Die Ausländerbehörde hat die von der Kommission vorgebrachten Stellungnahmen/Gutachten zu prüfen und bei ihrer Entscheidung über die Abschiebung zu berücksichtigen. Das Ergebnis hat sie den Kommissionsmitgliedern mitzuteilen.

— In Göttingen gibt es nur wenige kostenlose Sprachkurse für Flüchtlinge. Das Angebot an Sprachkursen muß in allen Qualifikationsstufen erweitert werden. Neben Sprachkursen sollen Alphabetisierungskurse eingerichtet werden.

— In Göttingen haben ca. 360 Flüchtlinge die Bleiberechtsregelung in Anspruch genommen, d.h. diese Personengruppe wird auf Dauer hier leben. Um dieser Personengruppe eine berufliche Integration zu ermöglichen, soll das Amt für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsberatungszentrum ein Konzept zur Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen erarbeiten.

— Die Flüchtlinge sind aufgrund ihrer schlechten materiellen Situation und aufgrund bestehender Vorurteile von der Wohnungsnot besonders betroffen. Die Stadt soll bei der Vergabe kommunalen Wohnraums die auf dem freien Wohnungsmarkt chancenlosen Flüchtlinge bevorzugt berücksichtigen.

— In Göttingen gibt es sehr viele Selbsthilfeorganisationen und -initiativen von Flüchtlingen. Diese Gruppen, die eine sehr wichtige soziale Arbeit leisten, sollen von der Stadt unterstützt werden.

NRW: Protest gegen REP

Aktionen gegen NRW-Landesparteitag in Gummersbach

Gummersbach. Rund 300 Antifaschisten demonstrierten am Samstag, 7.9., gegen den Landesparteitag der sog. Republikaner (REP) für NRW in Gummersbach. Trotz des Protestes von Gewerkschaften, Parteien und vielen anderen Gruppen hatte die Verwaltungsspitze in Gummersbach keine Bereitschaft gezeigt, den für den gleichen Tag geplanten REP-Parteitag zu verhindern. Der Demonstrationszug formierte sich deshalb um 9.00 Uhr vor dem Rathaus.

Um 9.30 Uhr ging es dann durch die Innenstadt zur Stadthalle, auf deren Parkplatz die Kundgebung stattfand. An der Straße vor der Stadthalle versuchten einige Demonstranten, den REP den Zugang zu versperren. Diese Aktion erwies sich jedoch als kaum durchführbar. Weitläufige Absperrungen — teilweise mit Stacheldrahtrollen —, Straßensperren, die bereits am Freitag aufgebaut wurden und ein in Gummersbach noch nie dagewesenes Aufgebot von 400 Polizisten machten jede spontane Aktion zur Verhinderung des Parteitages zunichte. Immerhin konnte die Kundgebung in einer Lautstärke abgehalten werden, die auch zur Beschallung der Stadthalle ausgereicht haben dürfte.

Als erster Redner sprach Aziz Kocyigit als Vertreter von DİF, die auch maßgeblich an der Organisation der Demonstration beteiligt war. Leider konnten unsere türkischen und kurdischen Freund/innen nicht in gewohntem Maße nach Gummersbach mobilisieren, da gleichzeitig in Köln eine Demonstration zum 11. Jahrestag der faschistischen Militärdiktatur in der Türkei stattfand. Denise Bornfleth von den Jusos Oberberg ging auf die unruhliche Geschichte Oberbergs ein, wo nun schon zum dritten Mal ein Treffen von Neofaschisten stattfand. Hier muß noch einiges getan werden.

Karl-Heinz Rauch, Geschäftsführer der ÖTV Kreisverwaltung Siegburg, forderte in seiner Rede ein Verbot der verfassungsfreundlichen REP und sagte: „Auch die Nazis haben sich der Demokratie bedient, um sie später zu zerstören.“ Rauch wies auch auf die für den 14.9. geplante Veranstaltung der Neofaschisten in Köln gegen Sinti und Roma hin und forderte die Gummersbacher Antifaschisten auf, sich an den Gegenaktionen zu beteiligen.

Für die VVN/BdA Oberberg ging Frank Mertens auf den geplanten Inhalt des REP-Landesparteitages ein. Die REP wollten an diesem Samstag ein Papier mit dem Titel „Erziehungsreform und die Schule von morgen“ diskutieren und wohl auch beschließen. Dieses Papier, für das der stellvertretende Landesvorsitzende der REP, B. Stieglitz, verantwortlich zeichnet, ist durch ziemlich unverhüllt dargelegte Positionen des Neofaschismus gekennzeichnet:

Lagerfeuerromantik im Stile der Hitlerjugend; getrennte Schulen für Jungen und Mädchen; Erziehung zur Volksgemeinschaft, in der die „Idee der deutschen Tradition und Kultur“ hochgehalten werden; ein Hochschulinstitut zur Erforschung von Geschichtsfälschung in der Nachkriegszeit, welches vor Bomben, Brandanschlägen und „irregelerten Demonstrationen“ geschützt werden soll; ein Institut zur Überwachung der Medien; Errichtung von Begabungsschulen für Schüler, die „Einsatzbereitschaft und hohes Interesse für die großen Kulturwerte Deutschlands, sowie Opferbereitschaft für höhere Ideale“ zeigen — das sind Auszüge aus der Programmatik

Die REP, die etwa 300 „Mann“ erwartet hatten, trauten sich angesichts der Gegenaktionen nur mit 150 Mitgliedern nach Oberberg. Dank der Sitzblockade war es auch diesen nicht ganz so einfach, in die Stadthalle zu gelangen.

Bei den Antifaschisten auf völliges Unverständnis stieß das Verhalten von SPD und DGB Oberberg, die zwar im Vorfeld presserwirksam gegen den Parteitag protestierten, aber nicht bereit waren, mit zur Demonstration aufzurufen. Besonders im Vorstand des DGB Oberberg wird noch zu prüfen sein, wie diese inkonsequente Entscheidung zustande kam. Schließlich haben einige Einzelgewerkschaften wie ÖTV und GEW, die im Kreisvorstand des DGB vertreten sind, den Aufruf zur Demonstration vorbehaltlos unterstützt und waren mehr als erstaunt über das Verhalten des DGB.

Erfreulicher als diese Vorgänge war die aufrechte Haltung von Gummersbachs Altbürgermeister Hubert Sülzer von der CDU. Sülzer, der mit seiner Weigerung, sich mit den Stimmen der REP im Rat zum Bürgermeister wählen zu lassen, bundesweit Anerkennung gefunden hat, harter Stundenlang an der Absperrung vor der Stadthalle aus.

Nach der uns nun aufgezwungenen Reaktion auf den REP-Landesparteitag wird es in Gummersbach und dem ganzen Oberberg darauf ankommen, die zweifellos erreichte Sensibilisierung der demokratischen Öffentlichkeit für die weitere antifaschistische Arbeit in Oberberg zu nutzen. Hatte Gummersbach noch 1989 einen Bürgerantrag abgelehnt, der sich gerade auch mit der Verhinderung neofaschistischer Aktivitäten in unserer Stadt beschäftigte, so könnte nun gerade die erschreckende Leichtigkeit, mit der die REP in Gummersbach ihren Tagungsort bekamen, zu einem letztlich positiven Schock geführt haben. Der Bürgerantrag von 1989 würde heute vom Rat sicher nicht mehr so beiläufig behandelt und abgelehnt werden, wie damals.

— (F.M., leicht gekürzt aus: „Antifaschistische Nachrichten“ 20/91)

Typhus in Zentraler Anlaufstelle für Asylsuchende

München. Die Situation Asylsuchender in München nimmt zusehends dramatischere Formen an. Nachdem über die mit rd. 900 Personen hoffnungslos überbelegte Zentrale Anlaufstelle in der Untersbergstraße wegen höchster Ansteckungsgefahr mit gefährlichen Darmkrankheiten (lt. Zeitungsberichten 23 Typhus- und Ruhrinfizierte und 11 Salmonellenfälle) Quarantäne verhängt wurde, werden die neuankommenden Asylsuchenden abgewiesen, ihre Anträge nicht bearbeitet. Ca. 500 Asylsuchende, so ein Sprecher der Regierung in Oberbayern, werden pro Woche an dieser südbayerischen Anlaufstelle erwartet. Da die Stadt München für Unterbringung sorgen muß, hat sie nun einen Katastrophenbunker ohne Fenster und direkter Luftzufuhr und Zelte ohne Licht und festen Boden zu Aufnahmелagern erklärt. — (ecg)

Asylbewerberheim erneut von Skinheads überfallen

Soltau. Am späten Abend des 14.9. ist das Asylbewerberheim in Bispingen, in dem drei Familien, insgesamt 22 Menschen wohnen, von rund 15 jugendlichen Skinheads überfallen worden, die mit Knüppeln und Reizgas bewaffnet waren. Sie beschädigten einen auf dem Hof abgestellten Pkw, warfen eine Fensterscheibe ein und verletzten eine Frau mit einem Stockschlag im Beckenbereich so, daß sie stationär behandelt werden muß. Die Polizei konnte laut Presse inzwischen drei Verdächtige ermitteln. Nach ihren Angaben handelt es sich (selbstverständlich!) um keine Neonazis. Vor rund zwei Jahren war das Haus schon einmal überfallen worden, die ermittelten Täter hatten milde Urteile bekommen. Bundesratsminister Trittin verurteilte den Überfall und griff die im Kommunalwahlkampf verbreiteten Forderungen zur Verschärfung des Asylrechts und die rechtsgewirkte Hetze gegen einen angeblichen „Massenanandrang von Scheinasylanten“ an. — (sts)

Kurdistan-Veranstaltung mit der SPD und dem AK-Asyl

Stuttgart. Etwa 100 Leute besuchten am 13.9. die Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes, des kurdischen Arbeiter- und Kulturvereins und des AK-Asyl. Der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Bindig, warb für die Durchsetzung ethnischer Gruppenrechte in der KSZE und übersah dabei, daß diese vorwiegend der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten dient und daß die Kurden nicht für kulturelle Autonomie, sondern für einen eigenen Staat kämpfen. Der Sprecher des AK-Asyl hingegen wandte sich gegen die Diffamierung des kurdischen Befreiungskampfes als Terrorismus und forderte ein Bleiberecht für Kurden. — (rac)

Kündigung der Hindenburg-Patenschaft erneut abgelehnt

Essen. Zum zweiten Mal in diesem Jahr hat der Beschwerdeausschuß des Rates der Stadt Essen in seiner Sitzung am 10.9.1991 Bestrebungen zur Kündigung der Patenschaft der Stadt Essen über das ehemalige Hindenburg/Oberschlesien zurückgewiesen. Anlaß der Erörterung war ein Brief des Antifaschistischen Forums vom 18.6. (siehe auch „Politische Berichte“ 14/91, Seite 7). Lediglich die Vertreterin der Grünen unterstützte die Forderung nach Auflösung der Patenschaft, während SPD, FDP und CDU sich darauf geeinigt haben, parallel zu der Patenschaft eine Städtepartnerschaft mit Zabrze, wie Hindenburg heute wieder heißt, anzubahnen. — In einem Bericht an den Beschwerdeausschuß weist die Verwaltung erneut den Vorwurf zurück, die Patenschaft fördere revanchistische Kräfte. Dem sind die Mitglieder des Beschwerdeausschusses gefolgt, ohne Vertreter des Antifaschistischen Forums auch nur anzuhören. Auch deswegen ist zu befürchten, daß die Vertriebenenverbände bei einer Städtepartnerschaft der Stadt Essen mit Zabrze praktisch mit am Tisch sitzen würden. Ihre Kontakte zu den Deutschen Freundeskreisen in Zabrze haben vermutlich dazu beigetragen, daß sich auch der Präsident der Stadt Zabrze sowie die Vorsitzende des Stadtrates für eine Städtepartnerschaft mit Essen ausgesprochen haben. Das Fortbestehen revanchistischer Patenschaften ist für Polen heute offensichtlich kein Hinderungsgrund mehr. Bleibt die Hindenburg-Patenschaft jedoch bestehen, so wäre eine Städtepartnerschaft mit Zabrze kein Beitrag zur Völkerverständigung, sondern zur erneuten Eindeutigung von Teilen Polens. — (wof)

Jugendzentrum erhält keine staatlichen Gelder mehr

Bielefeld. Die Stadt hat sämtliche Mittel an das selbstverwaltete und von einem Verein getragene Arbeiterjugendzentrum gespart. Rechtsgrundlage ist das Jugendhilfegesetz, das Zahlungen nur an Jugendeinrichtungen vorsieht, die „auf dem Boden der FDGO stehen.“ ... sich im AJZ ein wichtiger Stützpunkt der linksextremistischen Szene befindet ... Am 19.7.91 fand im AJZ eine Vorbereitungsveranstaltung für eine Demonstration vor der JVA, zum Thema Zusammenlegung von politischen Gefangenen statt ... im April 91 wurden im Kinosaal des AJZ Kopien des Bekenntschreibens der RAF zum Mord an Dr. Rohwedder verteilt“ (AJZ-Dossier Polizeipräsidium). Weiter werden „staatsgefährdende“ Flugblätter und Publikationen aufgelistet, die im AJZ erhältlich seien. Quelle: Stadtblatt — (stb)

Rep hetzen gegen Ausländerbeirat

Freiburg. Mit Empörung reagierten die im Ausländerbeirat vertretenen politischen Gruppierungen auf die Äußerung des Rep-Gemeinderats Zellner, der Beirat solle sich selbst auflösen, sowie auf einen Hetzartikel, in dem die Rep die multikulturelle Gesellschaft als „multikriminelle Gesellschaft“ bezeichnen. Zellner wiederholte diese Hetze in der Gemeinderatssitzung und beschwor für die Zukunft „Exotenslums und bürgerkriegsähnliche Zustände“. Die CDU — formal sich gegen die Rep abgrenzend — forderte in der gleichen Gemeinderatssitzung die Änderung des Asylrechts. Dadurch aufgestachelt warfen Unbekannte mehrere Brandsätze in ein Ausländerwohnheim. — (ulb)

Alles Konfetti?



Köln. „Alles Konfetti? — Betrachtungen zum Golfkrieg“ lautet der Titel einer Fotoausstellung der Arbeiter-Fotografie in der Zentralbibliothek in Köln. Collage links: Anneliese Fikentscher. Rechts Fotomontage: „Die Welt konnte nicht länger warten“ von Andreas Neumann. — (jöd)

Antifaschistische Aktion zum Bleiberecht für Roma

Faschistenaktion verhindert/Erfolgreiches Solidaritätskonzert

Köln. Über 300 Antifaschisten verhinderten am 14.9. die Hetzkundgebung gegen Roma und Sinti, die stadtbekannte Faschisten von der Ratsfraktion der „Deutschen Liga“, früher Republikaner, durchführen wollten. Mit einer

Mahnwache des Antifaschistischen Forums, einer Demonstration und Flugblattverteilung in der Fußgängerzone protestierten viele gegen die rassistischen Tiraden. Gleichzeitig wurde für ein Solidaritätskonzert mobilisiert.

Ratsmitglied Rouhs (Deutsche Liga) war mit einem Begleitschutz von etwa 15 jugendlichen Skinheads angetrückt. Die älteren Anhänger der Faschisten hielten sich im Hintergrund, nachdem deutlich war, daß die Zahl der antifaschistischen Demonstranten deutlich größer war als die der mobilisierten Faschisten. Die demagogischen Plakate und Schilder der Faschisten wurden von Antifaschisten sofort vernichtet. Gegen 11.30 Uhr gaben die Faschisten auf und wollten abziehen. Das nahmen einige Leute zum Anlaß, den abziehenden Faschisten und die Polizei nicht nur mit Eiern, die größtenteils die Domfassade trafen, zu bedenken, sondern auch Wurfgeschosse wie Feuerwerkskörper und Flaschen zu verwenden, die ernsthafte Verletzungen hervorrufen können. Zudem ging die nun schon sattsam bekannte Jagd durch die Stadt nach den abziehenden Faschisten los, die auch vor privaten Biertrinkern nicht haltmachten. Das Ergebnis ist, soweit uns bekannt, daß die Polizei vier türkische Jugendliche und einen weiteren Demonstranten verhaftete. Zum Solidaritätskonzert für Roma und zum Teil auch von Roma kamen

um die 8000 Besucher, bunt gemischt nach Alter, Interessen und Staatsangehörigkeit. Faschisten, die bis kurz vor der Veranstaltung Musiker und Redner, die angekündigt waren, schriftlich und telefonisch bedroht und in Briefen beschimpft hatten, konnten sich nicht blicken lassen.

Trotz Regen sorgten das Duo Bela Pursch & Kai Engel, Julian Dawson & Deko Jasarov, das Ensemble Pralipe, The Piano has been drinking, Wolfgang Niedecken mit Julian Dawson und den Komplizen und die Bläck Fööss für Wärme und Stimmung. Fatima Hartmann vom Rom e.V. und Günter Wallraff kritisierten in ihren Beiträgen die Politik der Landesregierung und forderten das Bleiberecht für Roma.

Die Landesregierung hat den Abschiebestopp, den sie Mitte Juli wegen des zunehmenden Bürgerkriegs in Jugoslawien verhängt hat, nicht verlängert. Seit dem 15. September können die Ausländerbehörden abschieben, und Ministerpräsident Rau hat angekündigt, daß das „Integrationsprogramm“ — zur deutsch: die Abschiebung der Roma — jetzt auch vollzogen werde.

Die Roma haben angekündigt, daß sie das Protestlager in Düsseldorf, neben dem Landtag unter der Rheinkniebrücke, weiter durchziehen werden. In einem Flugblatt schreiben sie zu dem seit dem 27. Juni bestehenden Lager: Sie „sehen in einer zentralen, öffentlichkeitswirksamen Aktion die einzige Chance, sich vor Abschiebungen in Nacht und Nebel zu schützen. Nach den ersten Tagen in Kälte und Regen entsteht ein Zeltlager mit einer stabilen Infrastruktur ... Solidaritätsbesuche und Spenden kommen von Kirchengemeinden, Organisationen und Privatleuten. Die Medien berichten immer wieder über täglich neu geplante Aktionen und über die hartnäckigen Sprechchöre vor Staatskanzlei und Landtag. Auch Prominente machen sich zu Fürsprechern der Roma ... In den folgenden Wochen mehrten sich aber auch rassistische und erschreckende Stimmen. Anläßlich eines Falles von Tbc, der längst unter medizinischer Kontrolle steht, erscheint in der Rheinischen Post eine beispiellose Hetzkampagne ... Trotz Hetzkampagne und wenig später angedrohter Räumung geht die Demonstration weiter!“ — (ulb)

Republikaner im Gemeinderat

Kommunalpolitik der Republikaner ist faschistisch

Konstanz. Die Republikaner sind im Gemeinderat von Konstanz zu zweit vertreten. Die Politik der Republikaner im Gemeinderat ist darauf ausgerichtet, diesen als Plattform für ihre faschistischen Positionen zu benutzen. Dabei gelingt es den Republikanern auch, Teile des bürgerlichen Lagers bei Abstimmungen auf ihre Seite zu ziehen. Im folgenden zwei Beispiele aus Gemeinderatssitzungen.

Tagesordnungspunkt „Zuziehung von ausländischen Einwohnern als Sachkundige für ausländerrelevante Fragen in den Ausschüssen“: Wie schon bei anderen Diskussionen nimmt der Republikaner Niedermayr das Thema zum Anlaß, um seine Hetze anzubringen. Niedermayr spricht sich gegen jegliche Ausweitung des Ausländerbeirates aus. Gleichzeitig packt er die Gelegenheit beim Schopf, um grundsätzlich gegen den Ausländerbeirat vorzugehen. Er spricht ihm jegliche Existenzgrundlage ab. „Er äußert Bedenken, ob die Institution „Ausländerbeirat“ einer gerichtlichen Überprüfung standhalten würde. Dabei bezieht er sich auf GemO (Gemeindeordnung) und Hauptsatzung, die keinen Hinweis enthalten, daß Ausländer stimmberechtigte Mitglieder in Gemeinderatsausschüssen sein können.“ Damit will Niedermayr auch den Eindruck erwecken, bei dem Ausländer-

beirat handle es sich um ein Gremium, das mit seinen Beschlüssen Einfluß auf andere kommunale Gremien habe. Dem ist — für das hat eine Mehrheit des Konstanzer Gemeinderats bereits gesorgt — natürlich nicht so. Niedermayr unterschlägt, daß der Ausländerbeirat in Konstanz nur beratende Funktion hat, daß seine Beschlüsse für den Gemeinderat nicht bindend sind. In seinen weiteren Ausführungen geht Stadtrat Niedermayr auf die Kriminalitätsstatistik bei Ausländern ein und beantragt, den beratenden Ausschuß im Ausländerbeirat aufzulösen.

In einer weiteren Sitzung, bei der über die Unterbringung von Asylbewerbern beraten wurde, warnt Niedermayr den OB vor einer Überflutung des Stadtteils Petershausen durch Flüchtlinge. Der Ausländeranteil betrage schon jetzt 20,7%, und mit seinem Vergleich zu Kreuzberg heizt er die Stimmung an. Die Spielplätze seien alle fest in ausländischer Hand. Deutsche Kinder seien schon in der Minderheit, weshalb er deutsche Spielplätze für deutsche Kinder fordere. Er fordert den OB auf, Widerspruch gegen die Zuweisung von Flüchtlingen einzulegen. Trotz dieser rassistischen Äußerungen bleibt es auf der Gemeinderatssitzung ruhig. Von den ZuhörerInnen kommen vereinzelt Pfiffe. — (wmo)

„Begründete Entschuldigung“

Continental hält Beschäftigungsgarantie nicht ein

Hannover. Der neue Vorstandsvorsitzende von Grünberg hat sich der Presse und auf Betriebsversammlungen vorgestellt. Die Presse lobt ihn als einen Mann der Tat, natürlich mit Überlegung, aber ohne Sachen auf die lange Bank zu schieben. Auf den Betriebsversammlungen hat Grünberg viel von der hohen Moral der Belegschaft und dergleichen erzählt, aber auch davon, daß der Beschäftigtenstand sehr hoch ist und zum Beispiel in Limmer die technische Ausstattung äußerst heterogen sei. Im Werk Limmer, wo der Verkauf eines Drittels des Werksgeländes geplant ist, wies der Betriebsrat auf die bestehende Standortgarantie durch Betriebsvereinbarung und die Beschäftigungsgarantie gegenüber der Stadt hin. Die „Antwort“ der Stadt stand zwei Tage später in der Zeitung!

Die Stadt erwägt, der Continental AG die Rückzahlung der versteckten Beihilfen zu erlassen. Laut Presse hat Continental 1987 für Limmer und 1989 für alle Werke Investitionszuschüsse in Höhe von 5,58 Mio. DM erhalten, die an eine befristete Beschäftigungsgarantie geknüpft waren. Wirtschaftsdezernent „Kruse räumte ein, daß die Continental AG von der Stadtverwaltung in der Vergangenheit immer als Ausnahme behandelt worden sei. So habe man sich bei Grundstücksgeschäften sehr engagiert, in dem einen oder anderen Fall seien im

Kaufpreis versteckt sogenannte Beihilfen geflossen.“

Die vereinbarte Beschäftigungsgarantie sah für das Werk Limmer im April 1992 2379 Beschäftigte vor (heute 2186), für alle hannoverschen Werke plus Hauptversammlung bis Dezember 1994 9661 Beschäftigte. Bereits heute sind es knapp 500 Arbeiter und Angestellte weniger, was auch durch die doppelt zählenden Auszubildenden nicht ausgeglichen wird. Bei Unterschreitung der Beschäftigtenzahlen müssen die Subventionen zurückgezahlt werden. „Kruse wies gestern allerdings darauf hin, daß die gängige Rechtsprechung begründete Entschuldigungen von Seiten der Unternehmen akzeptiere. Dazu zählen unvorhersehbare konjunkturelle Entwicklungen, aber auch interne strukturelle Probleme der Betriebe. (Was läßt sich nicht darunter fassen? d. Red.) Die Continental AG ist aus Kruses Sicht eine sogenannte Altindustrie, deren Hauptaugenmerk auf der Rationalisierung liegen müsse, also etwa auf der Ausgliederung von Betriebsteilen. „Das bedeutet, daß die Stadt damit rechnen muß, daß die Conti erheblich Arbeitsplätze reduziert.“ Ein Freifahrtschein der Stadt für Rationalisierungen und Entlassungen, was sonst?

Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 6.9.91 — (gea)

Porsche: Personalabbau, jetzt „schlanke Fertigung“?

Stuttgart. Die Porsche AG in Zuffenhausen will bis zum 31. Juli 1992 550 Arbeitsplätze abbauen von derzeit 7500 Beschäftigten. Grund: Im abgelaufenen Geschäftsjahr sank der Umsatz um 3,1 Prozent, der Absatz um 15,2 Prozent. „Betriebsbedingte Kündigungen“ würden nicht ausgesprochen, heißt es, stattdessen gebe es Vorruhestandsregelungen, Abfindungsangebote, Nichtersetzten der Fluktuation und Qualifizierungsmaßnahmen. Der Personalabbau soll im indirekten Bereich erfolgen. Gesamtbetriebsrat und Porsche-Vorstand stimmen überein, daß wegen des aktuellen und mittelfristig zu erwartenden Geschäftsumfanges eine „schlanke Arbeits- und Ablauforganisation“ geschaffen werden müsse, sprich Umkreisung der Fertigung nach japanischem Vorbild. — (ros)

Chef verbietet Radiohören

Hamburg. Beim Institut für Weltkunde in Bildung und Forschung (WBF), das 16-mm-Filme für den Unterricht an Schulen herstellt, werden die Leinen angezogen. Einer Kollegin, die nicht genügend „Loyalität“ zeigte und z. B. über die 40-Stunden-Woche hinaus nicht auch noch mit Begeisterung acht unbezahlte Überstunden ableisten wollte, wurde kurzerhand das „großzügig gewährte“ Radiohören verboten. Hier irrte der Chef: Mit Hilfe einer Anwältin erwies sich die Gnade als einklagbares Recht, und das Radio mußte wieder am Arbeitsplatz zugelassen werden. Allerdings nur mit Batteriebetrieb. Den kostbaren Strom muß der Kapitalist nicht zur Verfügung stellen. — (Jän)



Hamburg. Eine Gruppe von Sozialarbeitern, Dolmetschern und Lehrern, die überwiegend in der Flüchtlingshilfe tätig sind — Beschäftigte der Sozialbehörde, in Asyl-Beratungsstellen und Sammelunterkünften —, forderte in einer mehrtägigen öffentlichen Protestaktion vor der Ausländerbehörde ein Bleiberecht für abgelehnte Asylbewerber aus Krisengebieten. Bild: Notunterkunft in Dresden. — (scc)

Breiter Protest gegen BMZ-Propagandaschau

München. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) wurde 1961 gegründet. Es dient der Koordinierung der entwicklungspolitischen Maßnahmen der BRD und es vergibt die Gelder an die verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, die Entwicklungshilfe leisten. Beispiel sind u.a. die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und der deutsche Entwicklungsdienst (DED). Dabei bestimmt das BMZ, wie die Entwicklungshilfe auszuformen hat. Bei der näheren Betrachtung des BMZ wird klar: Entwicklungspolitik ist ein Instrument für die Machterhaltung der BRD. Im Rahmen einer sogenannten Info-Tour fand am 13. und 14. September auch in München eine aufwendige Veranstaltung statt, die aber auf breite Kritik stieß. Bei der Eröffnung konnte Sabine Csampai, die die Stadt München repräsentierte, diese Gelegenheit benutzen, um Kritik an der BRD-Entwicklung- und Asylpolitik einzubringen. Geduldet wurde auch eine Transparentaktion, als einige Leute gleich zu Beginn zwei Transparente vor das Podium hängten:

B Bankenprofite
M Macht für Diktaturen
Z Zerstörung der Umwelt
Stoppt Entwicklungsgelder für Umweltzerstörung

Die Zahl der Zuhörerinnen und Zuhörer bei der Eröffnung war dürftig, auch wenn die anwesenden Kritikerinnen und Kritiker mitgezählt werden, waren es kaum 50. Eine Zahl, wo versammlungsrechtlich sogar Lautsprecher untersagt werden könnten — wenn das BMZ nicht ein Bundesministerium wäre. — (chl)

IG Metall-Konferenz gegen Deregulierung

Essen. Die Vertrauenskörper-Konferenz der IG Metall Verwaltungsstelle Essen hat am 17.9. einstimmig einen Antrag gegen die Deregulierungsabsichten der Bundesregierung verabschiedet. Der Antrag umschreibt Positionen gegen die Angriffe auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auf tarifliche Mindestbedingungen und auf das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen. Weiter heißt es: „Die Konferenz ... ist der Ansicht, daß die Abwehr der genannten Vorstöße neben der Vorbereitung der nächsten Tarifaufeinandersetzung ein Schwerpunkt der Arbeit der IG Metall ... sein sollte.“ Der Beschluß soll an den Vorstand weitergeleitet werden. Die Vertrauenskörperleitung von Krupp Widia, die den Antrag gestellt hat, hat die Deregulierungsabsichten bereits auf den letzten Abteilungsversammlungen zum Thema gemacht. — (kw)

Blaupunkt fordert: Arzt von Schweigepflicht entbinden!

Hildesheim. Die dramatisch zunehmenden Entlassungen bei Blaupunkt werden von weitgehenden Maßnahmen flankiert. Von den bis zum Jahresende noch anstehenden 200 Entlassungen sollen 140 aufgrund von Fehlzeiten ermittelt werden. So die firmeninterne und offizielle Handlungsanweisung. Die Beschäftigten mit häufigen und längeren Fehlzeiten wurden in einem Schreiben und in Einzelgesprächen aufgefordert, ihren Arzt von seiner Schweigepflicht zu entbinden. Nur so könne die Firma sicherstellen, daß zukünftig nicht mit weiteren Fehlzeiten wegen Krankschreibungen zu rechnen sei. Die anderen 60 Entlassungen betreffen Frauen, die ihre „volle Leistung“ nicht erzielen. Das sind langjährig und ältere Beschäftigte, die öfter unter dem Durchschnittslohn abgerechnet werden, weil sie den olympiareifen Schichtstandard nicht aushalten. Befristet eingestellte Frauen sind nicht betroffen, sie wurden vorselektiert und nicht weiterbeschäftigt. — (mal)

Überstunden und Arbeitszeitordnung

Hamburg. Gilt bei Jungheinrich überhaupt die Arbeitszeitordnung (AZO)? Der Betriebsrat hat im Controlling und im Finanzbereich die monatlichen Überstunden zusammengezählt und dabei festgestellt, daß der Grundsatz des § 6 der AZO, daß maximal an 30 Tagen im Jahr der Arbeitstag bis zu zehn Stunden verlängert werden darf, regelmäßig weit übertreten wird. Bereits bis Juni hatten Kolleginnen 120 und mehr Überstunden geleistet. Der Betriebsrat ist gespannt, ob in den derzeit laufenden Einigungsstellenverfahren ein Spruch zugunsten der Firma gegen die AZO gefällt wird. Es bliebe dem Betriebsrat sonst nur noch die Anzeige bei der Gewerbeaufsicht. — (hcl)

Aktionen der IG Medien

Kinobeschäftigte kämpfen um mehr Geld und Urlaub



Unterschriftenaktion in Stuttgart vor der vierten Kintarifverhandlung

Seit Juni führt die IG Medien Tarifverhandlungen für die ca. 25000 Kinobeschäftigten in der Bundesrepublik. Ihre Ausgangsforderungen waren: „Anhebung aller Grundvergütungen um 280 DM. Die Anhebung der Sonderleistungen (des „Weihnachtsgelds“) auf mindestens 25 % der monatlichen Vergütungen. Die 5-Tage-Woche als Regelarbeitszeit (die 6-Tage-Woche soll nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig

sein); in diesem Zusammenhang fordern wir auch die Berechnung des Urlaubs in Arbeitstagen sowie gleichzeitig einen Urlaubstag mehr für alle. Den Wegfall der Ortsklasse B.“ Der Tarifvertrag sollte in Ost und West gelten, denn mit den bisherigen 60 % vom Westniveau liegen die Tarife in den neuen Bundesländern zum Teil unter den Sozialhilfssätzen. Derzeit liegen die Tarifgehälter (West) zwischen 1310 DM und 2481

DM, abgesichertes Weihnachtsgeld 100 DM, Urlaubsgeld 0 DM, Arbeitszeit 40 Std./Woche überwiegend abends bzw. nachts und an den Wochenenden.

Die Kinobeschäftigten boten zunächst 5 % Erhöhung des Weihnachtsgelds auf mindestens 200 DM und sonst nichts. Über die Tarife in den neuen Bundesländern wollten sie gar nicht reden. In der zweiten Runde das gleiche. Zur dritten Verhandlungsrunde gab's Warnstreiks in drei Hamburger Kinos. Die IG Medien machte bereits einen Kompromißvorschlag. Die Arbeitgeber nahmen den Vorwurf der „Lohnrückerei“ im Hamburger Streikflugblatt als Vorwand zum Abbruch der Verhandlungen. Erst nach Aktionen in München, Hamburg und Bielefeld beendeten sie ihre Blockade.

Bei der vierten Runde bieten die Kinobeschäftigten zwar einen Festbetrag, aber das Angebot liegt im Volumen sogar noch leicht unter dem ersten. Die IG Medien vertagt deshalb die Verhandlungen. Ihr letzter Kompromißvorschlag war: 190 DM für alle (niemand soll weniger als 1550 DM bekommen); 400 DM Weihnachtsgeld, ein Urlaubstag mehr; für die neuen Bundesländer 90 % des Westniveaus. Sie hat sich also schon weit von ihren Ausgangsforderungen wegbewegt; aber die Kampfsituation ist aufgrund der Betriebsstruktur in den Kinos sehr schwierig. — (ulk/Bild: ulk)

Erklärung zur Tarifrunde '92

Delegierte fordern Änderung der Tarifpolitik

Stuttgart. Auf der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz vom 10.9.1991 wurde von Delegierten aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes Kritik sowohl an den verschiedenen Tarifabschlüssen zur Eingruppierung und vor allen Dingen an diesjährigen Lohnabschlüssen geübt. Der Bezirksleiter Arndt mußte zugeben, daß der Lohnabschluß real nur 4 % ausgemacht hat, weshalb er für die kommende Tarifrunde an eine hohe Lohnforderung mit einer „sozialen Komponente“ in Richtung 14 Monatsgehälter denkt. Eine entsprechende Resolution wurde vom Kreisvorstand eingebracht und von der Konferenz gebilligt. Darin heißt es zur Tarifrunde 1992:

„1. Die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind an die Effektivelohnentwicklung der gewerblichen Wirtschaft heranzuführen. Eine soziale Komponente ist dabei zu berücksichtigen. 2. Der Kaufkraftverlust und dessen Ausgleich fließen in vollem Umfang in die Forderung ein. 3. Regionalen Besonderheiten und Belastungen ist durch entsprechende Tarifverträge auf regionaler oder örtlicher Ebene zu begegnen ...“ Verhandlungen zur Arbeitszeitverkürzung sollen im nächsten Jahr nicht stattfinden, weil nicht im entsprechenden Umfang Arbeitsplätze geschaffen wurden: „Forderungen zu sämtlichen Arbeitszeitergänzungen werden erst nach einer breit angelegten, ausführlichen Mitgliederdiskussion gestellt und können nur Gegenstand einer langfristigen Planung der Tarifpolitik der Gewerkschaft ÖTV sein ...“ Der geschäftsführende Hauptvorstand erstellt unverzüglich ausführliche Materialien und stellt sie den Mitgliedern zur Verfügung. Dabei sollen alle Formen und ihre Auswirkungen dargestellt werden ... Dazu gehört eine Einschätzung der Aussichten und Wahrscheinlichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.“

Zur Mitgliederentwicklung der ÖTV auf Bezirksebene wurde festgestellt, daß

insgesamt 7000 Mitglieder neu eingetreten sind, aber in den Ballungszentren Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe eine Stagnation der Mitgliederzahlen zu verzeichnen ist. Von Seiten der Delegierten wurde dies mit erheblichen Mängeln in der Tarifpolitik begründet. So hat sich beispielsweise die Mitgliederzahl im Stuttgarter Jugendamt im letzten Jahr verdoppelt, aber es sind bereits Diskussionen im Gange, wieder auszutreten, nachdem nur etwa die Hälfte der im Erziehungsdienst Beschäftigten in den Genuß einer Höhergruppierung kommen, die sowieso zu niedrig ist. Das kommt dadurch zustande, daß in den Redaktionsverhandlungen zur Eingruppierung festgelegt wurde, daß Vorzeiten für den Bewährungsaufstieg bei der Stadt geleistet sein müssen.

Die Kritik an der Tarifpolitik schlug sich auch in den Anträgen nieder, von denen sieben verabschiedet wurden, die sich damit auseinandersetzen: In zwei Anträgen wird die Weiterführung von Verhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst gefordert. Der eine befaßt sich mit der Eingruppierung der Sozialarbeiter im Justizvollzug. Im anderen wird festgestellt, daß eine bessere Bezahlung im Sozial- und Erziehungsdienst das Abwandern aus den Kindertagesstätten nicht aufhält und ein Tarifvertrag zur Festlegung von Arbeitsbedingungen unverzüglich in Angriff genommen werden muß. Auch im Bereich der Techniker und Arbeiter waren die Tarifabschlüsse zur Eingruppierung ungenügend, was zwei Anträge unberücksichtigter Berufsgruppen beweisen. Ferner wurde eine Neustrukturierung des BAT in Richtung Angleichung der Altersstufen gefordert, und zwei weitere Anträge richteten sich gegen Ungleichheiten im Angestellten- und Arbeiterbereich: Einarbeitung des Ortszuschlags in die Vergütungstabelle und einheitliches Tarifrecht für Arbeiter und Angestellte. — (mok)





Frankfurt. Am 12. September, dem 11. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei, demonstrierten in Frankfurt etwa 300 Menschen gegen die Militär- und Wirtschaftshilfe der BRD an ein Regime, das auch heute noch demokratische Rechte mit Füßen tritt und Massaker und Vernichtungsfeldzüge gegen das kurdische Volk durchführt. — (vdr; Bild: Fotogruppe Rhein/Main)

Aus Ländern und Gemeinden

Soltau-Lüneburg-Abkommen: Kampf geht weiter

Soltau. Gegen die Wiederaufnahme der Manöverfähigkeit der britischen Rheinarmee in der Lüneburger Heide protestierten am 16. 9. rund 30 Mitglieder der Bürgerinitiativen aus Amelinghausen und Schneverdingen vor dem britischen Generalkonsulat in Hamburg. Nach einer Sommerpause, zu der die NATO-Truppen durch jahrelangen Protest gezwungen worden sind, haben sie jetzt mit über 1000 Soldaten und mehr als 200 Fahrzeugen den ganzjährigen Übungsbetrieb im Gebiet des Soltau-Lüneburg-Abkommens wieder begonnen. Zur gleichen Zeit laufen Gespräche zwischen dem britischen Verteidigungsminister und Verteidigungsminister Stoltenberg über das Abkommen. In einem kurzfristig verabschiedeten Beschluss haben noch einmal alle Kreistagsmitglieder Soltau-Fallingbomstels die Bundesregierung aufgefordert, „das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut aufzuheben und unverzüglich die beanspruchten Flächen im Soltau-Lüneburg-Raum zu räumen und ihre Renaturierung in Abstimmung mit den betroffenen Gebietskörperschaften vorzunehmen“. — (sts)

Starke Kritik an Horten an der Schule

Stuttgart. Nachdem das baden-württembergische Projekt Hort an den Schulen doch nicht so ins Laufen kam, wie von der CDU gewünscht, vermehren sich nun auch die kritischen Stimmen der Fraktionen. Vor allem die finanzielle Seite, die Zuschüsse des Landes sind nicht so hoch wie versprochen, werden von SPD, FDP und Grünen angeführt. Die zugesagte Übernahme der Personalkosten, gesetzlich muß das Land nur für Kindergärten 30 % der Personalkosten übernehmen, wird nicht voll eingehalten. Wichtig ist, daß die mangelhafte Ausstattung und die Konkurrenz zu den bestehenden Horten zur Sprache kommen. Die SPD kritisiert diesen Standard und verlangt ein pädagogisches Konzept. — (unb)

Ausländerbeirat gegen Sozialhilfekürzungen

Essen. Der Ausländerbeirat faßte am 27. 8. einen Beschluss gegen die von der Stadt Essen seit August praktizierte Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge um 15 %. Die NRW-Landesregierung hat die Kommunen zur Kürzung gedrängt, indem sie die Erstattung der Sozialhilfe für Flüchtlinge entsprechend reduzierte, sofern die Sozialhilfe nicht in Sachleistungen ausgezahlt wird. Aus dem Beschluss: „Der Ausländerbeirat hat rechtliche Bedenken insoweit, als daß fraglich erscheint, ob das Land im Bereich der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe ‚Sozialhilfe‘ über eine verminderte Sozialhilfeerstattung die Gemeinden zwingen kann, in einer bestimmten Weise die Sozialhilfe zu gewähren ... Eine pauschalierte Ermessensauslegung nach § 120 Abs. 2 BSHG widerspricht zudem dem Grundsatz der Sozialhilfe, wonach sich Art. Form und Maß der Sozialhilfe nach der Besonderheit des Einzelfalles zu richten habe.“ Der Ausländerbeirat verlangt von der Stadtverwaltung, in einem Gutachten die strittigen Fragen klären zu lassen. Gegen die Kürzung laufen zahlreiche Klagen vor Verwaltungsgerichten. — (syb)

Landtagsanhörung zum neuen Polizeigesetz

Stuttgart. Bei einer Anhörung von Sachverständigen, Verbänden und Gewerkschaften bekräftigten die Datenschutzbeauftragte sowie Vertreter des Vereins baden-württembergischer Strafverteidiger und des Vereins der Richter und Staatsanwälte ihre Kritik am Einsatz verdeckter Ermittler, der „nachrichtendienstlichen Ermächtigung“ der Polizei und dem „finalen Rettungsschuß“. Der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft hingegen begrüßte die neue „Rechtsklarheit und -sicherheit“, verdeckte Ermittlungen seien unverzichtbar. Er bedauerte, daß keine bundeseinheitliche Regelung erreicht worden sei. Der Geschäftsführer des Städtetags forderte die Aufnahme erweiterter Möglichkeiten zur Beschlagnahme leerstehenden Wohnraums. — (evc)

CSU will mehr Kommunalaufsicht

München. Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften will der bayerische Innenminister den Bezirksregierungen das Recht geben, direkt wirksam in den Kommunalhaushalt einzugreifen, und sie so zum verlängerten Arm der Staatsregierung machen. Wenn dieser derzeit bestimmte städtische Haushaltsposten nicht passen, z.B. die Unterstützung „unmoralischer“ Selbsthilfegruppen von Prostituierten und Homosexuellen, kann sie nach dem Entwurf per Anordnung auffällige Posten auf Eis legen: „Beanstandete Beschlüsse und Verfügungen darf die Gemeinde nicht vollziehen“. — (baf)

VVN-Presseerklärung vom 8. 9. zum Urteil des OVG Münster

Hannover. Die Unterbringung von Asylbewerbern in reinen Wohngebieten störe die Ruhe der dort lebenden Anwohner und Sorge für ein „nicht unerhebliches Konfliktpotential“, so das Obergericht (OVG) Münster laut dpa in einer jüngsten Entscheidung ... Die Entscheidung des OVG Münster ist eine Schande für den sozialen Rechtsstaat und darf nicht für sich in Anspruch nehmen, „im Namen des Volkes“ ergangen zu sein! Die Entscheidung kann jeden überzeugten Demokraten nur mit Scham und Empörung erfüllen. Sie legalisiert im nachhinein eine in Deutschland wieder zum Alltag gehörende Diskriminierung verfolgter Minderheiten und stempelt Flüchtlinge zu Menschen zweiter Klasse ab! Die Entscheidung leistet rassistischen Einstellungen Vorschub, indem sie ein „nicht unerhebliches Konfliktpotential“ entscheidungsrelevant herausstellt und damit in geradezu zynischer Weise den potentiellen Opfern die Schuld an ihrer Gettoisierung gibt! Die Entscheidung verletzt Artikel 1 Grundgesetz, der die Würde des Menschen, und zwar eines jeden und nicht nur eines Deutschen, als unantastbares Menschenrecht garantiert! Das Münsteraner Schandurteil darf keinen Bestand haben und ist schnellstens, notfalls durch das Bundesverfassungsgericht, aufzuheben! Das Münsteraner Schandurteil muß für die Legislative Veranlassung sein, kurzfristig gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederholung von vornherein auszuschließen! Rassismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance erhalten! — (VVN-BdA KV Hannover)

Straßenblockaden erfolgreich

Eine Hamburger Hauptverkehrsstraße wurde „beruhigt“

Hamburg. Drei Wochen lang haben die Anwohner der Stresemannstraße täglich ab 16.00 Uhr ein Teilstück dieser Hauptverkehrsstraße blockiert. Nach dem Tod eines Kindes, das bei „Grün“ von einem LKW erfaßt worden war, waren die Menschen nicht mehr bereit, die zunehmende Bedrohung durch diese „Autobahn ohne Leitplanken“ länger zu ertragen. Die Stresemannstraße, Teil der B 431, ist eine der vielbefahrensten, lautesten und dreckigsten Straßen Europas. Mit bis zu 8000 LKWs und über 50000 PKWs pro Tag ist sie mehr frequentiert als die Brennerautobahn. Nach der Annexion der DDR ist das Verkehrsaufkommen noch schlimmer geworden, da nun auch noch der Fracht- und Pendlerverkehr aus den neuen Bundesländern dazukommt. Die NO₂-Werte liegen mit durchschnittlich 292 deutlich über dem EG-Grenzwert von 200 Mikrogramm je m³. Am schwersten betroffen sind die Bewohner der Häuser um die Sternbrücke herum; dieser Bereich wird auch „die Schlucht“ genannt, weil dort die vierspurige Fahrbahn direkt zwischen den Häuserfronten hindurchführt, so dicht, daß auf einer Seite kaum Platz für einen Fußweg bleibt. 24 Stunden am Tag tost hier der Verkehr an den Fenstern vorbei. Wer sein Schlafzimmer nach vorn raus hat, kommt Tag und Nacht nicht zur Ruhe. Die Anwohner klagen über Atemwegserkrankungen und Asthma, die Kinder haben Dauerschnupfen und Krupp-Husten.

Da die Ampeln bisher so geschaltet waren, daß der Durchgangsverkehr freie Fahrt hatte, donnerten LKWs mit Tempo 80 bis 100 durch das Wohngebiet, und sogenannte „Rotlichtverstöße“ waren an der Tagesordnung. An der jetzigen Unfallkreuzung sind in sieben Jahren sechs Kinder und ein Erwachsener ums Leben gekommen.

Direkt nach dem Unfall am 27. 8. 91 haben die Unfallzeugen, Nachbarn und Freunde des getöteten Kindes, die Kreuzung dichtgemacht. „Wir bleiben hier, bis endlich was passiert!“

Die Polizei wagte in Anbetracht der Wut und Trauer der Blockierer, darunter sehr viele Kinder, keinen Angriff und konnte erst am frühen Morgen die Barrikaden und Demonstranten abräumen. Doch am nächsten Nachmittag waren alle wieder da: Kinder mit „Tempo-30“-Schildern, Eltern, Omas, Kleinkinder, Hunde, Punks, Opas, Jugendliche und jede Menge „Presse“. Man ging bei „Grün“ auf die Kreuzung und blieb einfach da stehen. Dort traf man sich nun täglich: die Straße wurde bemalt, Blumen und Bäume auf die Verkehrsinsel gepflanzt und einmal sogar zwei Fahrspuren „beruhigt“ mit Pflanzkübeln der „Firma Robin Wood“, um den Politikern zu zeigen, wie schnell sowas geht!

Es wurde beraten, welche Forderungen sofort durchgesetzt werden müßten, und man einigte sich auf: Tempo 30; zwei statt vier Fahrspuren; veränderte Ampelschaltung und LKW-Verbot.

Der Senat heuchelt Anteilnahme, obwohl ihm die Problemstellung schon seit langem bekannt ist. Er schickte seine zukünftige Stadtentwicklungs-Senatorin Traute Müller (mit JuSo-Karriere) vor Ort, und sie durfte einen „Runden Tisch“ einrichten, bei dem aber auch nicht so recht was rauskam; deshalb wurde weiterblockiert.

Die Hamburger Presselandschaft demonstrierte anfangs Betroffenheit und steigerte ihre Auflagen mit teilnahmevollen Artikeln zu dem Tod des Kindes und den Sorgen der Anwohner. Doch schon in der zweiten Woche wurden Stimmen lauter über die Unvernunft der Blockierer, die doch wohl selbst dem

„Konsum“ frönen und deshalb eben auch auf LKWs angewiesen seien (taz)! Bild startete am 9. 9. eine Serie „Die Verkehrslüge“ unter dem Motto: „Das Elend der Autofahrer“ oder: Schuld an den Unfällen ist das nicht verkehrsgerechte Verhalten von Eltern, Kindern und Radfahrern! Die Welt warnte mit Hilfe von CDU- und FDP-Experten vor dem „Chaos durch Tempo 30“, und der Kapitalistenverband hetzte im *Abendblatt* über die öffentlichen Verkehrsmittel: „Solange man in der 1. Klasse auf Obdachlose trifft, kriegt man dort keinen Menschen rein ...!“

Auch verbal wurde Spaltung versucht; so fanden sich wiederholt Polizeibeamte und Politiker ein, um den Demonstranten klarzumachen, daß ihre Forderungen nur auf Kosten anderer Straßenzüge und Verkehrsteilnehmer durchgesetzt werden könnten. Darauf gab's jedoch ziemlich einhellig nur die Antwort: „Dann müssen die halt auch blockieren!“

Am 12. 9. verkündete Staatssekretär Reimers den Anwohnern persönlich, daß ihre Forderungen, bis auf das LKW-Verbot, erfüllt würden, und so fließt seitdem der Verkehr, nun etwas ruhiger, wieder durch „die Schlucht“. Mittlerweile gibt es auch in anderen Stadtteilen Verkehrsinitiativen, sie arbeiten zusammen in dem Aktionsbündnis „Überall ist Stresemannstraße“. Der Kampf richtet sich nicht gegen die Autofahrer, sondern gegen die Bevorzugung des Individualverkehrs gegenüber dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Gefordert wird: Vorrang für Bus und Bahn, Subventionierung des ÖPNV, Verbesserung der Routen und Fahrpläne, Verbilligung der Fahrpreise; Verlagerung des Frachtverkehrs auf die Schiene; Einschränkung des LKW-Verkehrs! — (lir)



An den ersten drei Tagen versuchte die berüchtigte Knüppel-Truppe der Wache Lerchenstraße mit massivem Aufgebot, die Blockierer von der Straße zu treiben, was ihr jedoch angesichts der vielen barrikadenbauenden Kinder nicht gelang. — (Bild: far)

Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl

CDU-Weinmann gewinnt mit 19 % knapp im ersten Wahlgang

Heilbronn. Bei den OB-Wahlen am 15. 9. 91 gewann der bisherige Amtsinhaber Weinmann mit 50,6 % der abgegebenen Stimmen die Wahl bereits im ersten Wahlgang vor dem SPD-Kandidaten Niethammer mit 40,3 %. Der Kandidat der Grünen Dr. Paul Felix Thiede erreichte 4,3 %, der kandidierende NPD-Bundesvorsitzende Deckert erhielt 0,68 % und Helmut Palmer 0,35 %. Vier örtliche, unorganisierte Kandidatinnen und Kandidaten mit eher linkem Programm erreichten zusammen 0,93 %. Der Rest verteilte sich auf weitere 12 Bewerber. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,6 %. Von 110000 Einwohnern (80257 Wahlberechtigte) haben im ersten Wahlgang 20736 Leute den konservativen Weinmann gewählt, das sind ca. 19 %. 233 Stimmen weniger und es wäre zu einem zweiten Wahlgang gekommen.

Gründe für diesen Wahlausgang gibt es viele. So hat Weinmann in seiner achtjährigen Amtszeit als OB alle „hochkarätigen Stellen im Rathaus“ mit Personen besetzen lassen, die seinen Vorstellungen entsprechen. Von über 50 städtischen Amtsvorstehern wird nur

noch einem ein SPD-Parteibuch nachgesagt. Die Stadtverwaltung wurde so gewaltig in den OB-Wahlkampf eingespannt. Die 1250-Jahrfeier der Stadt mit zig Veranstaltungen und großen, medienwirksamen Repräsentationsauftritten für das Stadtoberhaupt wurde kurzerhand ins Wahljahr verlegt, obwohl die Historiker sich dessen nicht sicher sind. Ein Lampionumzug für Kinder, 1990 im Jahr „der deutschen Einheit“ kreierte, wurde vom 3. 10. extra vorverlegt. Die „lustigen Nachmittage“, eine Veranstaltungsreihe mit OB-Beteiligung für 8000 ältere Heilbronner, wurden in den August verlegt, obwohl sie sonst immer im Frühjahr stattfanden. Mit dieser Verschiebung ist zum Beispiel eine anhängige Wahlanfechtung beim Regierungspräsidium begründet. Die Furcht vor einer Wahlanfechtung bewegte den OB, kurz vor der Wahl geplante Tage der offenen Tür in allen städtischen Ämtern abzusagen. Die Wirkung solcher Terminmanipulationen wurde durch eine unverschämte einseitige weinmännische Hofberichterstattung der örtlichen Monopolzeitung verstärkt.

Vorhandener Widerstand gegen die Politik von Weinmann wird in den Medien unterdrückt und diffamiert. Dieser Widerstand richtet sich u.a. gegen die katastrophale Wohnungsnot, gegen üble Verkehrsbedingungen vor allem in den westlichen Stadtteilen, gegen die geplante Landesgartenschau, gegen das Hoffähigmachen der Republikanerfraktion im Gemeinderat, gegen die miserable Unterbringung von Asylbewerbern im Stadtgebiet und gegen eine Politik auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung zugunsten von Großkonzernen und anderen Kapitalisten. Eine Vernetzung und gegenseitige Unterstützung dieses Widerstands ist bisher kaum gelungen. Die Alternative Linke Liste kommentierte die Wahlen wie folgt: „Da weit über die Hälfte der Heilbronner EinwohnerInnen der Wahl fernblieben oder als Nicht-Deutsche nicht wählen durften, hat sich Heilbronn's schwarzer, bürgerlicher Kern durchgesetzt ... Bis 1999 wird Weinmann als OB sein Unwesen weitertreiben. Diese Amtszeit sollten wir ihm so schwer wie möglich machen.“ — (jom)

Zur Lage am Wohnungsmarkt der neuen Bundesländer

Wenn am 1. Oktober, also praktisch dem Jahrestag der „Deutschen Einheit“, die Segnungen der westlichen Miet- und Wohnungspolitik auf die Menschen der neuen Bundesländer in Form von Miet- und Nebenkostenerhöhungen herniederprasseln, so ist das nur ein Teil der neuen Wohnungspolitik.

Während die DDR praktisch bis zum Ende Massenwohnungsbau betrieb und jährlich zigtausende Wohnungen fertigstellte, stehen die Kollegen in den Betonfertigteilwerken in leeren Hallen. Seit Ende 1989 wurden nur einige bereits begonnene Projekte fertiggestellt; diese werden am „freien Wohnungsmarkt“ derzeit zu horrenden Mieten (9,00—11,00 DM kalt in Gera) angeboten.

Welche sind die wichtigsten Probleme?

1. Mieterhöhungen und Wohngeld

Bislang betrug die Wohnungsmiete ca. 0,90—1,15 DM/qm.

Darin enthalten waren die Nettomiete sowie die gesamten Nebenkosten einschließlich Heizung und Warmwasser. (Bei Einzelheizungen wurden die Brennstoffpreise stark subventioniert). Die Erhöhung der Nettomieten um ca. eine

Palette, die im wohnungspolitischen Bereich schlichtweg nur ein Abbild des (auch oft gewollten) Chaos der gesamten Wirtschaft in den neuen Bundesländern darstellt.

Ein Umzug in eine kleinere Wohnung ist mangels Angebot praktisch unmöglich, der Umzug selbst nicht finanzierbar. Auch Eigenheimbesitzern, deren Kinder bereits ausgezogen sind, geht es schlecht. Sie bezahlen für ihre Kredite heute statt maximal 4 % (für Arbeitslöhne bzw. 2 % für Baumaterialien) die üblichen mit Ostaufschlag versehenen 10 % der Großbanken. So wurde ein Sozialprogramm, das früher fast ausschließlich kinderreichen Familien zugute kam, zum Schnäppchenmarkt der Deutschen und der Dresdner Bank.

2. Freifinanzierter Wohnungsmarkt

Freifinanzierte Wohnungen gibt es in den neuen Bundesländern nur aus den Vorkriegsbeständen bzw. den nach 1989 errichteten Wohnungen und den Eigenheimen. Bei den Vorkriegsbeständen wirkt die Preisbindung derzeit noch, die Belegungsbindung ist jedoch aufgehoben. Bei der möglichen Vermietung von Eigenheimen und der Neuvermietung der wenigen nach 1989 fertiggestellten Wohnungen gilt das bundesdeutsche Mietrecht ohne Einschränkungen.

Hier hat sich in den letzten zwei Jahren, wie bei den gewerblichen Mieten auch, ein fast ausschließlich aus Nachfrage bestehender Markt mit entsprechenden Mieten gebildet. Wenn die westdeutschen Firmen wegen der Präsenz praktisch jeden Preis für gewerbliche oder Büroflächen bezahlten, wurden Mitarbeiter derselben entweder in Hotels (100 bis 250 DM/Nacht) untergebracht oder es wurden, so vorhanden, Wohnungen angemietet. Die hierfür verlangten Mieten können bereits auf den Dörfern jederzeit mit Münchner oder Frankfurter Qualitäten aufwarten. In Gera werden z.B. bis zu 15,00 DM/qm von privater Seite genommen, aber auch die kommunalen Gesellschaften schlagen zu. In der etwas modifizierten Wohnungsbauserie 70 (Bad gefliest, angeblich einbruchssichere Wohnungstüre und PVC-Belag im Treppenhaus) werden stolze 9,50 DM ohne Nebenkosten verlangt. Dies, obwohl an der Wärmedämmung, dem Schallschutz und übrigen Standards gegenüber der sog. „Arbeiterintensivhaltung“, die angeblich noch nie etwas getaugt hat, nichts verändert wurde. Der Standard entspricht also in etwa dem der Neuen Heimat der frühen 60er Jahre. Ein Argument für diese Miethöhe ist die sogenannte Kostendeckung. Davon findet sich jedoch im Miethöhen gesetz kein Wort. Es wird ausschließlich auf die ortsübliche Vergleichsmiete Bezug genommen, die es in den neuen Bundesländern noch gar nicht geben kann.

Mietervereine sind derzeit bestrebt, mit den Kommunen gemeinsam erste Mietenspiegel zu entwickeln. In Thüringen wird in Gera und Schmöln daran gearbeitet; beide Mietenspiegel sollen noch im Oktober auf den Markt kommen. Bis dahin bleibt der Weg zu den sowohl sachlich als auch personell schlecht ausgestatteten Gerichten. Dort aber haben auch die Richter keine Anhaltspunkte, wo z.B. Mietwucher beginnt oder was noch im Rahmen des Erträglichen bleibt. Sachverständige für diesen Bereich gibt es vor Ort praktisch nicht. Erfahrungen haben auch hier nur Alt-BRDler. Mieter stehen fast hilflos den Vermietern gegenüber, die sich nun nach „40 Jahren Zwangswirtschaft“ auch ihren Teil vom Einheitskuchen abschneiden wollen. Sie sehen die Melkkuh allerdings nicht im Staat, der ihre Möglichkeiten beschnitten hat, sondern in den Mietern, deren Widerstand derzeit wesentlich geringer ist.

Die Wohngeldberechtigung hängt nicht nur vom Einkommen in der Familie, sondern auch von der Wohnungsgröße ab. Das bedeutet zum Beispiel für alleinstehende Rentner, die in der ehemaligen Familienwohnung weiterleben,

Mark ist sicherlich noch zu vertreten. Daß allerdings die Nebenkosten um weitere 1,20—2,00 DM verteuert und für Heizung und Warmwasser nochmals 3,00 DM verlangt werden können, ist für die meisten Bürger nicht mehr bezahlbar. (Zum Vergleich belaufen sich Heizkosten in den alten Bundesländern auf 1,20 bis max. 1,50 DM/qm und Monat.)

Das bedeutet in der Summe ca. 6,00—6,50 DM/qm Miete im Monat. Hinzu kommt noch, daß bislang in der Wohnflächenberechnung nicht berücksichtigte Räume wie Küchen, Bäder und Balkone nun mitgerechnet werden. Diese Flächen machen pro Wohnung im Durchschnitt 20 % aus.

Getreu dem alten Schneiderschen (ehemaliger BRD-Wohnungsbauminister — Red.) Motto „von der Objekt- zur Subjektförderung“ wird nun der bedürftigen Mehrheit der eingesessenen Bevölkerung Wohngeld angeboten. Dies sieht auf den ersten Blick zwar gerecht aus, löst aber bei genauerer Betrachtung viele Ängste und Probleme aus.

Die Wohngeldberechtigung hängt nicht nur vom Einkommen in der Familie, sondern auch von der Wohnungsgröße ab. Das bedeutet zum Beispiel für alleinstehende Rentner, die in der ehemaligen Familienwohnung weiterleben,

Gemeinnutz geht vor Eigennutz ist eine allgemeine Weisheit, die sich im Bewußtsein der Menschen herausgebildet hat. Es hat aber bis heute keine Art gesellschaftlicher Organisation gegeben, der es nur annähernd gelungen wäre, diese richtige Erkenntnis auch ins praktische Leben tatsächlich umzusetzen. Im Kapitalismus besteht im Profitsystem gegen die Realisierung dieses Prinzips ein unüberwindliches Hindernis, im verblichenen realen Sozialismus waren es das Machtstreben und der eigene Vorteil der hohen Funktionäre.

Die Welt kann nicht so bleiben, wie sie ist, aber wie sie sich verändern wird, vor allem in den neuen Bundesländern und in Osteuropa, das soll hier beschrieben und, soweit es möglich ist, auch erklärt werden.

Gelingen kann dies zuerst dadurch, daß sich alle Leser auch zum Schreiben aufgefordert fühlen, jede Meinung geachtet wird und gelten kann, soweit sie nicht gegen die Regeln verstößt, die Vernunft und Anstand gebieten. — (W.T.)



In den neuen Bundesländern ist ein großer Teil der Altbausubstanz abgewirtschaftet.

Der Wohnungsneubau steht still, die Kosten für die Modernisierung der Altbausubstanz werden weitestgehend auf die Mieter abgewälzt. Bei Mietervereinen und Kommunen stehen ratsuchende Bürger Schlange, sogar das Fernsehen versucht, über den Unterschied zwischen Modernisierung und Instandhaltung, Mieterhöhungen und Wohngeld, Kündigungsschutz und andere wichtige gesetzliche Regelungen aufzuklären. Gleichzeitig stehen die Spekulanten Schlange; durch praktisch ausschließlich westliche Kapitalanleger bevorzugte steuerliche Abschreibungsprogramme ist die „Sanierung“ des Bestandes zu einem lukrativeren Geschäft geworden, als es in der Alt-BRD jemals war. All dem müssen auch gutwillige Kommunen zusehen. Durch leere Gemeindekassen ist ein Eingreifen praktisch unmöglich. In vielen Orten wird sogar diskutiert, den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestand für den berühmten Apfel und das Ei zu verbökern.

In den Genossenschaften (teils mit mehreren tausend Wohneinheiten unüberschaubar und für das einzelne Mitglied nicht faßbar) herrscht weiterhin ein Umgang wie zwischen Vermietern und Mietern, nicht aber wie zwischen Anteilseignern und deren Geschäftsfüh-

Grundeigentumsfragen nicht funktioniert. Fortschrittliche Kräfte, vor allem der Deutsche Mieterbund, aber auch die PDS, haben sich gegen den Verkauf ausgesprochen. Vor allem wegen des Wegfalls von Belegungsrechten durch die Wohnungsämter wären binnen kürzester Zeit dieselben Probleme entstanden, die jede größere Gemeinde der Alt-BRD kennt — Schlangen von Wohnungssuchenden auf den Wohnungsämtern. Da auf lange Frist weder das Problem Arbeitslosigkeit noch das Lohngefälle in den Griff zu bekommen ist, sind die meisten Menschen in der Ex-DDR auf preiswerten Wohnraum angewiesen. Wenn die kommunale Manövriermasse in diesem Bereich schrumpft, kann den Bürgern nicht mehr geholfen werden.

Bereits jetzt sind die Folgen abzusehen: der Wunsch nach kleinen Wohnungen kann schon jetzt nicht mehr befriedigt werden.

Altbaubestand und Modernisierung

In den letzten Jahren wurde zwar in der DDR ein großes Programm zur Rekonstruktion eingeleitet, durch fehlende Möglichkeiten von Privatpersonen und insbesondere durch zu wenig Baumaterialien ist jedoch ein großer Teil der Altbausubstanz abgewirtschaftet. Grund dafür ist sicher auch, daß private Besitzer durch zu geringe Mieteinnahmen kaum Mittel zur Verfügung hatten, ihre Häuser instandzuhalten oder zu modernisieren. Wer durch die Stadtrandbezüge läuft, ist unwillkürlich an die westlichen Großstadtbezirke Anfang der 70er Jahre erinnert. Wer sich noch an die Bauphilosophie der 60er und 70er Jahre in den alten Bundesländern erinnert, weiß, daß erst der Frankfurter Häuserkampf bzw. die Auseinandersetzungen in Kreuzberg zu einem Umdenken bei Planern und Politikern geführt haben, wie mit Altbausubstanz umgegangen werden muß. Bis dahin waren Abriß und Neubau die einzige Alternative, profitträchtig und angeblich modern. Im Gegensatz zur DDR wurde aber an den Bruchbuden durch Vermietung an ausländische Arbeitnehmer noch kräftig verdient.

Erst mit der Einführung des Städtebauförderungsgesetzes wurden Voraussetzungen für erhaltende Sanierung und staatliche Programme zur Erhaltung der

auch der Wohnungsneubau praktisch zum Erliegen. Es wurden also Milliarden Mark an Steuergeldern investiert, die zu keiner merklichen Steigerung des Wohnungsangebotes führten. Als 1986 gar die Förderung des Sozialen Mietwohnungsbaus eingestellt wurde, der Wohnungsneubau über sogenannte Bauherrenmodelle für Reiche zu Steuersparnissen in Millionenhöhe führte, wurde es für weniger Verdienende immer schwerer, eine Bleibe zu finden. Starker Anstieg der Obdachlosigkeit und in größeren Städten 10000 bis 20000 Wohnungssuchende sind bis heute das Erbe der CDU/CSU-geführten Wohnungspolitik.

Dieselben politischen Kräfte sind nun am Werk, wenn es um die Sanierung in den neuen Ländern geht. Es gibt keine öffentlichen Gelder zur Modernisierung, schon gar nicht für Mieter oder einzelne Hausbesitzer.

Ausschließlich über Steuererleichterungen soll der Bestand erhalten und gesichert werden. Abschreibung von 50 % der Aufwendungen im ersten Jahr der Sanierung eines alten Hauses ist nur für Spitzenverdiener interessant. Ein Osthausbesitzer, der sowieso kaum Steuern bezahlen muß, hat von solchen Programmen gar nichts. Der Bestand wird also unter den westdeutschen Ärzten, Apothekern und in diesem Geschäft nicht unerfahrenen Bauträgern aufgeteilt.

Wer als Hausbesitzer im Osten modernisieren will, hat nur die Möglichkeit, die Kosten auf seine Mieter abzuwälzen. Für nicht umlegbare Instandsetzungen hat kaum jemand Geld, insbesondere nicht bei der derzeitigen Zinsentwicklung über die 10 %-Marke hinaus. Es ist also im Interesse nicht nur der Mieter in den neuen Bundesländern, sondern auch im Interesse der kleinen Hausbesitzer zu fordern, daß statt Steuersubventionen Direkthilfen bei der Sanierung, Modernisierungsprogramme zur Energieeinsparung und Zuschüsse zur Mietermodernisierung eingeführt werden. Allein die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen an typischen fünfgeschossigen Gebäuden belaufen sich auf 180000 bis 250000 DM, der Modernisierungsaufwand ist ebenso hoch.

Mietsteigerungen von 700 bis 800 DM im Monat nur wegen der Umlage der



In den alten Bundesländern wurden durch die Luxusmodernisierung von Altbauten unzählige Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben.

Altbausubstanz eingeführt. Milliardenbeträge flossen entweder als direkte Städtebauförderung oder als Infrastrukturhilfe in den maroden Altbau. Durch die steuerliche Gleichstellung von Neubau und Sanierung 1977 durch die sozial-liberale Koalition wurde die Spekulation mit Altbauten richtig in Schwung gebracht. Tausende Mieter wurden aus ihren Wohnungen vertrieben. Luxusmodernisierung war ein Zauberwort, und die Schicki-Micki-Gesellschaft fand den Weg zur schicken großen Jugendstilwohnung.

Innerhalb von zehn Jahren wurden weite Teile des Altbaubestandes modernisiert. Im selben Zeitraum kam aber

Modernisierungskosten dürften unter den jetzigen Bedingungen für eine Vier-Zimmer-Wohnung die Norm sein. Da diese Mittel in den meisten Fällen über Wohngeld bezuschußt werden müssen, ist für den Staat wenig gespart. Er hat aber andererseits keinerlei Einfluß auf den Standard der Modernisierung oder auf die Kostenentwicklung des einzelnen Projekts.

(Der zweite Teil der Untersuchung, der sich mit Genossenschaften in der Wohnungswirtschaft, der Zukunft der Bauindustrie und einem Ausblick und möglichen Forderungen befaßt, wird in der nächsten Ausgabe veröffentlicht.) (Aus: Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung, ArtGe bei der PDS — r.w.)

Kommentiert

Wenn etwas Neues beginnt, soll es auch etwas bewegen, etwas verändern. Die Politischen Berichte haben sich entschlossen, den sozialen und wirtschaftlichen Problemen, die sich in den neuen Bundesländern und in Osteuropa im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen ergeben werden, mehr Raum zu geben.

Es steht fest, alles wird anders, aber wird es auch besser? Wer bestimmt, was gut und schlecht ist? Es wird schwierig sein zu bestreiten, daß die Vorgänge in der Gesellschaft von den Menschen selbst gemacht werden. Aber die Menschen haben unterschiedliche Interessen, gehören verschiedenen Völkern und Kulturkreisen an, haben verschiedene Hautfarben und sind zweifellos verschiedenen sozialen Schichten, Gruppen und Klassen zuzuordnen. Aus diesen Unterschieden entspringen objektiv differenzierte Verhaltensweisen, die das Zusammenleben befruchten oder vergiften können.

Das Ergebnis der Perestroika: die Sowjetunion existiert nicht mehr!

Gorbatschow war angetreten, die Sowjetunion zu reformieren. Das Ergebnis dieser Reformen ist ihr Zusammenbruch. Er selbst hat die Kommunistische Partei praktisch verboten und fordert jetzt dazu auf, eine Hexenjagd auf die Kommunisten zu vermeiden. Bei dieser Aufforderung hat er wohl auch an sich selbst gedacht, der ehemalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei. Ob die Menschen auf ihn hören werden? Die Meldungen über den Zerfall des noch vor wenigen Jahren festgefügt Blocks ehemaliger „sozialistischer“ Staaten überschlagen sich regelrecht. Ein ganzes System ist zerfallen. Die bürgerliche Presse jubelt und unterstützt die „Reformer“. Sie nährt damit den Glauben nicht weniger Kommunisten, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion vor allem das Ergebnis des Verrats oder der Unfähigkeit Gorbatschows wäre. Das geht sicher an den Realitäten des Lebens vorbei.

Eine reales Bild der Situation und der kommenden Entwicklung in der Sowjetunion läßt sich nur mit großen Unwägbarkeiten zeichnen, aber wenn überhaupt, dann ist ein ungefähr richtiges Bild zuerst mit Hilfe des Marxismus zu finden. Der Marxismus bestimmt die Möglichkeiten des Verlaufs kommender gesellschaftlicher Entwicklung aus den Interessen, Wünschen und Bedürfnissen der Mehrheit der in einem gesellschaftlichen Verband lebenden Menschen und ihrer Möglichkeit, ihren Willen wahrzunehmen und durchzusetzen. Die massenhafte Mißachtung von Interessen, Wünschen und Bedürfnissen führt, sobald sie den Menschen bewußt wird, zu einem Punkt, an dem sich der Volkswille Platz schafft und gesellschaftliche Veränderungen erzwingt. Genau das ist jetzt in der Sowjetunion passiert, und dieser Vorgang wird erst beendet sein, wenn eine gesellschaftliche Ordnung entstanden ist, die den wirklichen Vorstellungen der Menschen entspricht.

Die Beseitigung des Stalinismus in der Sowjetunion wurde durch die ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Probleme erzwungen. Die Beseitigung erfolgte nicht auf dem Weg von Reformen, sondern vollzog sich vielmehr in einer revolutionären Umwälzung, bei der die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen nicht reformiert, sondern beseitigt wurden.

Die Ursachen für diese drastischen Veränderungen sind sicher vielfältig, aber im Zentrum steht das Problem, daß eine Partei, die für die einfachen Menschen da sein will, deren Hoffnungen, Wünsche und Bedürfnisse kennen muß und sich nicht mit Sonntagsreden an den Problemen vorbeimogeln kann. Die Aufzählung weniger Maßnahmen, die die sowjetische Gesellschaft seit dem Machtantritt Gorbatschows beschäftigten, zeigt, wo die wirklichen Probleme liegen. Zuerst gab es einen Beschluß gegen die Trunksucht. Es wurde mit einem riesigen gesellschaftlichen Aufwand versucht, den Alkoholkonsum zu reduzieren. Heute redet niemand mehr ernsthaft darüber, man ist zur Tagesordnung übergegangen. Es gab Pläne, in 500 Tagen die Marktwirtschaft in der Sowjetunion einzuführen. Das ist für jeden, der nur an die damit verbundene Reprivatisierung denkt, ein Unding. Weiter wurde der Versuch gemacht, ohne jede praktische Erfahrung, die Demokratie voranzubringen, indem die Leiter der Betriebe gewählt wurden. Das führte oft nicht zu besseren, sondern zu schlechteren wirtschaftlichen Ergebnissen, weil die gewählt wurden, die die größten Versprechungen machten.

Die Liste solcher Reformmaßnahmen ist leicht zu erweitern. Wirkliche Reformen haben nie stattgefunden, es wurde mehr darüber geredet, wie Reformen aussehen müßten. So entstand eine Art Probierfahrt, auf der jeder mal sagen konnte, wie es am besten zu machen wäre. Das führte zu dem Ergebnis, daß das stalinistische wirtschaftliche Planungssystem nicht schrittweise durch ein auf Effizienz gerichtetes System abgelöst wurde, sondern durch Absichtserklärungen. Auf diese Weise geriet die ohnehin angeschlagene Sowjetunion zuerst in einen weiteren wirtschaftlichen und dann in einen politischen Strudel. der gegenwärtig alles hinwegfegt, was an staatlichen und politischen Institutionen

vorhanden war. Die Mehrheit der Bevölkerung mußte zu der Ansicht kommen, egal was jetzt kommt, jetzt ist Schluß!

Gorbatschow war der Mann, der, gezwungen durch die gesellschaftliche Entwicklung, zum erstenmal ernsthaft an die Beseitigung des Stalinismus ging. Auf den Punkt gebracht war der Stalinismus die Herrschaft einer kleinen allmächtigen Schicht politischer Funktionäre in der Gesellschaft. Diese Allmacht wurde aber nicht durch Gorbatschow, sondern zuerst durch die Tatsache in Frage gestellt, daß der äußere Feind in Form des Kapitalismus durch die Undurchführbarkeit von Kriegen auf eine andere Weise das System bedrohte. Das sozialistische System wurde nicht mehr zuerst durch Krieg, sondern durch den ökonomischen und sozialen Wettbewerb, der sich in der Lebensqualität des einzelnen widerspiegelte, herausgefordert. Dieser veränderten Situation wäre nur mit einseitigen Abrüstungsschritten des Sozialismus bei gleichzeitiger Nutzung der freiwerdenden Ressourcen für den friedlichen Aufbau zu begegnen gewesen. Das wurde von den politischen Führern einschließlich Gorbatschow nicht verstanden, sie glaubten vielmehr, daß das Gleichgewicht des Schreckens erhalten bleiben muß und keine einseitige Abrüstung erfolgen kann. Die Aufhäufung der Waffen auf beiden Seiten führte aber zwangsweise zu der Einsicht, daß Kriege nicht mehr zu gewinnen sind und die Abrüstung eine Frage des Überlebens der Menschheit ist. Mit der Abrüstung verschwand für die Sowjetunion der militärische Feind. Die Systeme des Kapitalismus und des „realen“ Sozialismus standen plötzlich im wirklichen friedlichen Wettbewerb. Diesen Anforderungen war der „reale“ Sozialismus nicht gewachsen.

Gorbatschow kommt das Verdienst zu, daß er mit der Abrüstung ernstgemacht hat. Dem klaren Abrüstungskonzept stand aber kein erkennbares Konzept innerer Reformen gegenüber, wenn nicht unterstellt wird, daß die Wiedereinführung des Kapitalismus von Anfang an feststand. Gorbatschow ging es wahrscheinlich ähnlich wie dem deutschen Kaiser, als er den Ersten Weltkrieg begann. Er mußte ebenfalls die Erfahrung machen, daß seine Vorstellungen zum Gang der Geschichte nicht mit den Zwängen gesellschaftlicher Entwicklung übereinstimmen. Der Unterschied besteht nur darin, daß der deutsche Kaiser vom Marxismus objektiv keine Ahnung haben konnte, während sich Gorbatschow sicher für einen Marxisten gehalten hat. Ob er es öffentlich auch noch sagen wird, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich ist im Ergebnis seiner Handlungen das Gegenteil des von ihm Gewollten eingetreten. Jetzt hat es den Anschein, daß auch Gorbatschow einen Ausweg nur noch darin sieht, die Sowjetunion wieder in eine kapitalistische Gesellschaft zurückzuverwandeln. Ob das eine Lösung ist, wird sich erst noch erweisen müssen.

Die eigentliche Frage lautet: Mußte die Beseitigung des Stalinismus zwangsläufig zurück zum Kapitalismus führen, weil es keinen anderen Weg gibt, oder hätten notwendige Veränderungen zu einer besseren Gesellschaft, als sie der heutige Kapitalismus darstellt, führen können?

Die Frage ist zum jetzigen Zeitpunkt mehr eine Hypothese, denn was das praktische Leben angeht, ist jetzt ein Zurück zum Kapitalismus in der Sowjetunion wahrscheinlich nicht mehr zu vermeiden. Die Ursache für diese zu erwartende Entwicklung entspringt zuerst daraus, daß kein anderes Konzept vorliegt und deshalb nur dieser Ausweg bleibt. Der Putsch hat den Entscheidungsprozeß zugunsten der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse wesentlich beschleunigt.

Realität ist aber auch, daß die bisherigen Maßnahmen erst der Beginn eines langen Transformationsprozesses sind, dessen Ergebnis keineswegs feststeht. Es ist beispielsweise nicht abzusehen, ob sich eine veränderte Diktatur, in der die Kommunisten unterliegen, oder ein bürgerlicher Staat westeuropäischer demokratischer Prägung herausbilden wird. Bisher sind nur die Personen ausgetauscht, die für den weiteren Weg die

politische Verantwortung tragen. Zu bedenken ist auch, daß der Weg, den die neuen Führer gehen können, keineswegs in ihrer „freien“ Entscheidung liegt, sie müssen von den realen ökonomischen Möglichkeiten und dem Erwartungsdruck der Bevölkerung, von den vielfältigen nationalen und konfessionellen Einflüssen usw. ausgehen. Der Kessel Sowjetunion wird in den kommenden Jahren weiter unter Druck geraten, der bei nur wenigen falschen politischen Schritten zu einem latenten Bürgerkrieg führen kann. Die Ursache dafür liegt darin, daß das bisher zentral verwaltete wirtschaftliche Potential sich nicht von heute auf morgen anders verwalten läßt. Die Einführung von nationalen Währungen in den einzelnen Unionsrepubliken und in Folge davon die Erhebung von Zöllen und anderen Abgaben würde die auf dem Territorium der Sowjetunion liegenden Länder um Jahrzehnte wirtschaftlicher Entwicklung zurückwerfen. Dabei ist das nur eine denkbare Maßnahme unter vielen, deren Realisierung eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich ist.

Die völlig unklaren Perestroika-Vorstellungen, wie die Reformen praktisch aussehen sollen, haben außerdem eine Ernährungslage entstehen lassen, die zu einer solchen Verknappung der Nahrungsmittel führen kann, die es sonst nur in Kriegs- oder Nachkriegszeiten gab. Der Kampf um's Überleben läßt erwarten, daß die neuen nationalen Führer die Schuld für die verfahrenere Lage nach außen verlegen. Das hätte wahrscheinlich einen Bürgerkrieg zur Folge. Die Geschichte beweist, daß ein Volk, bedroht durch Hunger, in der Regel bereit ist, jedem nationalen Führer zu folgen, dessen Konzept eine glaubhafte Besserung verspricht.

Der Kampf um die Macht kann aber für die Mächtigen nur dann dauerhaft sein, wenn sich wirkliche Verbesserungen im Leben der Menschen zeigen.

Unter diesem Gesichtspunkt kann auch der dilettantisch durchgeführte Putsch gesehen werden. Es ist nicht auszuschließen, daß angesichts der drohenden Hungerkatastrophe, der nationalistischen Entwicklung, der zunehmenden Kriminalität und der mit der Marktwirtschaft zu erwartenden Arbeitslosigkeit Kreise der Partei, der Armee und Sicherheit glaubten, einen Teil der Bevölkerung hinter sich zu kriegen. Der Putschversuch hat aber klar gezeigt, daß die Menschen in der Sowjetunion genau wissen, was sie nicht mehr wollen, und daß es den Kommunisten nicht gelungen ist zu zeigen, daß sie ein vernünftiges Konzept außer dem Stalinismus haben. Dazu kommt, daß die bisherige politische Führung sich ausschließlich zwischen der Alternative Stalinismus oder bürgerliche Demokratie bewegte, so daß nur der Eindruck entstehen konnte, daß Altstalinisten mit einem Putsch die alten Zeiten wiederherstellen wollten. Ganz auszuschließen ist es ja auch nicht. Wahrscheinlicher ist aber, daß sie die Absicht hatten, die jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu verhindern wirtschaftlichen und sozialen Probleme, insbesondere die Arbeitslosigkeit, abzuschwächen und den Zusammenbruch der Wirtschaft und des Staates zu verhindern. Eingetreten ist das Gegenteil.

Überall in Osteuropa, vor allem in der Sowjetunion, kocht der Nationalismus, die unterschiedlichsten Denk- und Glaubensrichtungen fassen in einer Geschwindigkeit wieder Fuß, daß die Zeit seit der Oktoberrevolution fast als ein Irrtum der Geschichte erscheint. Die Geschichte irrt sich aber nicht. In der Sowjetunion bleibt die Zeit nicht stehen. Der Kapitalismus steht mit den Veränderungen auf diesem Teil der Erde vor den größten Herausforderungen seit seiner Existenz, besteht er sie nicht, wird die Menschheit zur Idee des Sozialismus zurückkehren.

Der „reale“ Sozialismus kann dazu kein Vorbild bieten, aber die Marxsche Theorie ist bedeutend mehr, als bisher davon in die Veränderungen der Welt eingeflossen ist. Eine Diskussion zu diesen Fragen wäre zur Zeit nichts nur äußerst fruchtbar, sondern auch äußerst notwendig, wenn sie nicht verschweigt und zuerst von den realen Fakten wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ausgeht. Vielleicht könnte dieser Artikel dazu einen Auftakt bilden. — (W.T.)

Kurz berichtet

Kreisreform in den neuen Bundesländern in der Diskussion

Bereits mit der Bildung der Länder in der DDR im Herbst 1990 wurde in Fachkreisen über die Notwendigkeit einer Gemeinde- und Kreisreform diskutiert. Vor allem in einem gab es weitestgehend Übereinstimmung — so wie in den alten Bundesländern sollte es nicht laufen.

Entgegen aller guten Vorsätze, auch in diesem Bereich wurde blind kopiert. So wurde im Juli in Sachsen von der Staatsregierung ein Vorschlag zur Neugliederung der Landkreise der Öffentlichkeit übergeben, von dem selbst die Abgeordneten des Landtages überrascht wurden.

Trotz der Beteuerungen, es handle sich nur um ein Diskussionsangebot, erwecken Einzelentscheidungen übergeordneter staatlicher Behörden den Eindruck, als ob dieses Modell bereits Planungsgrundlage ist.

Ohne Zweifel ist eine Kreisreform notwendig, die bisherige Struktur entstand 1952 in der DDR unter völlig anderen Gegebenheiten und Zielstellungen. Auf einhellige Kritik stößt aber die Art und Weise, wie die Reformvorschläge ausgearbeitet wurden. Ohne gründliche Konsultationen mit den Betroffenen — den Vertretungen der Landkreise — entstand am grünen Tisch ein Reformkonzept, das voller Ungereimtheiten ist und oft an den Realitäten vorbeigeht.

So wurden — streng nach Baden-Württemberg — die sogenannten Kragenkreise um Leipzig, Dresden und Chemnitz im Modell zerschlagen und die Territorien auf angrenzende Landkreise aufgeteilt. Die Bürger dieser Landkreise um die Großstädte, deren Kommunikationsbeziehungen bis hin zum öffentlichen Nahverkehr auf die Großstädte orientiert sind, sollen zukünftig ihre Arbeitsprobleme in Kreisstädten erledigen, die sie bisher teilweise nur vom Atlas her kannten und ohne eigenen PKW nur mit einer Tagesreise, in der Regel über die Großstadt, erreichen. Völlig unbeachtet bleibt dabei, daß in anderen Bundesländern solche Strukturen, ein Landkreis rund um die Großstadt, durchaus normal sind (München, Hannover).

Ebenso unbeachtet bleibt gegenwärtig auch die Zielrichtung einer auch notwendigen Gemeinderreform. Diese müßte ja theoretisch vor der Kreisreform liegen, um notwendige Entscheidungen dort mit eingehen zu lassen. Unbestritten ist, daß sich die vielen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern in den neuen Bundesländern unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen nicht eigenständig halten können.

Die heftigen Proteste, die das veröffentlichte Modell bis in die CDU-Frakturen der Kreis- und Gemeindevertretungen hinein verursacht hat, führten jetzt zu einem Aufschub der Entscheidung. — (sta)

Entlassungswelle von Lehrern in Sachsen

10000 Lehrer sollen aus dem Schuldienst entlassen werden — diese Aussage der Sächsischen Staatsregierung wurde monatelang diskutiert, dementiert und wieder diskutiert.

Mit Beginn des neuen Schuljahres wurde es nun ernst. Nur wenige Tage vor Beginn des Schuljahres wurde z. B. Leipziger Schuldirektoren gekündigt. Dies war nur der Anfang, Lehrer für Lehrer wurde zum Schlußamt bestellt und durfte dort den Brief mit der „Kündigungsabsichtserklärung“ öffnen und zur Kenntnis nehmen. Wohl dem, der die Unrichtigkeit des Inhaltes eines solchen Briefes nachweisen konnte.

Allein in Leipzig soll es bis heute 180 Lehrer betreffen (über exakte Zahlen wird gegenwärtig nicht offen gesprochen), denen entsprechend einer vom Sächsischen Staatsministerium für Kultur herausgegebenen Anleitung gekündigt wird.

In dieser Anleitung werden die Oberschulämter gebeten, gegen politisch belastete Lehrkräfte und Lehrkräfte mit Fächern, für die kein Bedarf besteht, unverzüglich Kündigungsverfahren einzuleiten. Dabei soll bei politisch belasteten Lehrkräften nach folgenden Kriterien verfahren werden:

- Als politisch belastet sind Lehrkräfte anzusehen, die
 - Mitglieder der SED in der Volkskammer nach 1980 (SED-Fraktion, Kulturbund, FDGB oder FDJ)
 - Bezirksschulräte, Kreisschulräte und deren Stellvertreter sowie Leiter der

- Abt. Berufsbildung und deren Stellvertreter (nach 1980)
 - Schulinspektoren und Kaderleiter (nach 1980)
 - hauptamtliche Parteifunktionäre aller Parteien
 - hauptamtliche Funktionäre von Massenorganisationen (FDJ, GST, FDGB) ab 1980
 - Armee- und Politoffiziere
 - Mitglieder und Kandidaten des FDJ-Zentralrates nach 1980
2. Auf politische Belastung zu überprüfen sind
- ehemalige Direktoren und stellvertretende Direktoren
 - hauptamtliche Sportfunktionäre
 - ehrenamtliche Parteisekretäre
 - Bürgermeister, Stellvertretende Bürgermeister (ab 1980)
- soweit sie im Schuldienst tätig sind. — (sta)

Demonstration von Eigenheimbauern

Am 17.9.1991 demonstrierten im Schkeuditzer Rathaus über 150 Eigenheimbauer des Ortes für ihre Rechte. Sie hatten noch 1990 nach DDR-Gesetzgebung den Grund und Boden, auf dem sie ihr Haus auf der Basis eines lebenslangen Nutzungsrechtes für den Grund und Boden bauten, gekauft. Jetzt wird versucht, diesen Kauf für unrechtmäßig zu erklären. Da nach bundesdeutschem Recht der Bodeneigentümer auch Eigentümer der Bebauung ist, führt dies zu erheblicher Unsicherheit.

Ansatz für die jetzigen Probleme ist vor allem der Kaufpreis, der noch vor der Währungsunion in Mark der DDR und zu Bodenpreisen der DDR (1,50 bis 3,00 DM je Quadratmeter) entrichtet wurde. Im Falle einer Revision wäre das für viele Eigenheimbauer das Aus. Da die meisten Eigenheimbauer in der DDR Arbeiter waren, die jetzt den größten Teil der Arbeitslosen stellen, ist ein Aufbringen des jetzigen Kaufpreises für Grund und Boden für die meisten undenkbar. Sie würden damit um ihre in der DDR beim Hausbau enormen Anstrengungen und eigene Bauleistungen betrogen. — (sta)

Verschachert die Treuhand Thüringer Wald an Adligen?

Prinz Andreas von Sachsen Coburg-Gotha interessiert sich für 20000 ha Thüringer Wald, eine Fläche, die von Friedrichroda und den Inselberg über den Rennsteig bis nach Ruhla und Bad Liebenstein reicht. Für ein Spottgeld von 20 Mio. DM will sich der Adlige nach Informationen von Magistratsbeamten aus Oberhof das Waldgebiet, dessen Wert auf 800 Mio. DM geschätzt wird, unter den Nagel reißen. Das Gebiet wird, wie insgesamt 60000 bis 70000 ha Bodenreformland allein in Thüringen, gegenwärtig von der Treuhand verwaltet. Bisher hat die Treuhand nicht für nötig gehalten, ihre Verkaufsabsichten den betroffenen Parlamenten auch nur mitzuteilen. Auf dem Gebiet liegen die Rennschlittenbahn und die Biathlonstrecke; sind die Eigentumsverhältnisse der Liegenschaften ungeklärt, kann das zur Folge haben, daß dem Oberhofer Sportverein die Fördermittel beschnitten werden. Auch sind die betroffenen Kreise weitgehend auf den Tourismus angewiesen; ihnen ginge bei der Umwandlung des Landes in privaten Großgrundbesitz ein großes Netz von Wanderwegen verloren. Selbst sind sie zu arm, um ihrerseits kaufen zu können, und die Treuhand denkt nicht daran, ihnen den Wald zu einem symbolischen Preis zu übereignen.

Dem Neuen Deutschland zufolge hatten die Vorfahren des Prinzen 1923 eine sogenannte Fürstenabfindung erhalten. Der Waldbesitz war danach auf das Land übergegangen.

(Quelle: Neues Deutschland, 23.9.91 — scc)

Mitteldeutscher Rundfunk MDR norddeutscher Prägung

Die Leitung des neugegründeten MDR wird mit Führungskräften aus dem Westen bestückt: Gründungsbeauftragter wurde der Medienspezialist des früheren Ministerpräsidenten Barschel, V. Gebel; die Hauptabteilung Intendanz übernimmt G. Friedl, ein Anhänger des Diktators Pinochet. Ebenfalls aus Schleswig-Holstein kommt der neue Chef des Funkhauses Dresden, H. Röhl, 1983-87 Chef des Landesfunkhauses Kiel. Barschels Pressesprecher Behnke schließlich verläßt seinen Ruhestand, um als Chef des Landesfunkhauses Magdeburg zu zeigen, wie man Rundfunk und Fernsehen macht. (Quelle: UNZ 19/91 — scc)

Wie Efeu an der Mauer

Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur

Zwei Tupamaros erzählen über ihre zehnjährige Haft / Ein wichtiges und schönes Buch



Die legendären Tupamaros, die Stadtguerilla von Montevideo/Uruguay sind keine historische Erscheinung. Sie, die Mitte, Ende der sechziger Jahre alle fortschrittlichen Menschen der Welt mit ihren spektakulären Aktionen begeisterten, die in den Massen von Uruguay einen enormen Rückhalt hatten, dann eine vernichtende Niederlage erlitten, Verfolgung, Folter und Tod ihrer Besten hinnehmen mußten, gibt es noch. Nach dem Ende der Militärdiktatur haben sich die Überlebenden zu einer neuen — legalen — politischen Bewegung zusammengefunden, machen nicht nur aktuelle Politik, mischen sich wieder ein, sondern sind auch in der Lage, ihre Geschichte zu reflektieren. Voraussetzung dazu ist erst einmal die schonungslose Beschreibung dessen, was damals war. Zwei der *Tupas*, die an vorderster Front gekämpft haben, erzählen in einem ungeheuer beeindruckenden Buch über ihre Inhaftierung, über Isolation und Folter, die mehr als ein Jahrzehnt ange dauert hat.

Mauricio Rosencof und Fernandez Huibodro waren 1972 verhaftet worden, verbrachten dreizehneinhalb Jahre in Haft und waren, mit sieben anderen, über ein Jahrzehnt Geiseln der Militärregierung, die sie in Einzelhaft hielt, in Kasernen, stets voneinander getrennt, unter menschenunwürdigen Bedingungen in Verliesen „gehalten“, und sie waren trotzdem in der Lage zu überleben, miteinander zu kommunizieren und ihre Identität zu bewahren.

Zu diesem Buch hat Eduardo Galeano ein Vorwort geschrieben, in dem es heißt: „Dieses Buch feiert einen Sieg der menschlichen Sprache. Zwei der ‚Geiseln‘, Mauricio Rosencof und ‚Nato‘ Fernandez Huibodro, rufen auf diesen Seiten ihre Erfahrungen in jenem Reich der Stille und des Terrors nach. Sie erzählen, wie sie, wie Efeu an der Mauer dem Leben verhaftet, ihre Würde als Menschen vor einem System retten konnten, das sie in den Wahnsinn treiben, in leblose Dinge verwandeln wollte.“

„Wie Efeu an der Mauer“ ist der deutsche Titel dieses Buches, das im spanischen „Memorias de la Calabozo“ (Erinnerungen aus dem Verlies) heißt. Wie es zustande gekommen ist, berichtet Mauricio Rosencof der Zeitschrift *clockwork 129a* (s.u.):

„Nato (Fernandez Huibodro) und ich hatten einen Pakt geschlossen, als wir im Knast waren.

Wir haben uns über zehn Jahre mit den Fingerknöcheln per Klopfzeichen durch die Wand unterhalten. Wir haben uns damals geschworen: Eines Tages, wenn einer von uns lebend aus dem Knast kommen würde, muß er die Erinnerungen an die Knastzeit aufschreiben.

Als wir raus waren, haben wir zwei Wochen Urlaub genommen. Wir hatten keine Zeit, um zu schreiben. Aber was wir gemacht haben, ist, daß wir uns hingesetzt haben und siebenundvierzig Tonbandcassetten besprochen haben, auf denen wir diese Geschichte erzählt haben. Später haben dann Genossen von

uns das transkribiert, und wir haben es durchgesehen, ein bißchen geordnet, ein bißchen verändert, und dann ist es als Buch veröffentlicht worden. Und danach, als das Buch schon draußen war, hat das Radio die Cassetten genommen und ausgestrahlt.“

Der Text des Buches ist in der Gesprächsform gehalten, abwechselnd reden MR und FH, also Rosencof und Huibodro. Sie ergänzen sich, erinnern sich, vermitteln gemeinsam ein dichtes Bild der Jahre in Gefangenschaft, sie fallen sich ins Wort und der Leserin und dem Leser scheint es, als wollten sie alles genau für sie, für ihn darstellen.

Unmöglich, den täglichen Kampf ums Überleben, die Folter, die Gemeinheiten dieses langen Kerkerhaftes in wenigen Worten nachzuzeichnen. Es geht vielleicht wirklich nur in der Form, die die beiden gewählt haben. Darum lediglich einige Auszüge, Textstellen, die einen Eindruck geben sollen:

FH: (Fernandez Huibodro) Sie hielten uns in einem Zustand extremer Abhängigkeit. Das heißt: Sie hatten uns zu Wesen herabgedrückt, die selbst, um aufs Klo zu können, von einem Soldaten abhängig waren. So war jede Eroberung eines Stückchens Unabhängigkeit ein Schritt zu größerer Freiheit.

MR: (Mauricio Rosencof) Hand in Hand geht damit eine Erfahrung, die für uns eine Schlüsselstellung einnahm. In der ersten Zeit haben wir uns jedesmal, wenn wir einen Mechanismus gefunden hatten, der uns ein bißchen Unabhängigkeit verschaffte, an ihn geklammert. Wenn sie uns ein Buch gaben, klammerten wir uns an das Buch, wenn sie uns eine Mateschale

gaben, machten wir uns von ihr abhängig, wenn sie uns ein halbes Päckchen Tabak gaben, wollten wir die Gewißheit, rauchen zu können, nicht mehr aufgeben. Aber weil sie uns immer wieder systematisch alle Sachen weggenommen und uns ohne alles gelassen haben, konnten sie uns in eine tiefe Verzweiflung stürzen, die durch das Gefühl ausgelöst wurde, all unseren Besitz verloren zu haben. Aus dieser Erfahrung erstellten wir ein Kriterium: Wir durften uns von keinem Gegenstand abhängig machen. Wir mußten uns einzig und allein auf das stützen, was sie uns nicht nehmen konnten: das Leben in uns, die Träume, die Phantasien, unsere Ideen.

Nicht nur so allgemein, sondern sehr konkret berichten die beiden von den Tagen im Knast, ihren Kämpfen und dem Alltag:

MR: Die Mannschaft in der Kaserne bekam zwei- oder dreimal pro Woche Fleisch vom Grill. Uns haben sie die Knochen gegeben, die die Soldaten schon abgeknabbert hatten. Wir haben uns auf der Suche nach Kalzium dran festgebissen und uns danach geseht, Zähne wie ein Hund zu haben, um sie zu zerkauen und schlucken zu können.

FH: Das Frühstück — wollen wir es mal so nennen — haben sie mir folgendermaßen serviert: Ganz langsam kamen sie an, damit ich sie nicht hören konnte, rissen die Tür zum Bunker auf und warfen mir das Brot an den Kopf. Beim ersten Mal hat mich der harte Schlag des Brotes erschreckt, aber als sie es dann noch mal so gemacht haben, hab ich das Geschloß schnell aufgehoben und ihnen zurückgeworfen. Dann hab ich diese Tendenz zur Brotschlacht ausgebaut, denn diese Typen haben, weil sie sich

angegriffen fühlten, noch mal geworfen, die Tür zugeschmissen, und ich hatte manchmal als Resultat dieses Kleinkriegs zwei oder drei Brote.

MR: Die wundersame Brotvermehrung.

FH: Aber manchmal hatte ich auch gar kein Brot mehr, weil es beim Werfen durch die Tür geflogen war und sie es nicht zurückgeschmissen hatten.

MR: Das Gegenwunder.

Vielleicht ist diese kleine Geschichte zu anekdotenhaft, dazu geeignet, die wirkliche Härte der Situation zu verschleiern. Sie dient auch mehr der Darstellung der Art und Weise, wie die beiden berichten, erzählen, sich erinnern. Darum ein Ausspruch des Gefängnisdirektors des mit großem Zynismus so genannten Zentralgefängnisses *Libertad*, den *amnesty international* 1976 so zitiert: „Wir haben es nicht gewagt, alle zu liquidieren, als wir die Möglichkeit hatten, und in Zukunft werden wir sie freilassen müssen. Wir müssen die Zeit, die uns bleibt, nutzen, um sie in den Wahnsinn zu treiben.“

An das Jahr 1977 erinnern sie sich anläßlich eines neuen Transportes in ein anderes Verlies:

„... Noch neun Jahre liegen vor uns, die es zu leben gilt (zu leben?), Tag um Tag. In ihren Labyrinth warten lauernd der Tod von Wassem (einem Mitgefangenen, wie auch die nächsten aufgeführten Namen, der Verf.), die Stöße mit dem Gewehrkolben und der Schacht, in dem sie Sende begraben, das Glaukom, das Manera erblinden läßt, die Sumpfe des Wahnsinns, die nach uns greifen und die wir durchwaten, kraft der Wut, der Militanz, des Mutes, der Lust zu leben. Die Liebe zum Leben. Genau das. Kraft der Liebe zum Leben, der von allen. Auch unserer. (...) Hier ist kein Haß. Haß ist nicht unser Motiv ...“

MR: Im September 1983 hatten wir zehn Jahre als Geiseln voll. Mario Benedetti schrieb damals etwas zu dem Thema. Etwas, das wir erst Jahre später lesen konnten und das uns Worte spart.

FH: Veröffentlicht in der spanischen Zeitung *El Pais* am 5. September 1983:

„Ich werde hier nicht die Rechtsbeugungen in diesen neun Fällen aufzählen. (...) Man möge einen Moment daran denken, daß diese Gefangenen vier Tage vor dem Staatsstreich Pinochets isoliert worden sind, und im Kopf die Liste der Ereignisse durchgehen, die sich in den letzten zehn Jahren ereignet haben.

Zwei olympische Spiele, und drei Weltcups. Ölkrise und Krieg im Libanon, einschließlich der Massaker von Sabra und Shatila, Nelkenrevolution in Portugal, Gipfel der Trilateralen und Scheitern der Schule von Chicago, Cervantes-Preis für Carpentier, Onetti, Rulfo, No-

belpreis für Garcia Márquez und Perez Esquivel. Tod Francos und Wiedereinzug der Demokratie in Spanien. Sturz von Idi Amin. Bokassa I., Somoza, des Schah von Iran, Galtieri, Rios Montt, siegreiche Revolution in Angola, Mozambique, Äthiopien, Iran, Nicaragua, Grenada. Übernahme von Maradonna nach Barcelona und von Julio Iglesias nach Miami. Ermordung von Michelini, Anwar El Sadat, Monsenor Romero, John Lennon, Umwandlung von Holländisch-Guyana in Surinam und von Karel Josef Wojtyla in Papst Johannes II., Brizola in Rio de Janeiro, und Guernica in Spanien. Verschwinden von Henry Miller und Wiederauftauchen der Menschen von Orce, überzeugende Volksentscheide gegen die uruguayische Diktatur. Malvinenkrieg und Requiem auf den Panamerikanismus, sowjetische Truppen in Afghanistan und nordamerikanische, wo immer man hinsieht. Verschwinden von Haraldo Conti und anderen 30000 in Argentinien, Veröffentlichung von *Krieg am Ende der Welt* und Orgie der Cruise Missiles zu seiner Bestätigung, das P2 verschwindet und das Nervengas taucht auf, Tod von Mao, Perán, Makarios, Tito, Agostinho Neto, Boumedienne, Kenyatta, Breschnew, Ende des spanischen Rapssyndroms und erstes Auftreten der Immunschwäche, Tod von Neruda, Ingrid Bergman, René Clair, Carpentier, Bunuel, Krise in Polen, Krise in Zentralamerika, Krise im Tschad, zweite Generation der chilenischen Kochtöpfe und erste der uruguayischen.

Dies und vieles mehr ist in der Welt von 1973 bis 1983 geschehen, ohne daß die neun Gefangenen etwas davon erfahren hätten. Zehn Jahre Gefängnis sind eine lange Zeit, aber zehn Jahre Einsamkeit sind eine Strafe, die kein Mensch auf der Welt verdient hätte. Jeder dieser von der Menschheit verstoßenen, auf sei-

ne entwürdigende Isolation reduziert, kennt die Schatten der Wand, die Risse im Boden, die Flecken an der Decke auswendig. Vielleicht kämpft er mit sich, um nicht zu vermodern, um sich nicht in Niedergeschlagenheit oder Wahnsinn aufzulösen, hält die Hoffnung flackernd wie eine Kerze fast ohne Docht, sich trotz allem bewußt, daß der Sturz in die Verzweiflung ein Sieg des Anderen, des Feind-Anderen wäre.“

Soweit Mario Benedetti, so weit konkret zu diesem Buch.

Die Befassung mit der Geschichte der uruguayischen Linken ist aber mehr, als die Erinnerung an die vergangenen Zeiten. Sie ist auch Anteilnahme an den aktuellen Entwicklungen. Die Tupamaros, die MLN, hat den bewaffneten Kampf zunächst einmal aufgegeben, sie hat aber keinen Frieden geschlossen. (Auch das geht, wenn's in Teilen der BRD-Linken auch nicht verstanden werden will.) Heute ist sie Teil des nicht wenig einflussreichen uruguayischen Linksbündnisses *Frente Amplio*.

Wer mehr über all das erfahren will, kann sich noch gewinnbringend in folgende Publikationen vertiefen:

Die im Juli 1991 erschienene Ausgabe Nr. 25 von *clockwork 129a* mit einem Brief Fernandez Huibodros aus der BRD an seine Leute in Uruguay und einem langen und sehr interessanten Interview mit Mauricio Rosencof.

Dann das im FOCUS-Verlag erschienene Buch von Ernesto Gonzales Bernejo „Hände im Feuer. Ein Tupamaro blickt zurück“.

Ebenfalls bei FOCUS erschienen: „Die Guerilla zieht Bilanz. Gespräche mit Guerillaführern in Argentinien, Bolivien, Chile und Uruguay“ von Gaby Weber.

In der hinteren Ecke einiger Regale vielleicht noch zu finden: „wir, die tupamaros“, Reihe „Antiimperialistischer Kampf — Materialien & Diskussion“, Verlag Roter Stern, Frankfurt 1974.

Vor allem: Mauricio Rosencof/ Eleuterio Fernandez Huibodro: *Wie Efeu an der Mauer. Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur*, Verlag Libertäre Assoziation ISBN 3-922611-14-1, 414 Seiten, 28 DM.

Michael Banos, aus: *Sozialistische Zeitung* Nr. 19, 12. 9. 1991



Neuerscheinung

Antifaschistischer Katalog

Mit einer Übersicht über alle Einzelveröffentlichungen und Periodika im GNN-Verlag und Anzeigen anderer antifaschistischer Verlage. Kostenlos zu beziehen über GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Ein senden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

2091

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42
Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Slascheit (über: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz)
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73, Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet

26,— DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,— DM.
Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen, für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lötzer, für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux, für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Küster
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kom-

munalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1 — Betragenhinweis: Regelmäßig: Beilage, Gesamtheit Beträge aus der Darstellung der Linken

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westfalen
Czernikstr. 5, 1000 Westfalen 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergr. 48, 7000 Stuttgart
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5